

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Enquete-Kommission "Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung"

3. Sitzung
23. Mai 2025

Beginn: 09.35 Uhr
Schluss: 16.05 Uhr
Vorsitz: Raed Saleh (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Übersicht der handelnden Akteure

a) Zivilgesellschaftliche Akteure

b) Gremien und Organisationen im Bereich Teilhabe

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße Frau Senatorin Kiziltepe, Herrn Staatssekretär Landero und Herrn Staatssekretär Friederici! – Zusätzlich sind aus den Senatsverwaltungen SenASGIVA, SenKultGZ und SenJustV Frau Katarina Niewiedzial, Frau Eren Ünsal, Frau Dr. Birgit zur Nieden, Herr Lukas Heimes und Frau Gabriele Rosenstreich anwesend. Vielen Dank, dass Sie heute an der Sitzung teilnehmen!

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir vereinbart haben, Tagesordnungspunkt 1 in zwei Blöcke, a und b, zu unterteilen. Für jeden Block haben wir 2 Stunden und 45 Minuten eingeplant. Punkt 1 a wird daher bis circa 12.15 Uhr gehen. Danach ist eine Pause von 30 Minuten vorge-

sehen, sodass wir um 12.45 Uhr unsere Sitzung mit dem Punkt 1 b fortsetzen können. Wenn wir den Zeitplan verlassen, werden wir gemeinsam einen Vorschlag erarbeiten und auch, glaube ich, gemeinsam zu einer guten Lösung kommen. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls für den gesamten Tagesordnungspunkt 1 gewünscht ist. – So machen wir es.

Ich begrüße alle Anzuhörenden zu Tagesordnungspunkt 1 a ganz herzlich: Frau Jana Adam, Projektleiterin Berliner Register, Frau Emily Barnickel, Flüchtlingsrat Berlin e. V., Frau Susanne Buss, Vorstandsvorsitzende Volkssolidarität Berlin e. V., Herrn Nicolay Büttner, Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen, Herrn Thomas Härtel, Präsident des Landessportbundes Berlin e. V., Herrn Dr. Özgür Özvatan, Vizepräsident Gesellschaftliche Verantwortung des Berliner Fußball-Verbandes e. V., und Frau Alaleh Shafie-Sabet, Projektleiterin beim Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg. Schön, dass Sie alle da sind! – Ich will an dieser Stelle sagen: All die Anwesenden bringen ihre Zeit und in ihren Wortbeiträgen ihre Kenntnis und ihre Expertise mit, weil wir darum gebeten haben. Erst einmal ein ganz großes Dankeschön dafür, dass Sie heute hier sind und sich bereit erklären, mit uns zu diskutieren. Vielen Dank dafür!

Dann beginnen wir nun mit der Stellungnahme der Anzuhörenden zu Tagesordnungspunkt 1 a. Danach folgt eine Runde, in der die Mitglieder der Kommission ihre Fragen stellen oder Anmerkungen anbringen können. Im Anschluss daran haben die Anzuhörenden dann die Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Für die Stellungnahme sind circa sieben Minuten geplant, und ich würde dann eine Minute vorher ganz dezent einen Hinweis geben, dass noch eine Minute übrig ist. Wir beginnen mit Frau Adam. – Sie haben das Wort!

Jana Adam (Berliner Register): Vielen Dank! – Ich habe eine Präsentation mitgebracht. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Enquete-Kommission! Mein Name ist Jana Adam vom Berliner Register. Vielen Dank für die Einladung!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben kürzlich unsere Jahresauswertung 2024 veröffentlicht. Die Berliner Register dokumentieren diskriminierende und extrem rechte Vorfälle, menschenverachtende Aussagen, Gewalt und Propaganda – mit dem Ziel, ein möglichst umfassendes Bild der Situation in unserer Stadtgesellschaft zu zeichnen und Herausforderungen auszuloten. Wie Sie auf der ersten Grafik sehen können, nehmen diese Vorfälle seit Jahren zu – eine Entwicklung, die wir ernst nehmen und differenziert betrachten müssen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken will, muss wissen, wo und wie dieser bedroht wird. Deshalb dokumentieren wir die Vorfälle nicht abstrakt, sondern ganz konkret im Alltag, in den Kiezen, in dieser Stadt. Unsere Arbeit ist transparent, standardisiert und betroffenenorientiert. Jeder einzelne Vorfall wird einzeln geprüft, dokumentiert und kontextualisiert. Als Dokumentationsstelle verweisen wir an unsere Kolleginnen, die spezifische Beratungen anbieten können. Jeder einzelne Vorfall zählt, weil er zeigt: Hier ist etwas passiert, das den demokratischen Zusammenhalt untergräbt. – Unsere Aufgabe ist es, dies sichtbar zu machen. Wir sehen nämlich anhand der dokumentierten Vorfälle auch, dass diese Gesellschaft

nicht bereit ist, Diskriminierung und Hass als gegeben hinzunehmen. Ein großer Teil unserer Vorfälle betrifft Propaganda: Sticker, Schmierereien. Wir sehen hier eine klare Häufung in den Ostberliner Bezirken. Dies liegt vorrangig an einer starken und extrem rechten Jugendkultur, die hier gezielt Präsenz zeigt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Unsere Arbeit basiert auf lokalen Netzwerken, Jugendzentren, Nachbarschaftsinitiativen und Beratungsstellen, die früh erkennen, wenn sich rechte Gruppen auf Schulhöfen oder Sportplätzen breitmachen. Sie bekommen auch mit, wo es gerade knirscht, wo sich die extreme Rechte auf bestimmte Themen setzt oder Menschen konkret eingeschüchtert werden. Diese Entwicklungen geschehen nicht im luftleeren Raum. Sie zeigen sich als ein Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und können dort fruchten, wo Gegenrede fehlt und Normalisierung beginnt. Umso wichtiger ist es aufzuzeigen, dass Menschen diesem widersprechen und sich für eine offene Gesellschaft einsetzen – ohne Gewalt und Diskriminierung. Wenn sich Menschen an uns wenden und sich entscheiden, extrem rechte Aufkleber in ihrer Straße, einen beschädigten Stolperstein oder rassistische Gewalt in der S-Bahn, die sie beobachtet haben, zu melden, dann übernehmen sie Verantwortung, denn sie zeigen: Wir lassen das nicht zu – nicht in unserer Nachbarschaft und nicht in unserer Stadt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir arbeiten eng mit den spezialisierten Beratungs- und Dokumentationsstellen zu Antisemitismus und Rassismus, darunter anti-Schwarzer Rassismus, antimuslimischer Rassismus und Antiziganismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit und anderen Diskriminierungsformen zusammen. Diese Berichte sind keine Einzelfälle, sondern Erfahrungswissen. Sie zeigen, wie sich Hass und Ausgrenzung durch verschiedene Lebensbereiche ziehen und wie wichtig es ist, die Perspektive der Betroffenen ernst zu nehmen, um die Phänomenbereiche selbst in Gänze zu verstehen. Es darf nicht sein, dass Jüdinnen und Juden Angst haben, ihre Kinder in die Schule zu schicken, queere und Schwarze Menschen besorgt sein müssen, wie sie sich sicher durch den Stadtraum bewegen können, oder politisch engagierte Menschen Angst vor extrem rechter Gewalt haben müssen – das zeigt der Neonazi-Angriff gegen ein Mitglied der Linken aus Lichtenberg, der gestern bekannt wurde.

Durch die community-übergreifende Dokumentation wird ein Blick für das große Ganze geschaffen. Wir brauchen den Blick über den Tellerrand und den Einsatz vieler für eine offene Gesellschaft. Wie Sie in der Grafik erkennen können, sehen wir in fast allen Bereichen eine deutliche Zunahme, denn gesellschaftliche Diskurse schlagen sich im Alltag nieder. Rassistischer Hass und gezielte Hetze gegen Minderheiten werden durch die sozialen Netzwerke beschleunigt und zeigen sich dann in konkreten Taten in dieser Stadt. Die differenzierten Analysen zu den einzelnen Phänomenbereichen bitte ich Sie, dem Bericht zu entnehmen, der Ihnen als schriftliche Stellungnahme vorliegt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich komme nun zu den zentralen Ergebnissen, die wir im letzten Jahr dokumentieren konnten. Wir haben im Jahr 2024 insgesamt 7 720 Vorfälle dokumentiert. Das ist eine Steigerung um 46 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Wir sehen den deutlichen Anstieg insbesondere im

Bereich Antisemitismus. Hier haben sich die Vorfälle sogar verdoppelt, auf insgesamt 2 200 Vorfälle. Unsere Kolleginnen von RIAS berichten von einem alltagsprägenden Antisemitismus. Es ist alarmierend, wenn sich Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Leben zurückziehen müssen. Die rassistische Gewalt bleibt konstant hoch. Wir haben insgesamt 153 Angriffe dokumentiert. Diese finden vermehrt in öffentlichen Räumen wie Verkehrsmitteln, Supermärkten und Spielplätzen statt. Wir sehen auch eine leichte Tendenz insbesondere in der Verschränkung mit Geschlecht und der betroffenen Gruppe „Frauen mit Kopftuch“. Wir sehen gleichzeitig eine Stagnation im Bereich der strukturellen Benachteiligung. Hier sind es immer die gleichen Phänomene, von denen Betroffene berichten. Die Verweigerung von gesellschaftlicher Teilhabe stellt eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar.

Wir sehen außerdem in den Ostberliner Bezirken, dass die extreme Rechte nicht nur online mobilisiert, sondern gezielt im öffentlichen Raum aktiv wird. Schon Monate vor dem CSD wurden beispielsweise Jugendliche vor der Schule angesprochen und vereinnahmt. Aus gezielten Angriffen gegen politische Gegnerinnen und Gegner und queere Menschen ist ein neues Selbstbewusstsein in dieser Gruppe entstanden – eines, das den Zusammenhalt bedroht. Mittlerweile erreichen uns auch vermehrt Berichte über Gewalt gegen migrantisierte und wohnungslose Menschen. Wir haben allein in diesem Jahr erneut massive und schwere Gewalt gegen Politiker, Parlamentarier oder Wahlkampfhelfende beobachtet. Die Queerfeindlichkeit hat sich etabliert. Insbesondere der Hass auf trans Menschen zeigt sich hier besonders deutlich.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein paar Worte sagen: Wir brauchen die Dokumentation, um die Zukunft zu sichern und zu gestalten. Wir sind ein Frühwarnsystem für die Demokratie, und wir brauchen eine kontinuierliche Dokumentations- und Analysearbeit, um die Herausforderungen in dieser Stadt sehen und angehen zu können. Wir brauchen die Betroffenenperspektiven, um ein umfängliches Bild zu zeigen, und wir brauchen auch die Rückendeckung, um sich weiterhin für diese Stadtgesellschaft einsetzen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Adam! – Als Nächste ist dann Frau Barnickel an der Reihe.

Emily Barnickel (Flüchtlingsrat Berlin e. V.): Herzlichen Dank! – Sehr geehrte Angehörige der Enquete-Kommission! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst ganz herzlich für die Einladung als Sachverständige zum Thema Teilhabe bedanken. Die Enquete-Kommission in Berlin bedeutet, dass erkannt wurde, dass Themen wie Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede weitere Form der Diskriminierung, wie auch der Titel dieses Gremiums bereits sagt, auf eine größere Agenda geholt und durch Fachexpertinnen und -experten beleuchtet werden sollen. Ich spreche heute hier vor allem als Sozialarbeiterin, die ich bin, und als Beraterin und möchte vor allem aus dieser Perspektive und der Perspektive der zu uns kommenden, betroffenen Ratsuchenden sprechen.

Natürlich machen geflüchtete Menschen nur einen kleinen Teil der migrantischen und BIPoC-Community der Stadt Berlin aus. Trotzdem denke ich, dass sich an den Rändern der Gesellschaft und bei den marginalisiertesten Gruppen ganz deutlich zeigt, wo unsere Stadt Barrieren

für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen aufbaut. In meinem kurzen Eingangsstatement möchte ich, auch wenn das vielleicht manchmal nicht so angenehm zu hören ist, vor allem Einblicke in meine Arbeit geben und aufzeigen, wo die Stadt Berlin zwar angibt, ein sicherer Hafen und eine Einwanderungsstadt unter großer Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure zu sein, sich dies aber häufig in tatsächlichem behördlichem und politischem Handeln der Verantwortlichen nicht wiederfindet.

So gibt es beispielsweise die Beiräte für Migration und Partizipation, in denen zum Teil gewählte Vertreterinnen und Vertreter und auch im Gesetz bestimmte Organisationen sowie Verwaltung sitzen, die sich zu Themen der Partizipation und Vielfalt, aber auch Einwanderung bis hin zu Rückführung beraten können. Inwiefern jedoch Beschlüsse, die in diesen Gremien gefasst werden, dann tatsächlich konkretes politisches Handeln sensibilisieren – um nicht einmal von beeinflussen zu sprechen –, ist uns häufig nicht so richtig klar und ersichtlich. Ich spreche hier als Organisation, die in vielen dieser Beiräte sitzt. Als Flüchtlingsrat waren wir auch Teil einer zivilgesellschaftlichen Runde, die sich regelmäßig in der Senatsbildungsverwaltung traf. Nachdem jedoch die Senatsbildungsverwaltung fälschlicherweise behauptet hatte, dass es mit flüchtlingspolitischen Organisationen und Verbänden abgestimmt sei, eine Segregationsbeschulung auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel einzurichten und wir uns massiv gegen diese Darstellung wehrten, fanden diese Runden entweder nicht mehr statt oder wir wurden einfach nicht mehr eingeladen. Darin habe ich keinen Einblick mehr. Damit hatten wir dann auch keine Möglichkeit mehr, strukturiert Missstände beim gleichberechtigten Zugang zu Bildung für alle Menschen hier in Berlin zu benennen, was wertvoll gewesen wäre – auch in einer Zeit, in der es in Berlin großen Beteiligungsbedarf aller Verbände gegeben hat, beispielsweise nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober und die bald darauf folgende Großoffensive der israelischen Armee.

Dieser Einschnitt betraf ganz konkret zwei große Communitys, die hier in Berlin zu Hause sind: die Exilcommunity aus Israel und die palästinensische Diaspora. Berlin ist das Zuhause der beiden wohl größten Anteile Exilcommunitys in Europa. Trotzdem hat es uns verwundert zu lesen, dass die Senatsbildungsverwaltung am 13. 10. 2023 ein Schreiben an die Schulaufsichten herausgab, in welchem beispielsweise das Tragen einer Kufiya als Störung des Schulfriedens deklariert wurde, ohne darauf einzugehen, dass Kinder in dieser Stadt einen Schutzraum brauchen und Betroffenheit haben, Familien im Krieg haben und Familien, die von diesem Krieg betroffen sind. Bis heute ist uns nicht bekannt, dass dieses Schreiben öffentlichkeitswirksam zurückgenommen wurde. Eigentlich stellt es – das wissen wir, glaube ich, in dieser Runde – einen Bruch mit der Berliner Verfassung und dem Landesantidiskriminierungsgesetz dar. Heute, im Mai 2025, nachdem vor allem Gaza komplett zerstört ist, aber sich auch Angriffe in der West Bank häufen, hat Berlin – hier am Beispiel der Bildungsverwaltung – noch immer keine Worte gefunden: für die Kinder, die Familien im Krieg haben, deren Familien ausgebombt und hungrig sind. Das hat sich zwischenzeitlich auch noch einmal auf Libanon und Syrien erstreckt. Berlin hat es so hier verpasst – und ich glaube, durch die mangelnde Beteiligung aller Betroffenenverbände, jüdischer, israelischer wie auch palästinensischer – Mitgefühl mit allen Betroffenen dieses Konflikts zu haben, obwohl wir das Zuhause vieler dieser betroffenen Menschen sind. Wir haben uns gegen einen pluralen Diskurs und vor allem gegen den Schutzraum Schule entschieden und die Kinder, häufig mit direkter oder indirekter Fluchterfahrung, in einem Ringen alleingelassen, das uns Erwachsene natürlich sprachlos gemacht hat.

Es ging übrigens, damit mir das im Nachhinein nicht vorgeworfen wird, auch vielen jüdischen Deutschen ähnlich, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie zweier Forscher von der Hebrew University aus Jerusalem zu jüdischen Perspektiven nach dem 7. Oktober darstellt. Vielleicht ist Ihnen auch der Extremfall der versuchten Abschiebung einer Holocaustüberlebenden und israelischen Staatsangehörigen durch das Landeseinwanderungsamt bekannt, die im Zuge des 7. Oktobers nach Berlin fliehen und hier bei ihrer Tochter in Sicherheit und Würde leben wollte. Dieser Vorfall wurde nur durch die öffentliche Presseberichterstattung durch das LEA korrigiert. Ich möchte darstellen, dass das Extrembeispiele von Nichtsensibilisierung der Verwaltung sind.

Hier kommen wir zu einem für uns sehr wichtigen Punkt. Egal zu welcher Situation und vor allem zu welcher Einwanderungssituation, die Stadt Berlin könnte sich auf den Standpunkt stellen: Hatten wir schon, kennen wir schon, hat nicht funktioniert, machen wir heute besser. – Dieses Verhalten sehen wir maßgeblich nicht. Bezahlscheine, heute als Bezahlkarte beschönigt, werden Menschen nachweislich an Partizipation hindern, egal wie sehr um das schöne Framing gerungen wird. Kinder im größten Flüchtlingslager Deutschlands abseits der Berliner Stadtbevölkerung zu beschulen, gab es schon – war nicht gut. Die Folgen trägt die gesamte Berliner Gesellschaft noch heute. Kinder und Eltern wird damit jegliches Ankommen in einer Realität, die nicht von Trauma, Containern und geflüchteten anderen Menschen bestimmt ist, versagt. Die Auswirkungen auf die Psyche der Kinder wird immens sein. Systematische Nichtbeschulung von Kindern und Jugendlichen mit sogenannter schlechter Bleibeperspektive, insbesondere wenn diese noch eine Beeinträchtigung mitbringen: Die Folgen für Eltern und die umgebende Gesellschaft, aber vor allem für die Kinder, und der Bruch der Behindertenrechtskonvention und der Kinderrechtskonvention sind verdammt maßgeblich. Eine Homepage einer Einwanderungsbehörde ausschließlich auf Deutsch und Englisch, keine Telefonsprechstunde, keine Ombudsstelle, keine Antidiskriminierungsberatung vor Ort: keine Einwanderungsbehörde für uns.

Das Aussetzen von Landesaufnahmeregelungen, die eine große Berliner Erfolgsgeschichte waren, und die Nichtbearbeitung von bereits fristgerecht eingereichten Interessensbekundungen, die schon lange im Voraus gestellt wurden, sowie die Nichtbereitschaft, über die humanitäre Aufnahme Familienangehöriger aus Libanon und Gaza sowie der West Bank auch nur nachzudenken, zeigen bis heute, dass die Gefühle und Bedarfe migrierter und geflüchteter Menschen im Berliner Diskurs keinen Raum haben. Das Nichtvorhandensein von adäquaten Schutzkonzepten für queere und trans Geflüchtete in Tegel, Tempelhof sowie in sämtlichen Großlagern: ein Zivilisationsbruch. Die Nichtanwendung der Istanbul-Konvention und ihre Auswirkung auf Frauen, die vor massiver häuslicher Gewalt auch aus Ländern wie Moldau und Georgien zu uns kommen: bedrückend. Die Diskriminierung von kopftuchtragenden geflüchteten Frauen im öffentlichen Sektor bis heute. Alle diese Bausteine hindern unserer Meinung nach Menschen an einem tatsächlichen Teilhaben in der Stadt Berlin. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Barnickel! – Mir wurde gerade gesagt, dass auch Sie vorn eine Uhr haben. Ich werde also nicht eine Minute vorher Bescheid geben, sondern bitte Sie, das selbst im Blick zu haben. – Als Nächste ist Frau Buss an der Reihe. – Frau Buss, Sie haben das Wort!

Susanne Buss (Volkssolidarität Berlin e. V.; Vorstandsvorsitzende): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder der Kommission! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Herren Staatssekretäre! Vielen Dank für die Einladung zur heutigen Sitzung! Ich vertrete hier heute einen Wohlfahrtsverband, einen sozialen Arbeitgeber, einen Kiezmacher. Ich muss uns Ihnen nicht vorstellen. Ich möchte es nur einmal ganz plastisch sagen: Wir sind in allen Lebenslagen tätig. Unsere Kolleginnen sind acht Stunden und mehr täglich zusammen. Sie sind, wie Sie auch im Abgeordnetenhaus, eine Arbeitsfamilie. Wir erleben alle Gefühlslagen, also müssen wir auch damit umgehen. Wir sind Arbeitgeber und Verein, wir sind Anbieter und Nutzer, und all das läuft zusammen wie in einer Matrix.

Frau Adam und Frau Barnickel haben gerade die Situation in Berlin sehr anschaulich geschildert, und ich kann das nur bestätigen. Diese Gefühle, diese Tatsachen bekommen wir täglich im Vereinsleben zu spüren – und auch auf der Arbeit, im Büro, in der Mittagspause. Denn bei uns werden alle diese Themen diskutiert. Bei uns wird gefragt: Wer ist das eigentlich? Wer klebt eigentlich diese Aufkleber? Bei uns fand so etwas erneut im Stadtteilzentrum in der Einrichtung statt. Dann müssen wir uns ganz tief in die Augen schauen und sagen: 20 Prozent der Bevölkerung sind gegebenenfalls Unterstützerinnen und Unterstützer von nicht demokratischen Parteien. – Das ist ein Fakt. Das sagt jede politische Umfrage. Statistisch gesehen sind das nicht 20 Prozent der Bevölkerung, die irgendwo im Untergrund leben, sondern Mitarbeitende, Vereinsmitglieder, Nachbarn, Freunde, Kollegen. Wir haben also auch diese Kollegen bei uns, Vereinsmitglieder, Ehrenamtliche. Das ist ein Fakt.

Das war für uns ein schweres Erwachen, ich muss es Ihnen ganz ehrlich sagen. Das ist einem Riss der Matrix gleichzusetzen. Wir haben dies in Kleinigkeiten erkannt: Kollegen haben sich E-Mails nicht mehr weitergeleitet. Früher gut befreundete Kolleginnen haben die Mittagspause nicht mehr miteinander verbracht, weil die eine aus Russland und die andere aus der Ukraine kommt. Muslimisch-gläubige Kollegen – im Übrigen liegt unserer Migrationsanteil bei über 30 Prozent, und der wesentliche Anteil davon ist muslimisch-gläubig – verbringen keine Veranstaltung mehr mit jüdisch-gläubigen Menschen. Wir mussten uns also damit auseinandersetzen. Natürlich, Sie kennen mich im Wesentlichen, transportiere ich das gegenüber der Politik. Doch wir als Verein, als Arbeitgeber haben eine eigene soziale Verantwortung. Was haben wir also getan? – Wir haben den Dialog gesucht und haben uns aktiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Wir haben verpflichtend alle Verwaltungsmitarbeitenden zum Thema Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus geschult. Wir im Vorstand mit allen Geschäftsführern sind da vorangegangen. Das ist ein Pflichtkurs über zwei Workshoptage. Wir haben ein eigenes Vielfältigkeitsprogramm. Alle Führungskräfte müssen das durchlaufen, und es ist verpflichtend für die nächste Beförderung. Wir haben das inzwischen in das Führungsleitbild aufgenommen, und wir haben einen Aufbaukurs gemacht.

Wir sind mit allen Ehrenamtlichen diesbezüglich im Austausch. Es wird keinerlei Diskriminierung bei uns geduldet. Wir gehen massiv dagegen vor – auch beim Thema Arbeitsrecht. Über sonstige arbeitsrechtliche Vorhaben, das wissen Sie selbst, wird in der Regel nicht öffentlich gesprochen. Das ist bei Diskriminierungsfällen anders. Da werden Beispiele kundgetan und da wird öffentlich gemacht, warum, wieso, weshalb wir hier massiv gegen diese eine Person vorgegangen sind. Das führt dazu, dass der Dialog bei uns nicht immer angenehm ist. Die Rückmeldung aus einigen Workshops ist, dass sich Kollegen hinsetzen und sagen: Warum? Brauche ich nicht, ich bin kein Antisemit; und im Übrigen, was wollen die überhaupt bei uns? – Die Gespräche, die wir danach geführt haben, waren nicht angenehm. Wir haben uns dann natürlich die Frage gestellt: Bringt das etwas? Hören wir damit auf? Machen wir weiter? Denn was motiviert Menschen im sozialen Bereich? – Sie arbeiten nicht des Geldes wegen dort, das kann ich Ihnen versichern. Das ist in der Regel intrinsisch. Sie wollen etwas Gutes tun, und sie wollen etwas bewirken. In der Regel ist der Erfolg direkt gegeben, indem man die Freude bei dem jeweiligen anderen sieht. Was hindert Menschen daran, bei uns zu arbeiten, mit uns zu arbeiten, im sozialen Bereich oder als Ehrenamtliche tätig zu sein? – Demotivierung, mangelnde Wertschätzung – und Bürokratie; dazu könnte ich einen eigenen Vortrag machen. Wenn diese Tagesordnung ansteht, würde ich gern noch einmal kommen.

Wir haben uns bei der Volkssolidarität aktiv entschieden, das wirklich als Programm systematisch auszurollen. Wir haben Kooperationen mit Partnerorganisationen. Wir sprechen das ganz offen an. Wir sehen uns als zivilgesellschaftlichen Akteur in der Verantwortung, auf unsere Mitarbeitende, auf unsere Mitglieder und auf unsere Ehrenamtlichen einzuwirken – und zwar nicht mit der großen Keule. Denn ehrlicherweise kann ich mir nicht herausnehmen zu sagen, wer in welchem Konflikt Recht hat, sondern wir sagen, dass man eine eigene politische Meinung haben kann und dass diese diskutiert werden kann, aber sie hört dort auf, wo es zum politischen Aktivismus im eigenen Büro wird. Wir sind der Meinung, dass wir in Konfliktsituationen immer mit dem Bewusstsein auseinandergehen sollten: Wir müssen noch Kollegen bleiben. Wir müssen keine Freunde sein. Nur müssen wir Kollegen bleiben und weiterhin miteinander sprechen. Das bedeutet: Im schlimmsten Fall der Fälle wären wir uns einfach einmal einig, dass wir uns nicht einig sind. Das Thema wird vertagt und in einer neuen Diskussionsrunde aufgenommen. Nebenbei wird trotzdem ganz normal gearbeitet. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, dass wir uns die ganze Zeit mit diesem Thema beschäftigen. Es ist trotzdem wichtig, dass es in allen Teams, in allen Lebenslagen, in allen Einrichtungen diskutiert und besprochen wird und ein Bewusstsein dafür entsteht, dass wir im sozialen Bereich Verantwortung haben und diese übernehmen müssen. Damit komme ich zum Ende. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Buss! – Als Nächster hat Herr Büttner das Wort.

Nicolay Büttner (Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen – BNS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Herren Staatssekretäre! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen für die Einladung in die heutige Sitzung der Enquete-Kommission herzlich bedanken. Es ist ein großes Privileg, hier sprechen zu dürfen, und ich freue mich, die Bedeutung der Zivilgesellschaft für unsere Aufnahmegesellschaft darzulegen. Zivilgesellschaftliche Akteure leisten für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt wertvolle Arbeit. Ich möchte dabei drei zentrale Punkte betonen.

Erstens: Kritische Zivilgesellschaft wirkt als wesentliches Korrektiv gegenüber politischen Entscheidungen. Sie verhindert, dass sich Debatten verselbstständigen und dass sich Politik von demokratischen Grundprinzipien entfernt oder in Eskalationsspiralen verliert. Durch Stellungnahmen, Gerichtsverfahren, Öffentlichkeitsarbeit und politische Intervention wird aktiv dafür gesorgt, dass menschenrechtliche Mindeststandards nicht verloren gehen.

Zweitens: Zivilgesellschaft übernimmt Aufgaben da, wo Staat nicht handelt – ob aus Überforderung, Unvermögen oder politischem Unwillen. Das ist hochproblematisch, aber Realität.

Drittens: Zivilgesellschaft ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt grundsätzlich unverzichtbar. Ich möchte das an einem konkreten Fall schildern, der exemplarisch für viele andere steht: Wir begleiteten jüngst eine Klientin, die in der Ankunfts- und Notunterkunft in Tegel untergebracht gewesen ist. Sie war akut medizinisch behandlungsbedürftig, was auch durch den Medizinischen Dienst des Deutschen Roten Kreuzes in der ANo TXL bestätigt worden ist. Drei Monate lang bekam sie keinen Termin beim LAF, um die ihr zustehenden Leistungen zu erhalten. Das bedeutete auch, dass sie keine medizinische Versorgung erhielt. Die Frau saß weiter im Mehrbettzimmer in Tegel, das sie sich mit sieben weiteren Personen teilte – mit Essen, das ihre Kondition verschlechterte und ohne die Möglichkeit, eine Ärztin zu konsultieren. Mehr als drei Monate ohne die zustehenden Leistungen, keine Behandlung, keine Einweisung, keine Perspektive: In solchen Situationen handeln wir als Korrektiv, indem wir politische Verantwortung einfordern, Missstände dokumentieren, Öffentlichkeit herstellen und nötigenfalls die Person zur Klage ermächtigen. Gleichzeitig füllen wir die Leerstellen staatlichen Handelns durch konkrete Unterstützung: Begleitung, Vermittlung, Übersetzung, Versorgung.

Diese Fälle sind keine Ausnahme. Vielmehr spiegeln sie eine systemische Realität wider und werfen Fragen auf, die weit über Einzelfälle hinausgehen. Nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus unter dem Schock der Shoah hat Deutschland eine Lehre gezogen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. – Das ist nicht lediglich ein Satz in unserer Verfassung. Es ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, Fundament unseres demokratischen Konsenses. Ebenso gilt das Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Worin aber besteht der demokratische Konsens im Minimum? – Menschenrechte sollten in Deutschland nie wieder verhandelbar sein. Nie wieder sollten Legislative, Exekutive und Judikative Recht brechen – ebenfalls als unmittelbare Lehre der Verbrechen des Faschismus. Der Verfassungsgeber wollte nicht nur eine rechtliche, sondern eine tatsächliche Gewaltenteilung, eine klare Trennung, gerade auch um sicherzustellen, dass legislative und exekutive Entscheidungen von einer unabhängigen und freien Gerichtsbarkeit auf ihre Vereinbarkeit mit Menschenrechten, mit unserer Verfassung und mit unserem demokratischen Konsens hin überprüft werden.

Eine weitere Säule, der Klebstoff unseres Zusammenlebens, ist das unser Verfassung immanente Sozialstaatsprinzip. Das heißt, der Staat ist zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums und der Unterstützung benachteiligter Gruppen verpflichtet. Sozialer Zusammenhalt ist ein mehrdimensionales Phänomen von zwischenmenschlichem Vertrauen und der Entwicklung sozialer Netzwerke über die Identifikation mit dem Gemeinwesen, dem Vertrauen in das Recht und in Institutionen bis hin zu Solidarität, Hilfsbereitschaft und sozialer Teilhabe. Zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer ganzen Vielfalt als Wohlfahrtsverbände, als

Umweltverbände, als freie Träger der Jugendhilfe, als Akteure der Geflüchtetenhilfe, als parteiische Interessenvertretungen, im Ehrenamt, als Aktivistinnen und Aktivisten liefern dabei wesentliche Beiträge – nicht nur, um staatliche Aufgaben zu erfüllen, nein, sondern auch, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die Einhaltung der Menschenrechte als Grundlage des demokratischen Konsenses zu garantieren.

Doch dieser Konsens steht unter Druck. Was wir aktuell erleben, ist ein Abweichen von diesem Versprechen, insbesondere geflüchteten Menschen gegenüber. Wir sehen täglich massive Menschenrechtsverletzungen mitten in Berlin. Geflüchtete Menschen haben monatelang keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Sie werden bei der Wohnungssuche und auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Sie leben über Monate, manchmal Jahre in Unterkünften ohne Privatsphäre, ohne Schutz. Leistungen, die ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren sollen, werden nicht gewährt. Strukturelle Diskriminierung ist für viele von ihnen kein Ausnahmezustand, sie ist Alltag. Das ist keine Folge unlösbarer Herausforderungen, sondern Ausdruck politischer Entscheidungen. Geht es um strukturelle Diskriminierung und die Frage, wie diese abgebaut und Menschenrechte gestärkt werden können, müssen geflüchtete Menschen und deren Bedarfe als Ausgangspunkt dienen. Stattdessen erleben wir eine Dehumanisierung und Objektivierung geflüchteter Menschen als Sicherheitsrisiko. Wir erleben reflexhafte Gesetzesverschärfungen, die sich an der Rhetorik von rechts orientieren, nicht an Menschenrechten. Geflüchtete Menschen werden nicht mehr als Subjekte mit Rechten gesehen, sondern als Objekte sicherheitspolitischer Maßnahmen. Sie werden entmenslicht, in öffentlichen Debatten instrumentalisiert und administrativ entrechtet. Es geht nicht mehr darum, im Rahmen einer pluralen Gesellschaft einen Konsens zu finden, welcher dem Gleichheitsversprechen des Grundgesetzes standhält.

Genau deshalb ist Zivilgesellschaft so wichtig. Es sind zivilgesellschaftliche Organisationen, die in Stellvertretung und oftmals im Namen der Betroffenen Fälle in die Öffentlichkeit und vor Gericht bringen, Betroffene unterstützen, sie versorgen und die Verantwortung dafür übernehmen, dass der gesellschaftliche Konsens, Menschenrechte zu achten, weiterhin Bestand hat. Es sind zivilgesellschaftliche Organisationen, die den Finger in die Wunde legen. Es ist die Zivilgesellschaft, die politische Entscheidungsprozesse pluralisiert, andere Perspektiven sichtbar macht und daran erinnert, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Zivilgesellschaft ist keine wohlwollende Ergänzung zur staatlichen Ordnung. Sie ist ein elementarer Bestandteil demokratischer Willensbildung und Garant dafür, dass Grundrechte universell gelten.

Doch erleben wir, dass zivilgesellschaftliches Engagement zunehmend unter Druck gerät. Organisationen wird die Finanzierung entzogen, weil sie sich kritisch äußern. Träger werden diskreditiert, weil sie sich klar positionieren, weil sie sichtbar machen, was nicht sichtbar sein soll. Das gefährdet nicht nur einzelne Akteure, es gefährdet das demokratische Gefüge in der Gesamtheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht durch das tägliche Eintreten für Rechte, gleichen Zugang und gleiche Teilhabe, unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Religion. Er entsteht dort, wo Solidarität gelebt, wo Verantwortung übernommen wird, wo Menschen füreinander eintreten. Zivilgesellschaft tut das jeden Tag, und deshalb sollte sie systematisch gestärkt werden. Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht nicht weniger Zivilgesellschaft, sondern mehr. Das bedeutet, Zugänge für Zivilgesellschaft zur Unterstützung geflüchteter Menschen überall zu gewähren, verbesserte Zusammenarbeit zwischen

Verwaltung und Zivilgesellschaft zu garantieren und Zivilgesellschaft als demokratisches Korrektiv zu begreifen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Büttner! – Als Nächster ist jetzt Herr Härtel an der Reihe. – Bitte schön!

Thomas Härtel (Landessportbund Berlin e. V.; Präsident): Herr Vorsitzender! Frau Senatorin! Liebe Mitglieder der Enquete-Kommission! Herzlichen Dank für die Einladung! Ich will darauf hinweisen, dass der Landessportbund mit seinen 809 000 Mitgliedern, davon rund 250 000 Kinder und Jugendliche, einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leistet. Insofern bedanke ich mich ausdrücklich für die Einladung und für die Gelegenheit, hierzu einige Ausführungen zu machen.

Wir haben uns ein Leitbild gegeben:

„Sport ist eine Einladung an alle. So gestalten wir Gesellschaft, ermöglichen gleichberechtigte Teilhabe und vermitteln Werte. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung, Extremismus, Gewalt und Missbrauch.“

Dieses Zitat finden Sie in jeglicher Ausführung bei Veranstaltungen und auch in unserem sogenannten Präsidentenzimmer an der Wand, damit jeder weiß, was das letztendlich bedeutet. Wir versuchen auch, das mit Leben zu füllen. Wir sind Mitglied im Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin und im Bündnis für Mut und Verständigung. Wir haben eine klare Beschlussfassung in unserer Mitgliederversammlung, uns gegen jegliche Form von Diskriminierung zu engagieren. Ich will die Gelegenheit nutzen, kurz die wichtigsten Passagen daraus zu zitieren, um dann an einigen Beispielen deutlich zu machen, wo wir aktiv sind. Ich zitiere aus der Beschlussfassung unserer Mitgliederversammlung:

„Diskriminierung und Abwertung von Menschen aufgrund ihrer sozialen, religiösen oder ethnischen Herkunft, ihres Alters, einer möglichen Behinderung sowie ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Identität haben keinen Platz bei uns. Wir schützen und verteidigen die Werte des Sports, zu denen insbesondere Fairplay, Respekt und Teilhabe gehören. Wir grenzen uns klar von politischen Organisationen und Bewegungen ab, die diese Werte nicht teilen. Die Abwertung von Menschen steht im Widerspruch zum internationalen und weltoffenen Wesen des Sports.“

Sobald wir von Diskriminierung im Sport erfahren, unterstützen wir betroffene gerecht und netzwerkorientiert. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Sportvereine eine soziale Heimat sind. Deshalb fördern wir die gleichberechtigte Teilhabe am Sport. Wir unterstützen präventiv die demokratischen Kompetenzen unserer Vereine und Verbände durch Veranstaltungen und in unserer täglichen Arbeit.

Gelebte Vielfalt und Engagement gegen jegliche Form von Diskriminierung sind die wirksamsten Mittel gegen Ausgrenzung und Abwertung. Hier beraten und fördern wir dauerhaft unsere Berliner Vereine, Verbände, Aktiven und Engagierten im Sport. Das tun wir gerade auch im Bereich der Vielfalt und Gleichstellung und durch unsere Programme und Projekte in den Bereichen Integration, Inklusion, Bildung und Jugendsozialarbeit. So stärken wir, gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen Or-

ganisationen, die demokratischen Kräfte und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“

Das ist unser Leitbild, an dem wir uns in unserer täglichen Arbeit zu orientieren haben. Ich bin durch den Beitrag der Berliner Register vorhin auch noch einmal bewusst darauf aufmerksam geworden, wie wichtig die Analysen der Vorfälle sind, die uns ja auch erreichen, um daraus dann die notwendigen Konsequenzen in unserer Arbeit und in der Beratung unserer Vereine zu ziehen.

Die Sportjugend leistet eine vielfältige Arbeit in verschiedensten Projekten im Bereich der sportorientierten Sozialarbeit. Wir sind in der politischen Bildung und in der Frage der Demokratiebildung in unserer Bildungsstätte, oder zum Beispiel auch in Zusammenarbeit mit Hertha BSC im Lernzentrum, an vielen Stellen aktiv, um uns deutlich gegen jegliche Form von Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung auszusprechen und vor allen Dingen auch die Vielfalt zu fördern. Auch unsere Freiwilligendienste werden unter diesem Aspekt geschult. Die Menschen, die bei uns im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres aktiv sind, werden durch Fortbildungsangebote auf diese Leitlinien vorbereitet. So können wir insgesamt selbstbewusst sagen, dass wir in unserer täglichen Arbeit einen wesentlichen Beitrag leisten, auch in der Zusammenarbeit mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Wir haben eine eigene Gesellschaft, nämlich die Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit, die mobile Teams dort organisiert, wo Bedarf ist und Probleme auftreten. Wir haben Sportjugendclubs und Mädchensportzentren, wo wir auch gezielt eine entsprechende Arbeit leisten, und wir haben Projekte wie „KICK – Sport gegen Jugenddelinquenz“. Wir versuchen durch SpOrt365, an verschiedensten Stellen in dieser Stadt Teilhabe zu ermöglichen, und schaffen zum Beispiel auch in einem Projekt mobile Bildungs- und Freizeitangebote für junge Menschen aus Roma-Familien und junge Geflüchtete. Das sind Beiträge, bei denen unsere Ehrenamtlichen, von denen wir 60 000 im Berliner Sport haben, einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese müssen darauf vorbereitet und geschult werden, damit wir auch insbesondere präventiv eine entsprechende Aufgabe wahrnehmen können. Ich denke, das ist etwas, das der Sport in einer angemessenen Weise mitleisten kann.

Auch in der Frage der Sozialarbeit vor Ort und beim Quartiersmanagement sind wir an vielen Stellen vor Ort, heute zum Beispiel in der Thermometersiedlung, wo wir mit einer Wohnungsbaugesellschaft Streetballflächen eröffnen, um dort mit jungen Menschen gemeinsame Aktivitäten zu entfalten und auch immer mit der Überschrift unseres Leitbilds deutlich zu machen, wo unsere Aufgabe letztendlich liegt. Weil über Geflüchtete berichtet worden ist, will ich auch da einen entsprechenden kurzen Hinweis geben: Wir haben über unsere Sportschule ein Programm, in dem wir Menschen mit Fluchterfahrung zu Übungsleiterinnen und Übungsleitern ausbilden. Dort haben wir mittlerweile über 240 Menschen ausgebildet, die Brücken bauen, die in die verschiedensten Communitys wirken und damit vor allen Dingen auch einen Beitrag gegen jegliche Form von Diskriminierung und im Sinne von Demokratieförderung und Teilhabe leisten. Menschen die Gelegenheit zu geben, sich im Sport zu beteiligen, und auch immer wieder die Sichtbarkeit von Vorfällen deutlich zu machen, denen wir uns gemeinsam engagiert entgegenstellen müssen: Das ist unsere tägliche Aufgabe. Ich könnte noch viele andere Projekte nennen, will es aber aufgrund der Zeit erst einmal bei diesen Projekten belassen.

Ich bedanke mich recht herzlich und will an dieser Stelle auch einmal deutlich sagen, dass wir eine gute Unterstützung des Berliner Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses bei den vielfältigen Aktivitäten haben. Auch in den Gesprächen ist deutlich geworden, dass gerade unsere demokratiebildenden Maßnahmen einen ganz wichtigen Beitrag leisten. Wir müssen das mit den Menschen, die bei uns organisiert sind und einen Beitrag leisten wollen, ja alles organisieren. Für diese Unterstützung will ich mich ausdrücklich bedanken. Ich lade auch alle ein, die sich hier in der Enquete-Kommission engagieren, sich vor Ort bei uns ein Bild über die vielfältigen Aktivitäten zu machen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Härtel! – Als Nächster hat Herr Dr. Özvatan das Wort.

Dr. Özgür Özvatan (Gesellschaftliche Verantwortung des Berliner Fußball-Verbandes e. V.; Vizepräsident): Vielen Dank für die Einladung! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Angehörige der Enquete-Kommission! 300 000 der 800 000 Mitglieder in Berlin sind ja durch den Fußball organisiert, also wir sind als Berliner Fußball-Verband ein Verband mit 300 000 Mitgliedern in dieser Stadt. Das heißt, wir sind in der sportorientierten Welt ein zentraler Player. Ich führe Sie in diesen sieben Minuten durch fünf Punkte. Der erste Punkt betrifft das Steuerrecht, der zweite die Kommunikation, der dritte die systematische Unterwanderung durch Rechtsextreme, der vierte die Transformation des Ehrenamts als Herausforderung und der fünfte die Frage der Anlaufstellen beziehungsweise der Betroffenenarbeit in Fällen von Diskriminierung.

Der erste Punkt ist das Steuerrecht. Wir haben mit der Wall GmbH einen Barter-Deal gehabt beziehungsweise hätten ihn gehabt, damit wir antisemitische, queerfeindliche, antimuslimische und rassistische Vorfälle im Berliner Stadtbild auf den Flächen der Wall GmbH abbilden können. Wir hatten durch eine Auftragnehmerin eine Kampagne umsetzen lassen, aber am Ende konnte das nicht stattfinden. Es hätte im Januar und Februar 2025 stattfinden sollen, also zufällig zu der Periode des Wahlkampfs. Zu der Zeit, als es organisiert wurde, war nicht klar, dass die Bundestagswahl vorgezogen wird. Wir hätten diese Diskriminierungsfälle, also diese fußballbasierten Diskriminierungsfälle, und die Statistiken im Berliner Stadtbild sichtbar machen können. Das konnte aber nicht stattfinden, weil wir als Verband die Umsatzsteuer hätten zahlen müssen, und das war uns nicht möglich. Das ist besonders schade, und deswegen kommen wir auch mit der Bitte und der Forderung, dass wir dort steuerrechtliche Lösungen finden können, damit diese Last nicht da ist und wir das öffentliche Bewusstsein zu den Diskriminierungsfällen im organisierten Fußball in der Berliner Stadtgesellschaft stärken können.

Der zweite Punkt ist die Kommunikation. Ich weiß nicht, wie bewandert Sie in den Lebensstilen und der Lebenswelt der jungen Menschen in Deutschland und auch in Berlin sind, aber der Sport, vor allen Dingen der Fußball, ist ein Magnet – was Öffentlichkeit angeht und was das Fansein angeht. Diese Lebenskultur Fußball zieht immer noch besonders stark. Wir haben da ein Riesenpotenzial, das wir ausschöpfen könnten, um ein Diskriminierungsbewusstsein unter den Jugendlichen zu schaffen und auch die Herausforderungen sichtbar zu machen, die der Sport liefert. Allerdings haben wir auch da leider nicht die Ressourcen, um die Kommunikation, die erforderlich ist, selbst zu stemmen. Vor allen Dingen gibt es noch keine Netzwerke oder Plattformen, wo wir relevante Stakeholder zusammenführen und gemeinsam, also sowohl mit dem Berliner Senat als auch mit anderen Projekten, Kooperationspartnern oder Auf-

tragnehmerinnen des Berliner Senats – in diesem Fall fußballbasiert – kommunizieren können, und wo wir eben auch die Diskriminierungsfälle sichtbar machen können.

Das ist insofern total wichtig, weil der Fußball in meinen Augen der dritte Ort ist, an dem Menschen zusammenkommen, die woanders nicht zusammenkommen, an dem also auch Menschen zusammenkommen, die vielleicht beim Mittagessen nicht mehr zusammen essen. Beim Fußball spielen sie gemeinsam Fußball, entweder in einem Team oder gegeneinander, aber das ist genau der Punkt des Fußballs als der zentrale dritte Raum, in dem wir gegen Polarisierung vorgehen und etwas unternehmen können, weil Menschen hier einfach zusammenkommen. Das Risiko, das leider viele Menschen nicht sehen, ist aber, dass eine Romantisierung des Fußballs als sogenannter Integrationsmotor stattfindet. Das ist eben auch verkehrt. Der Fußball ist ein Ort, der ein unglaublich hohes Potenzial hat, Integrationsmotor zu sein, aber nur, wenn es moderiert wird und wenn es ressourcenstark begleitet wird. Aus der internationalen sportbasierten Forschung wissen wir: Wenn Vielfalt im organisierten Sport nicht ressourcenstark moderiert wird, ist der gegenteilige Effekt fast genauso hoch. – Das heißt, der soziale Sprengstoff im Fußball ist eben auch sehr hoch. Deswegen muss es ressourcenstark begleitet werden. Dafür brauchen wir dann aber auch eine Ressourcenstärke, was die Kommunikation angeht.

Wir leiden auch unter der Transformation des Ehrenamts. Ich gehe davon aus, dass es beim Landessportbund ähnlich ist. Das Ehrenamt transformiert sich. Es wird immer punktueller – durch die Individualisierung der Gesellschaft, aber auch gerade in Berlin durch den Anstieg der Singlehaushalte. Das heißt, Menschen sind weniger in Gemeinden unterwegs. Da haben wir das große Potenzial im Fußball, aber wir leiden auch darunter, dass das Ehrenamt im Durchschnitt sehr alt ist und wir noch keine Wege gefunden haben, die jungen Menschen in das Ehrenamt nachzuziehen. Auch hier sind wir wieder leider noch nicht so professionell aufgestellt, dass wir das gut begleiten können. Das Ehrenamt transformiert sich auch an sich. Es wird immer punktueller, das heißt, diese alten Bindungen lösen sich immer mehr auf, also zu einem Verein zu gehen und dann 30 bis 50 Jahre in diesem Verein aktiv zu sein. Menschen organisieren sich in verschiedenen Vereinen, immer wieder punktuell und projektartig, und das muss natürlich auch begleitet werden, sonst schaffen wir es nicht, diese Strukturen aufrechtzuerhalten. Das wäre, wie gesagt, eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Jetzt kommen wir zum letzten Punkt: den Anlaufstellen beziehungsweise der Betroffenenarbeit. Wir haben Kooperationspartner. Im Phänomenbereich des Antisemitismus kooperieren wir mit der EVZ-Stiftung. Wir kooperieren im Bereich der Queerfeindlichkeit vor allen Dingen mit dem LSVD+. Im Gewaltbereich haben wir eine Kooperation mit dem Weißen Ring. Wir haben keinen Kooperationspartner für die Betroffenenarbeit im Phänomenbereich des Rassismus. Wir haben keinen Kooperationspartner im Phänomenbereich des antimuslimischen Rassismus, auch nicht im Bereich des anti-Schwarzen Rassismus. Das ist eine große Herausforderung. Das liegt aber auch daran, dass es eben noch nicht diese sportbasierten oder in diesem Fall fußballbasierten Kooperationspartnerinnen und -partner gibt. Das heißt, wir brauchen eine bessere Landschaft, um diese Betroffenenarbeit leisten zu können.

Ich kann Sie einmal durchführen: Wenn Sie eine Diskriminierungserfahrung gemacht haben, dann gibt es einen Meldebutton auf unserer Homepage, was dazu führt, dass wir dann die Anlaufstelle sind, aber wir haben eben nicht die Ressourcen und die Kapazitäten, die Betroffene

nenarbeit zu leisten. Das heißt, wir haben dann Kooperationspartnerinnen und -partner, an die wir das weitergeben. Wir sind aber natürlich auch davon abhängig, dass diese die Kapazitäten haben, das überhaupt zu betreuen. Wenn sie keine Kapazitäten haben, dann wird es nicht betreut – und das ist eine große Gefahr. Es gibt jetzt mit ROOTS – Against Racism einen bundesweiten Player, der anti-Schwarzen und antimuslimischen Rassismus bearbeitet, der aber auch noch nicht ressourcenstark genug ist, um diese Fälle dieser Organisation geben zu können. Das heißt, wir haben dort einen großen Bedarf, und das birgt einen großen sozialen Sprengstoff. Wir sind zum Beispiel immer noch nicht gut genug im Schutz für jüdische Menschen im organisierten Fußball in Deutschland unterwegs. Jedes Wochenende werden die Spiele, auch in einer guten Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei und den Sicherheitsbehörden, geschützt, aber die Trainingsplätze werden noch nicht geschützt. Wir haben aber auch einen großen sozialen Sprengstoff, wenn wir diese Konkurrenz, die dann in den Vereinen mit den verschiedenen Phänomenbereichen entsteht, nicht gut betreuen, weil nämlich Menschen dann sagen: Die einen werden geschützt, aber wir werden nicht geschützt. – Das heißt, wir müssen alle gleichzeitig schützen, damit sie auch ein größeres Verständnis füreinander haben.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Özvatan! – Als Nächste hat Frau Shafie-Sabet das Wort. – Bitte schön!

Alaleh Shafie-Sabet (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin – ADNB – des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg – TBB –): – Vielen Dank! – Liebe Mitglieder der EnqueteKommission! Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Alaleh Shafie-Sabet. Ich bin die Projektleiterin beim Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg. Ich werde Ihnen kurz unsere Beratungsarbeit vorstellen, um zu verdeutlichen, welche Rolle Diskriminierung bei Menschen in Berlin spielt und wie sinnvolle Maßnahmen dagegen aussehen können und müssen. Wir sind eine Beratungsstelle mit einem Beratungsteam, das interdisziplinär aufgestellt ist. Bei uns beraten Juristinnen und Juristen, aber beispielsweise auch Sozialarbeitende. Wir sind mehrsprachig aufgestellt und versuchen, unsere Beratungstätigkeit so niedrigschwellig wie möglich anzubieten.

Wir haben drei Schwerpunktbereiche in unserer Arbeit: einmal die Beratungstätigkeit, dann die politische Vernetzungsarbeit und dann noch die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Ich werde mich jetzt nur auf die Beratungstätigkeit beziehen. Hier beraten wir Menschen, die in Berlin leben, die aufgrund von unterschiedlichen Merkmalen – sei es aufgrund ihres Alters, ihrer sexuellen Identität, ihres Geschlechts, einer Behinderung oder einer ethnischen Herkunft – Diskriminierung in unterschiedlichen Lebensbereichen erleben, sei es auf der Arbeit, im Supermarkt, im Fitnessstudio oder in der Schule. Was wir hauptsächlich tun, ist, dass wir Betroffenen von Diskriminierung unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten bieten. Wir bieten neben einer rechtlichen Beratung zum AGG und LADG auch eine psychosoziale Beratung, weil wir vor allem merken, dass viele Menschen auch einfach einen Raum brauchen, wo sie über ihre Diskriminierungserfahrungen sprechen können, wo ihre Erfahrung nicht relativiert wird oder infrage gestellt wird. Das heißt, viele Menschen wollen gar nicht, wie es oft heißt, sofort vor Gericht oder klagen. Wir begleiten auch viel zu Gesprächen, etwa zu Vermittlungsgesprächen, wenn es beispielsweise im Kontext Arbeit darum geht, dass Menschen aufgrund eines Visums an ihrer Arbeitsstelle gebunden sind und eine Lösung finden wollen, aber nicht herausgehen können. Dort begleiten wir auch Menschen zu Gesprächen. Ich komme später noch einmal zu einem Fallbeispiel.

Wir können als Beratungsstelle nach § 23 AGG auch als Beistandschaft vor Gericht fungieren. Außerdem vermitteln wir an Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Psychologinnen und Psychologen oder andere spezialisierte Beratungsstellen. Ich werde jetzt kurz zwei Fallbeispiele darstellen, die Ihnen zeigen sollen, mit welchen Geschichten Menschen zu uns kommen, damit Sie einen Eindruck davon gewinnen.

Bei dem ersten Fallbeispiel geht es um eine Ratsuchende, die davon berichtet, wie sie von dem CEO der Firma mehrmals sexuell belästigt wurde. Es gab eine Situation, wo er in einem Meeting ungefragt seine Hand auf ihr Bein legte. Auch erzählte sie von einer Situation, in der der CEO sexuelle Anspielungen wie „You are so hot!“ machte. Die ratsuchende Person fühlte sich belästigt und nicht wohl auf der Arbeit und beschwerte sich beim Inhaber der Firma. Der Inhaber führte ein Gespräch mit dem CEO, in dem dieser alles herunterspielte und alles abwehrte. Der Inhaber unternahm daraufhin leider nichts. Wichtig ist auch hier, wie ich es gerade schon gesagt habe: Die ratsuchende Person ist auf ihren Job angewiesen, weil ihr Visum und somit ihr Aufenthalt von dem Job abhängig ist. Das heißt, sie kann ihren Job nicht einfach so wechseln. Wir haben gemeinsam mit der ratsuchenden Person einen Beschwerdebrief geschrieben und Kontakt mit dem Arbeitgeber, also dem Inhaber, aufgenommen. Man muss dazu sagen, dass es in diesem Fallbeispiel eine positive Entwicklung, einen Teilerfolg gab. Das kommt nicht oft vor. Denn wir haben am Ende gemeinsam als Beratungsstelle mit dem Inhaber eine Betriebsvereinbarung verfasst, in der sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz untersagt wird. Auch wurde in dieser Vereinbarung festgehalten, dass Beschäftigte und Führungskräfte für die Themen der sexuellen Belästigung sensibilisiert werden sollen. Das ist das erste Fallbeispiel.

Beim zweiten Fallbeispiel geht es um eine Einzelfallhelferin, die eine geflüchtete Familie aus Syrien begleitet. In einer Situation begleitet sie den siebzehnjährigen Sohn zum Jobcenter, wo er wegen seines Schülerausweises und Berlin-Passes vom Sachbearbeiter angesprochen wird. Dabei reagiert der Sachbearbeiter aber extrem rassistisch und macht verhetzende Aussagen gegen Geflüchtete im Allgemeinen, sinngemäß: Die Familie bräuchte keine Unterstützung, sie könnten selbst lesen und wüssten, wie sie das Sozialsystem ausbeuten, sonst hätten sie es nicht nach Deutschland geschafft. – Die ratsuchende Person, also die Einzelfallhelferin, hat in der Situation eingegriffen und darauf hingewiesen, dass das rassistisch sei. Der Sachbearbeiter hat sie daraufhin aber einfach nur angeschrien und des Raumes verwiesen. Wir haben nach einer Beratung mit der Einzelfallhelferin Kontakt zum Jobcenter gesucht und ein Vermittlungsgespräch durchgeführt. Auch hier gab es einen Teilerfolg: Der Fachbereichsleiter des Jobcenters – das war in Mitte – hat sich für die Aussagen seines Mitarbeitenden bei der Familie und bei der Einzelfallhelferin entschuldigt. Er hat aber gleichzeitig seine Mitarbeitenden in Schutz genommen und teilweise auch die Diskriminierungserfahrung heruntergespielt.

Ich möchte ganz ausdrücklich sagen, dass diese Fälle keine Einzelfälle sind. Sie stehen exemplarisch für die Erfahrung von vielen Menschen, die in Berlin leben und die sie jeden Tag machen. Antidiskriminierungsarbeit ist daher essenziell, weil Diskriminierung viele Menschen im Alltag benachteiligt, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränkt und soziale Ungleichheit verstärkt. Antidiskriminierungsarbeit sorgt dafür, dass Betroffene Unterstützung erhalten, ihre Rechte wahrnehmen und Diskriminierung sichtbar machen können. Gleichzeitig schafft sie ein Bewusstsein in der Gesellschaft und fördert ein respektvolles Miteinander. Da Diskriminierung in vielen Formen und Lebensbereichen weiterhin weit verbreitet ist, braucht es einen weiteren Ausbau der Antidiskriminierungsstrukturen in Berlin. Das

haben ja auch die Zahlen von der Berliner Registerstelle gezeigt, und auch unsere Zahlen zeigen das.

Die Beratungsstellen sind überlastet, deswegen müssen die Strukturen weiter gestärkt werden. Langfristige Perspektiven für Beratungsstellen müssen geboten werden. Bürokratie in der Beantragung muss minimiert werden. Dieser Abbau kann nur funktionieren, wenn ausreichend politische und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Auch schüren Diskurse über Migration Ängste bei vielen Menschen, die seit Jahren und Generationen in Berlin leben. Sie fühlen sich nicht sicher – sei es bei der Arbeit oder beim Amt, wo ihnen im schlimmsten Fall Leistungen entzogen werden, nur weil sie nicht gut genug Deutsch sprechen. Daher fordern wir, dass Politik eine Kultur der Gleichstellung und Gleichbehandlung nachhaltig fördern muss, damit eine wirksame Antidiskriminierungskultur geschaffen werden kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank für Ihren Wortbeitrag, auch stellvertretend für alle Wortbeiträge und für den Input, den wir hier bekommen haben! – Jetzt hat die Senatorin Frau Kiziltepe um das Wort gebeten.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Kommissionsmitglieder! Ich freue mich sehr, dass das heutige Thema der Enquete-Kommission auch „Zivilgesellschaftliche Akteure“ ist. Wir haben gehört, dass sich ein Blick auf die Zivilgesellschaft in Berlin auf jeden Fall lohnt. Hier wird hervorragende Arbeit geleistet, auf die wir nicht verzichten können. Die Zivilgesellschaft ist die Stütze der Demokratie und der demokratischen Kultur in unserer Stadt. Es gibt auch eine lange Tradition in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Allerdings sind wir natürlich gleichzeitig auf kritische Impulse und unabhängige Eingaben aus der Zivilgesellschaft angewiesen, damit wir nicht betriebsblind werden, aber auch, um unsere Demokratie weiter zu entwickeln und das demokratische Zusammenleben zu stärken.

Deswegen tritt der Berliner Senat auch allen Bemühungen entgegen, die auf eine Einschüchterung der Zivilgesellschaft abzielen. Ich betone dies, weil einige politische Kräfte in unserem Land immer wieder das politische Engagement zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure infrage stellen. Dazu sage ich ganz klar: Dem setzen wir uns entschieden entgegen. Nach dem Grundsatz der Meinungsfreiheit, insbesondere auch für die politischen Aktivitäten jenseits staatlich geförderter Maßnahmen, macht der Berliner Senat den Trägern keine Vorgaben und achtet die Autonomie dieser Rechtspersonen. Daher sollten wir uns auch alle gemeinsam dafür einsetzen, dass dieses Rechtsgut nicht infrage gestellt wird. Außerdem besorgt mich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend Anfeindungen ausgesetzt sind. Auch hier bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Solidarität, aber auch entschlossener Unterstützung durch staatliche Strukturen.

Wie sieht es in meiner Senatsverwaltung aus? In der Förderung achten wir natürlich auch auf Aspekte des Selbstschutzes bei Förderanträgen von freien Trägern. Das wird berücksichtigt. Hinzu kommt die wichtige Unterstützung des Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt und Bedrohung der Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Mit unseren Förderprogrammen und Unterstützungsangeboten blicken wir heute auf eine zivilgesellschaftliche Landschaft, auf die Berlin stolz sein kann. Ein Verzicht dieser Arbeit ist undenkbar für Berlin. Die hier im Zusammenhang mit der Befassung der Enquete-

Kommission in Rede stehenden zivilgesellschaftlichen Akteure werden in der SenASGIVA im Wesentlichen von der Abteilung „Antidiskriminierung und Vielfalt“ der Landesantidiskriminierungsstelle – Frau Ünsal als Abteilungsleiterin ist hier – und von der Abteilung „Integration und Migration“ gefördert. Frau Niewiedzial kann krankheitsbedingt nicht. Frau Dr. zur Nieden ist aus meiner Verwaltung und der Abteilung anwesend.

Es ist wichtig, dass wir die Dachverbände, mit denen wir und die Abteilungen in Kontakt sind, stärken. Das tun wir seit ein paar Wochen auch im Rahmen eines Strukturfonds, um hier eine Strukturförderung zu gewährleisten. Zudem fördert die Abteilung „Integration“ eine Vielzahl von Projekten zur Förderung von Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte. Bei der Landesantidiskriminierungsstelle ist es so, dass die LADS eng mit den Trägern der Antidiskriminierungsarbeit, der Opferberatung und mit Trägern der Demokratieförderung zusammenarbeitet. Wesentliche Stützpfeiler sind dabei das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt“ gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und natürlich die Projektförderung im Rahmen der IGSV, also der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“. Auch hier werden diverse strukturbildende Projekte gefördert, die teilweise deutschlandweit Nachahmung finden. Diese Organisationen bilden also das Rückgrat unserer Demokratie. Deshalb hat der Berliner Senat auch die Absicht, mit einem Landesdemokratiefördergesetz diese Zivilgesellschaft nachhaltig zu stärken. Ich bedanke mich bei allen, die sich in der Kommission die Zeit nehmen, sich mit der Situation der Berliner Zivilgesellschaft und als nächstem Tagesordnungspunkt natürlich auch mit den Teilhabegremien zu befassen. Danke Ihnen dafür!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann kommen wir nun zu den Nachfragen beziehungsweise Stellungnahmen der Kommissionsmitglieder. Wir haben schon zahlreiche Wortmeldungen und beginnen mit Herrn Hausteин. – Sie haben zuerst das Wort!

Dennis Hausteин (CDU): Klasse, dann habe ich mich schnell genug gemeldet. Lieben Dank, Herr Vorsitzender! – Lieben Dank auch an alle Anzuhörenden für die jeweils individuellen Impulse! Ich habe es mir ein bisschen nach Personen aufgeteilt, wo sich jetzt noch Fragen für mich ergeben und Statements mit eingeflochten sind. Ich versuche, es als Erster nicht ins Filibustern ausarten zu lassen.

An Frau Adam vom Berliner Register die grundlegende Frage: Was ist rechts, was ist rechts-extrem? Was findet in Ihr Register Einzug? Wer meldet das vor allem? Wer entscheidet, dass die Zählung nachher stattfindet? Sie nehmen in dem Handout, das Sie herumgeschickt haben, unter rassistischen Vorfällen zum Beispiel Bezug auf die Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft in Lichtenberg. Dort haben die Anwohner anscheinend mobilisiert oder sich zumindest dagegen ausgesprochen. Ich kenne ehrlicherweise keine Flüchtlingseinrichtung, die irgendwo aufmacht, die ohne den Protest der Anwohner eröffnet wird. Wenn sie dann da ist, sind zum Glück meistens, wenn man das politisch gut begleitet, die Vorurteile ein Stück weit abgebaut. Das schleift sich irgendwie ein, und die Flüchtlingseinrichtung wird angenommen. Das ist super. Ich selbst bin in meinem Wahlkreis jüngst mit einer neuen Flüchtlingseinrichtung gesegnet worden, einer Großunterkunft mit 1 200 Plätzen. Dort haben natürlich auch einige mit ganz krassen Vorurteilen dagegen gearbeitet und dagegen argumentiert, die aber beileibe nicht, würde ich sagen, irgendwelche – Sie haben vorhin den Begriff Neonazi verwendet – Neonazis sind, sondern Bürger, die manchmal auch sehr vorurteilsbehaftet darauf

schauen. Deswegen die Frage: Wie finden Anwohner, die eine Gemeinschaftsunterkunft kritisieren, bei Ihnen Einzug?

Mich würde auch total interessieren, wie diese Zählung konkret stattfindet. Sie haben vorhin von Stickern gesprochen. Ich erinnere mich noch an eine Anhörung, bei der es darum ging, dass politische Parteien, die der bürgerlichen Mitte nicht so zugetragen sind, Sticker von sich mit ihrem Parteilogo darauf hatten. Dann haben besorgte Anwohner oder besorgte Aktivisten – ich weiß nicht, was es für Menschen waren – diese Sachen fotografiert, an Sie gemeldet und diese haben dann auch Einzug in die Statistik gefunden. Wie werden Sticker von politischen Parteien oder anderen Gruppierungen bei Ihnen aufgenommen? Vor allem: Wer bewertet nachher, was extrem, rechtsextrem ist? Beruht es auf den Aussagen der Betroffenen, also denjenigen, die nachher selbst davon dann die Betroffenheit haben? Oder arbeiten Sie da auch mit Institutionen zusammen, mit der Polizei zum Beispiel? Ich erinnere mich an einen ganz schlimmen Fall in Lichtenberg, wo ein obdachloser Mensch, der öfter in einem Laden gestohlen hat, von dem Ladenbesitzer so stark geprügelt wurde, dass er daran verstorben ist. Das ist ein ganz krasser Fall von Selbstjustiz. Das wurde auch zu rassistischer Gewalt instrumentalisiert und hat dann, glaube ich, auch Einzug bei Ihnen gefunden, obwohl die Gerichte das anders beschieden haben, also es konnte nicht nachgewiesen werden. Sie haben ja auch von einem prominenten Beispiel von gestern gesprochen, wo ein politisch Aktiver der Linksjugend angegriffen wurde. Gestern ist der Vorfall passiert. Es macht mich sehr betroffen, dass solche Überfälle in Berlin überhaupt stattfinden. Sie haben gesagt, dieser politisch Aktive wurde von einem Neonazi angegriffen. Woher kommt dieses Urteil, dass es ein Neonazi war? Hat die Polizei Ihnen die Information gegeben?

Nicht zuletzt steht in Ihrem Handout, dass sozialchauvinistische Übergriffe – Sie sprechen hier von Angriffen auf Obdachlosigkeit – typischerweise extrem rechte oder rechte Gewalttaten sind. Das wundert mich jetzt, denn ich erinnere mich an viele Straftaten in Berlin, bei denen Personen in U-Bahnhöfen Obdachlose angegriffen, angezündet haben. Diese Menschen waren nachher Personen mit Migrationshintergrund. Sind die extreme Rechte gewesen, und zählen sie auch dazu? Es macht mich aber auch sehr betroffen, dass Sie in Ihrem Bericht schreiben, dass die antisemitischen Vorfälle sich verdoppelt haben und die rassistischen Angriffe leicht angestiegen sind.

Frau Buss, Sie sind mit der Volkssolidarität ja ein wichtiger Akteur als Sozialkonzern. Sie haben Tausende von hauptamtlichen Beschäftigten. Sie haben jetzt ganz eindrucksvoll gesagt, was Sie für Maßnahmen innerhalb Ihres Sozialkonzerns unternehmen, um Diskriminierungen, Antisemitismus und so weiter vorzubeugen. Mich würde noch ein bisschen mehr der Fokus darauf interessieren, was nach außen hin passiert, wie Sie als eines von vielen ganz engagierten sozialen Unternehmen Ehrenamt bereitstellen. Ehrenamt ist ja ein ganz wichtiger Schlüssel, um die Menschen zusammenzuführen. Wir haben jetzt auch viele Redebeiträge von Anzuhörenden gehabt, die selbst in ihren eigenen Strukturen feststellen, wo Diskriminierungen oder Vorfälle passieren. Mich würde auch sehr stark das vereinende Element interessieren, nämlich wo Sie zum Beispiel Ehrenamt bereitstellen, in welchen Bereichen und wie viele Personen Sie dort erreichen. Denn das Thema Wirksamkeit muss uns alle beschäftigen. Beim Berliner Register habe ich mir aufgeschrieben: 7 700 Meldungen.

Herr Härtel, Sie haben gesagt, dass Sie über 809 000 Mitglieder haben. Das sind ja nicht 809 000, die dann Sport machen, sondern das sind die, die Mitgliedsbeitrag zahlen. Können

Sie ungefähr abschätzen: Wie viele Berliner und Berlinerinnen machen denn Sport? Dass wir da einmal eine Zahl bekommen. Wie viele Menschen erreichen Sie durch Ihre Angebote? – Die Frage geht natürlich auch an Sie, Herr Özvatán, damit wir da einmal eine Wirksamkeit für uns selbst bekommen. Wer darf eigentlich bei Ihnen mitmachen? Richtet sich Ihr Angebot nur an bestimmte Personengruppen, wie wir es von anderen Anzuhörenden gehört haben, oder ist das Angebot freier? Was steht bei Ihnen im Vordergrund? Ein gewisser Rucksack, den jeder Mensch mit sich trägt, eine Eigenschaft, die er mit sich bringt? Oder ist das Angebot für eine größere Personenanzahl offen? Vielleicht können Sie auch noch etwas zu den Zahlen sagen, also wie viele Ehrenamtliche, Trainer, Betreuer, Laien – in welcher Art und Weise auch immer – bei Ihnen mit Einzug finden, damit ich das ein bisschen für mich sortieren kann.

Ich bin gleich fertig, Entschuldigung. Beim ersten Redebeitrag muss ich so viel abklopfen. Ich wollte Herrn Büttner noch fragen: Sie haben die Situation in den Flüchtlingseinrichtungen angesprochen. Das ist ja eine Situation, die keinen zufriedenstellt. Jeder, der einmal in Tegel oder in Tempelhof war, weiß, wovon Sie reden: diese beengten Verhältnisse, keine Privatsphäre, also wirklich menschenunwürdig, menschenherausfordernd. Wir alle würden da nicht miteinander wohnen wollen. Das ist natürlich dem Umstand geschuldet, dass wir sehr viele Menschen haben, die wir nicht in Regelwohnungen vermitteln können. Sie haben die Wohnungsnot und die fehlenden Arzttermine angesprochen. Vielleicht können Sie darauf noch einmal eingehen, denn ich glaube, jeder Berliner, der hier schon länger wohnt, hat genau das gleiche Problem: Er findet keine Wohnung und keine Arzttermine. Sie reden dann von struktureller Diskriminierung. Das finde ich falsch. Ich finde es auch wirklich schwierig, da so eine einfache Aussage zu treffen. Denn jeder hat leider das Problem, dass wir zu viele Menschen hier haben, die Berlin attraktiv finden. Es ist auch gut, dass Berlin wächst – aber leider der Wohnungsbau und adäquate Unterkünfte nicht. Vielleicht ist die Aufgabe der Personen, die nach Berlin, nach Deutschland kommen, gerade einfach viel zu groß für uns und unsere Strukturen sind damit überfordert, weshalb man da gegensteuern müsste. Dabei belasse ich es. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Haustein! – Als Nächster hat Herr Özdemir das Wort.

Orkan Özdemir (SPD): Bevor ich meine Frage stelle, muss ich – leider – kurz auf das eingehen, was Herr Haustein gesagt hat. Ich empfinde es als eine Diffamierung, wenn man die Registerstelle hier als Sozialkonzern bezeichnet. – [Zuruf von Dennis Haustein (CDU): Hab ich nicht!] – Doch, das haben Sie. – Ich finde es generell problematisch, Akteure, die nicht gewerblich arbeiten, so zu bezeichnen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das eine rechts-extremistische Verschwörungserzählung ist. Davon sollten wir uns hier definitiv distanzieren und uns nicht auf dieses Niveau herablassen. Das finde ich absolut nicht in Ordnung. Es ist ganz egal, welchen gemeinwohlorientierten Akteur Sie meinen. Jetzt würde ich gern zu meinen Fragen kommen.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Nur ein Satz! Sie können Ihre Fragen gleich stellen. Ich glaube, dass hier im Raum niemand solche Theorien hat oder meint oder anwendet. Sie haben gerade Ihre Bedenken geäußert, was die Begrifflichkeit betrifft. Der Begriff wurde in Bezug auf die Volkssolidarität verwendet, aber dieser Zusammenhang passt jetzt nicht hier in die Diskussion unter Demokratinnen und Demokraten. Jetzt können Sie zu Ihren Fragen kommen.

Orkan Özdemir (SPD): Ich habe mir übrigens die Definition von Sozialkonzern gerade gezogen, also ich habe mich vergewissert – insofern: ganz langsam, ganz ruhig. Ich komme jetzt zu den Fragen. – [Zuruf von Stephan Lenz (CDU)] – Lassen Sie mich jetzt bitte weitersprechen, und dann können Sie sich gern melden.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD) Stopp! Herr Lenz, ich habe doch gerade etwas dazu gesagt. Als Vorsitzender habe ich gesagt, dass der Zusammenhang hier nicht akzeptiert wird, dass wir hier alle als Demokratinnen und Demokraten im Raum sitzen und unter Demokraten diskutieren und alles andere abgewiesen wird. Deswegen machen wir jetzt weiter mit den Fragen. Ich denke, das ist soweit in Ordnung. Vielen Dank! – Herr Özdemir, bitte schön!

Orkan Özdemir (SPD): Vielen Dank, dass ich als Abgeordneter hier solche Bedenken erwähnen darf. – Frau Shafie-Sabet, ich habe mir ein paar Fragen an Sie aufgeschrieben: Wie oft kommt es vor, dass Betroffene klagen, und wie ist ihr Zugang zum Recht? Das wäre spannend. Wie haben sich Ihre Zahlen in den letzten Jahren entwickelt, und welche Schwerpunktthemen neben der Beratungsarbeit greifen Sie in Ihrer Arbeit noch auf? Dann habe ich noch eine Frage an das BNS: Wie wirken sich die aktuellen rechtlichen Veränderungen eigentlich auf Ihre besondere Arbeit aus? Denn Sie unterstützen und vertreten ja besondere Gruppen. Das würde mich interessieren. Dann möchte ich mich natürlich noch für unsere Gruppe hier bedanken, dass Sie sich die Zeit nehmen, heute hier zu sein. Vielen Dank für die Beiträge! Das war sehr aufschlussreich.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Özdemir! – Als Nächster ist Herr Dr. Funck an der Reihe. – Herr Dr. Funck, Sie haben das Wort!

Dr. Marcus Funck: Ganz herzlichen Dank an alle Angehörten für die sehr instruktiven Ausführungen! Ich würde gern mit einer Vorbemerkung zu Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement beginnen. Es steht ja völlig außer Frage, dass es eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens gibt. Aus einer etwas nüchternen, vielleicht auch distanzierten, wissenschaftlichen Perspektive ist Zivilgesellschaft aber erst einmal ein neutraler Begriff, der die gesamte Gesellschaft umfasst. Es gibt auch antidemokratische und extremistische Teile der Zivilgesellschaft. Das heißt, wir müssen diesen Begriff und die Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements mit Inhalt füllen, der zur Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens beiträgt und gleichermaßen eben auch konsensfähig ist.

Frau Adam, ich fand insbesondere die grafische Darstellung sehr beeindruckend, denn es ist gerade in einem lokalen Raum sehr wichtig, dass man zielgenau ermitteln kann, welche Formen von Hasskriminalität oder Gewalt wo auftauchen. Ich frage mich nur – vielleicht muss ich auch noch einmal auf Ihrer Website schauen –, wie weit das noch weiter ausdifferenziert wird. Zum einen: Sind rechte extreme Gewalt und Diskriminierung nicht unterschiedliche Kategorien, die nicht unbedingt immer in eins fallen, und gibt es da eine Differenzierung? Auch die Formen von Kriminalität: Das Aufkleben eines Stickers gegenüber einem körperlichen Angriff wäre beispielsweise noch eine weitere Differenzierungsebene. Leisten Sie das auch? Ich denke, das gäbe noch ein weiteren instruktiven Einblick in diese Phänomene.

Bei Frau Buss fand ich besonders eindrucksvoll, dass Sie genau diese gesellschaftliche Spaltung in den eigenen Reihen erleben, also das, was ich eben mit diesem neutralen Verständnis von Zivilgesellschaft beschrieben habe, und eben auch gewissermaßen die internen Prozesse

und Maßnahmen, das in den Griff zu bekommen, die Menschen wieder an einen Tisch zu bekommen und in ein produktives Verhältnis zueinander zu bringen. Wie Sie auch sagten – ich fand das eine sehr schöne Formulierung: Man muss nicht befreundet sein, aber sich kollegial zueinander verhalten – nach innen wie nach außen, würde ich sagen. Mich würden diese Round Tables interessieren, die Sie organisiert haben. Das ist ja im Grunde im Mikrokosmos das, was wir hier im Großen versuchen zusammenzubekommen. Wie sind diese Round Tables konkret abgelaufen? Haben Sie das aus eigenen Strukturen, aus eigener Kraft heraus organisiert oder auch von außen unterstützende Hilfe hinzugezogen? Es wurde auch schon mehrfach nach Wirksamkeit gefragt: Haben Sie den Eindruck, dass sich in dem Verhältnis antagonistischer Gruppen in Ihrer Organisation wirklich etwas verändert hat?

An die beiden Vertreter des Sports: Ich schätze den Sport sehr, bin auch ein großer Fußballfan und weiß um die Ambivalenz dieses hohen Grades von Emotionalisierung und des antagonistischen Prinzips, das weiten Teilen des Sports innewohnt. Man will gewinnen, und manchmal hat man Probleme im Umgang damit, wenn man verliert. Der Sport birgt also auch sehr viele Konfliktpotenziale, die ja Wochenende für Wochenende auftreten. Ich denke, dass man diese Ambivalenz in alle diese Programme mit hineindenken muss. Diese Leitbilder, die Sie entworfen haben, sind wichtig, weil daraus natürlich auch konkrete Projekte und Programme entstehen. Ich denke aber, dass es auch immer wichtig ist, genau diese Kehrseite zu reflektieren und zur Grundlage des eigenen Arbeitens zu machen. Herr Özvatan hat es ja explizit dargestellt: Ein Riesenproblem ist die Veränderung des Ehrenamts infolge allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen. Das wird sehr schwierig. Man kann das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, das ist klar. Es wird sehr schwierig, das auf herkömmliche Art und Weise wiederherzustellen. Sie sagen, Sie denken über Wege nach. Da wäre es interessant zu hören, welche und ob Sie schon konkrete Wege beschritten haben.

Mir kam eine Idee, weil ich mich auch ein bisschen wissenschaftlich mit Fankulturen befasst habe. Das betrifft ja nicht nur den Fußball, sondern auch die anderen großen Sportarten hier in Berlin. Das sind sehr aktive Fanszenen, manchmal nicht ganz unproblematisch, aber eben sehr aktive Fanszenen, die sich auch politisch äußern und demokratisch engagieren, in der Erinnerungsarbeit beispielsweise. Inwiefern könnte eine neue Form von Ehrenamt aus diesen Fankulturen heraus entstehen? Das Ehrenamt lebt ja nicht nur von guten Worten, sondern von Anerkennung und der Tatsache, dass man das zur eigenen Sache erklärt – und das scheint mir in diesen Fangruppierungen doch sehr stark der Fall zu sein. Haben Sie überlegt, wie man das produktiv nutzbar machen kann, zur Stärkung des Ehrenamts allgemein? – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Ich will darauf hinweisen: Wir haben jetzt drei Wortmeldungen aus der Kommission heraus gehabt, und wir haben noch ganz viele Wortmeldungen. Wir haben uns einen Zeitplan auferlegt. Wir wollen aber, dass die Anzuhörenden dann auch wirklich noch zu Wort kommen. Deswegen wäre einfach erst einmal meine Bitte, dass wir die Wortbeiträge konzentrierter halten. Ich habe vorhin versucht, in Richtung einer Redezeitbegrenzung zu arbeiten. Das wurde erst einmal so nicht gewollt, was ich auch akzeptiere. Meine Bitte ist aber, wirklich darauf zu achten. Ansonsten müssen wir nachher in die Pause hineingehen, weil es sonst respektlos gegenüber den Anzuhörenden wäre, dass sie nicht mehr zu Wort kommen. Ich weise nur darauf hin. Ich werde nachher trotzdem einen Verfahrensvorschlag machen, aber erst einmal versuchen wir es auf diesem Weg. Okay? – Vielen Dank! – Als Nächster hat Herr Königsberg das Wort. Ihm folgt Herr Mansour.

Sigmount Königsberg: Schönen guten Tag und vielen Dank für diese Stellungnahmen, die sehr interessant waren!

Ich habe zum einen Fragen an Frau Adam: Inwiefern erfassen Sie Fälle im Internet, also Beleidigungen und Angriffe in sozialen Medien? Dazu gehört auch die Frage: Im Internet und insbesondere auf Medien wie TikTok werden Neonazi-Ideologien, antisemitische, rassistische und salafistische Ideologien propagiert, die gerade junge Menschen sehr stark erreichen. Wie wirkt sich das auf Ihre Arbeit aus? Sehen Sie Gegenstrategien, die hier helfen könnten? Eine weitere Frage ist: Wie ist es mit anderen menschenfeindlichen Ideologieträgern? Ich denke jetzt beispielsweise an die Grauen Wölfe oder an Salafisten – nur als zwei Beispiele, die mir spontan einfallen, die nicht zu dem klassischen rechtsextremen Spektrum gezählt werden, aber dennoch menschenfeindliche Ideologien verbreiten. Wie sehen Sie das? Was sind hier Ihre Erfahrungen, und was sehen Sie auch hier als Vorbeugemaßnahmen?

Dann an Frau Barnickel, insbesondere wegen Ihrer Aussage bezüglich des Schreibens der Bildungssenatorin zum Tragen der Kufiya: Ich möchte hier einmal ein bisschen den Zusammenhang vom 13. Oktober 2023 erläutern. Es ist ein Brief von Lehrerinnen und Lehrern der Jüdischen Oberschule, der auch veröffentlicht wurde. Er ist auch in den Medien abgedruckt worden. Ich lese Auszüge daraus vor:

„Wie Sie wissen, rief die Terrororganisation Hamas für Freitag, den 13. Oktober 2023 zu Demonstrationen und Angriffen auf jüdisches Leben weltweit auf. Einen Vorgeschmack dessen, was auf uns eventuell zukommt, haben wir auf der Sonnenallee erlebt. Deshalb und wegen bereits gemachter Gewalterfahrungen aufgrund des Nahost-Konflikts bleibt heute fast unsere gesamte Schülerschaft zuhause. Unsere Schule ist also quasi leer. Dies bedeutet de facto, dass Judenhasser die Entscheidungshoheit über das jüdische Leben in Berlin an sich gerissen haben.“

Es geht weiter:

„Im Gegensatz zu dem in den letzten Jahren von weiten Teilen der deutschen Politik vertretenen Narrativ zeigt die bittere Realität, dass Deutschland den Herausforderungen, einerseits viele Menschen aus vorwiegend arabischen Ländern aufzunehmen und gleichzeitig Antisemitismus und Israelhass wirksam zu bekämpfen, nicht gewachsen ist.“

Das sind Erfahrungen, die unsere Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen gemacht haben. Die Kufiya ist natürlich auch kein Zeichen des Schutzes, sondern ein Zeichen des Kampfes, des Kampfes gegen Juden. Da muss man ein bisschen in die Geschichte der Dreißigerjahre zurückgehen und sich die historische Entwicklung anschauen – das nur ganz kurz, ich will hier keinen Vortrag halten. Von daher kann ich Ihren Angriff gegen das Schreiben der Bildungssenatorin hier absolut nicht nachvollziehen – das nur in aller Kürze.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Königsberg! Als Nächster ist Herr Mansour an der Reihe. Ihm folgt Herr Grigat.

Emily Barnickel (Flüchtlingsrat Berlin e. V.): Ich habe eine Verfahrensfrage. War das eine Frage an mich? Darf ich dazu dann etwas sagen?

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Am Ende, ja! Wenn wir das alles gut zeitlich hinbekommen, erhalten Sie am Ende alle noch einmal das Wort.

Ahmad Mansour: Vielen herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen, aber auch für Ihre alltägliche Arbeit! Ich habe mehrere Fragen und versuche sie in drei Blöcken zusammenzufassen. Als Erstes eine allgemeine Frage: Wenn es um Diskriminierungsvorfälle geht, wie sehr achten Sie auch auf Diskriminierungsvorfälle, die von Minderheiten gegen andere Minderheiten ausgehen, wie jetzt in diesem Beispiel aus der Süddeutschen Zeitung von Kindern mit meist migrantischem, muslimischem Hintergrund gegen einen schwulen Lehrer in einer Grundschule in Berlin? Wie verfährt man insgesamt damit, und unter welcher Gruppe werden solche Vorfälle erfasst?

Als Zweites eine Verständnisfrage: Frau Adam, Sie haben die Stolpersteine erwähnt. Meistens weiß man ja nicht, welche Tatmotive dahinterstecken, also ob es Neonazis, Rechtsextremer oder vielleicht Leute aus den islamistischen, antisemitischen Milieus sind. Wie wird das dann erfasst? Sie haben auch Antisemitismus als eine der großen Gruppen erfasst. Kennen Sie die Hintergründe, also wie viel Prozent davon sind rechtsextrem und wie viel sind vielleicht islamistisch motiviert?

Meine nächste Frage betrifft das Thema Sport. Es hat bei einer Veranstaltung von Vertretern des DFB gegen 2018/2019 den Hinweis gegeben, dass in den letzten Jahren die Zahl nicht deutscher Staatsbürger vor allem im Fußball massiv gewachsen ist – circa 1 Million Teilnehmer. Viele lokale Sportvereine haben aufgrund dieses Zuwachs aber einfach eine Geflüchtetengruppe aufgemacht. Das heißt, dieses Zusammenkommen von unterschiedlichen Menschen, das enorm wichtig für die Integration und den Abbau von Vorurteilen ist, fand kaum statt. Ist das auch die Praxis in Berlin, oder machen die Menschen gemeinsam Sport, was enorm viel zum Zusammenleben und Zusammenhalt beitragen kann?

Zum Thema Schule: Ich lehne diese Symmetrie nach dem 7. Oktober zwischen der palästinensischen und der jüdischen Community ab. Die jüdische Community ist massiver betroffen. Sie ist die Gruppe, die nach dem 7. Oktober am meisten Verunsicherung und auch Angriffe erlebt hat. Trotzdem gebe ich Ihnen recht, dass die Schule nach dem 7. Oktober komplett überfordert war und keine Dialogplattformen geschaffen hat, um über das Thema zu reden. Natürlich sind viele Lehrer verunsichert. Natürlich haben sie nicht so viel Wissen über das Thema Nahostkonflikt. Viele von ihnen vermeiden das Thema und schaffen damit eine Sprachlosigkeit, die natürlich nicht produktiv und nicht pädagogisch ist. Das heißt, wir müssen einen Weg finden, wie wir Lehrer und Lehrerinnen ermutigen, auch wenn sie kein Wissen über den Nahostkonflikt haben, vielleicht emotionale Räume zu schaffen, in denen über das Thema gesprochen und zugehört wird, auch wenn sie vielleicht mit Dingen zu tun haben, mit denen sie überfordert sind. Trotzdem ist es im pädagogischen Kontext enorm wichtig, rote Linien zu zeigen und zu sagen, was die Schule nicht duldet – und zwar, wenn es zu antisemitischen Aussagen kommt oder wenn der Betrieb in der Schule damit gefährdet ist. Deshalb gebe ich Herrn Königsberg absolut recht. Eine Schule hat das Recht, die Kufiya oder auch irgendwelche Flaggen im Alltag zu verbieten. Das sehe ich nicht als Diskriminierungsvorfall, sondern als einen alltäglichen Umgang mit bestimmten Konflikten, in denen die Schule Ordnung und Klarheit schafft, auch gegenüber der Schülerschaft. – So viel erst einmal von mir, vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Mansour! – Als Nächster hat Herr Grigat das Wort. Ihm folgt Frau Senge.

Dr. Stephan Grigat: Ich kann es kurz machen, weil vieles von dem, was ich fragen wollte, tatsächlich schon gefragt und angesprochen wurde. Ich will eine Frage und eine Anmerkung meiner beiden Vorredner aber kurz aufgreifen und vielleicht etwas erweitern. Die Frage geht an Frau Adam: Auch mich würde interessieren, wie das mit anderen objektiv rechtsextremen Organisationen wie den Grauen Wölfen, vielleicht aber auch darüber hinaus, ist. Ich würde die Frage aber auch gern an Herrn Özvatan geben. Sie haben in Ihrer Einleitung kurz die rechtsextreme Unterwanderung des Sports erwähnt – ein wichtiges Thema. Wie verhält sich das bei Ihnen? Geht es da in erster Linie oder vielleicht ausschließlich um deutsche, deutschstämmige rechtsextreme Organisationen? Oder ist türkischer, libanesischer oder iranischer Rechtsextremismus auch ein Thema? Gibt es da auch Unterwanderungsbestrebungen im Sport oder speziell im Fußball?

Der Punkt, den ich von meinen beiden Vorrednern gern kurz aufgreifen möchte, geht noch einmal in Richtung Frau Barnickel. Es ist mehr eine Anmerkung, aber gern auch verbunden mit einer Frage, in Bezug auf die Kufiya: Ich glaube, um auch den Unmut zu verstehen, der sich jetzt hier geäußert hat, muss man noch ein paar Worte zu diesem Symbol sagen. Sie haben das ein bisschen so dargestellt, als wenn das ein weitgehend neutrales Symbol palästinensischen Protests oder so etwas sei. Das ist sowohl, was die Gegenwart angeht, aber insbesondere auch, was die historische Situation angeht, falsch. Objektiv gesehen ist die Kufiya zum einen ein Symbol des palästinensischen Antisemitismus, und zum anderen ist sie in vielen Aspekten auch ein antipalästinensisches Symbol, weil es nämlich nicht für den palästinensischen Nationalismus steht, sondern für eine ganz bestimmte Ausprägung, eine bestimmte Richtung – und zwar für die Richtung, die sich in den 1920er- und 1930er-Jahren, auf die Herr Königsberg völlig zurecht hingewiesen hat, gewalttätig gegen die moderateren Teile auf palästinensisch-arabischer Seite durchgesetzt hat. In diese Tradition stellen sich Leute heute, wenn sie mit diesen Symbolen auf die Straße gehen. Das heißt: Wenn wir über den Schutzraum Schule sprechen, den Sie mehrfach angeführt haben, dann muss man sich auch fragen, was so ein Symbol sowohl für jüdische Schüler und Schülerinnen bedeutet, aber auch für all jene, die sich nicht diesem militanten, aggressiven und antisemitischen palästinensischen Nationalismus unterordnen wollen.

Sie haben die Zerstörungen in Gaza, Libanon und Syrien erwähnt. Wäre es da nicht notwendig, zumindest mit einem Satz zu sagen, wer die Hauptverantwortung für diese Zerstörung trägt, nämlich von der Ursache her Gruppierungen wie die Hamas, die Hisbollah oder letzten Endes das iranische Regime? Wenn das so ist, wäre es dann – Sie sind vom Flüchtlingsrat – nicht wichtig und notwendig, gerade auch über jene palästinensischen Flüchtlinge zu reden, die, wenn auch nicht in großer Zahl, in Deutschland und auch in Berlin leben, die vor der Hamas geflohen sind? Das vielleicht als kurze Zustandsbeschreibung: Das Gaza Youth Movement, also die Gaza-Jugendbewegung, hat zum Beispiel schon vor Jahren im Gazastreifen Demonstrationen gegen die Hamas, und im Übrigen aus guten Gründen auch gegen die Fatah, organisiert. Nachdem es jetzt im Gazastreifen unter Lebensgefahr Demonstrationen gegen die Hamas gibt, haben in Deutschland diese Leute, diese Flüchtlinge, versucht, Solidaritätskundgebungen für die Anti-Hamas-Proteste im Gazastreifen zu organisieren. Das sollte ursprünglich in Berlin stattfinden und war nicht möglich, weil die Bedrohung dieser Flüchtlinge von anderen Aktivisten aus der sogenannten propalästinensischen Szene so stark war, dass sie

letzten Endes nach Stuttgart ausgewichen sind. Wäre es also nicht auch die Aufgabe eines Flüchtlingsrats, sich insbesondere für solche Flüchtlinge einzusetzen und deren Stimme Gehör zu verschaffen, die nämlich wirklich im aktuellen Diskurs völlig unterrepräsentiert sind?

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Als Nächste hat Frau Senge das Wort.

Katharina Senge (CDU): Vielen Dank auch von mir an die Anzuhörenden für ihre Darstellung! Wir haben ja heute sehr unterschiedliche Akteure der Zivilgesellschaft hier, sowohl von ihrer Aufgabe her, die sie sich gegeben haben, als auch von der Struktur in der Berliner Stadtgesellschaft. Erst einmal kurz vorweg: Auch aus meiner Sicht ist die Zivilgesellschaft total wichtig, nämlich als ein Bereich, in dem sich Bürgerinnen und Bürger unabhängig von der politischen und staatlichen Einflussnahme organisieren. Das ist ganz zentral für eine Demokratie, so wie wir auch gesehen haben, welche Rolle zum Beispiel Umweltgruppen oder die Kirche beim Sturz der DDR-Diktatur hatten. Aber auch in anderen Fällen ist das ein ganz wichtiger Gegenpol zu Diktaturen und übermächtigem staatspolitischem Handeln. Deshalb vielen Dank, dass Sie da sind!

Ich würde gern ein paar Fragen an die einzelnen Anzuhörenden stellen. Wo fange ich an? – Vielleicht mit Frau Shafie-Sabet: Sie haben über Ihre konkrete Arbeit gesprochen, die Sie leisten. Ich fände es noch einmal ganz wichtig, wenn Sie zum Türkischen Bund Berlin-Brandenburg ergänzen könnten, wie viele Mitglieder Sie haben und in welchen Bereichen die Organisation insgesamt aktiv ist, damit wir über den Akteur noch mehr Informationen mitnehmen können, weil es ja heute um die Akteure geht. Wen vertreten Sie, wen erreichen Sie, was tun Sie?

Zum Thema Fußball: 809 000 aktive Mitglieder und 60 000 Ehrenamtliche, wenn ich das richtig verstanden habe, finde ich erst einmal beeindruckend. – [Zuruf] – Sie können die Zahlen in der Antwortrunde gern noch einmal auseinanderklamüsern. Ich habe das jetzt so verstanden, dass es im Prinzip drei Bereiche gibt, wie der Sport zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt. Das eine ist das gemeinsame Tun, in der Praxis: zusammen Sport treiben und ein gemeinsames Interesse haben. Da geht es in ganz vielen Fällen überhaupt nicht darum, wo jemand her kommt. Das spielt in vielen Fällen einfach keine Rolle. Dann gibt es aber auch den Bereich, in dem Sie Projekte machen, nämlich Prävention; so würde es ich einmal nennen. Da würde es mich freuen, Herr Härtel, wenn Sie noch einmal das eine oder andere, das Sie nur kurz genannt haben, näher erläutern, also was diese Projekte leisten. Der dritte Bereich ist dann die Intervention. Da haben Sie, Herr Dr. Özvatan, gesagt, dass Sie dort Unterstützung von Dritten brauchen. Was passiert mit diesen Fällen? Es gibt ja offensichtlich Konflikte, wir lesen es auch in der Zeitung. Es ist nicht so, dass im Sport alles gut ist. In welchen Problemfeldern, in welchen gesellschaftlichen Konfliktfeldern haben Sie die stärksten Probleme? Was beobachten Sie? Die Frage geht auch gern an Sie beide. Was tun außerdem diese Dritten, an die Sie in einem Interventionsfall verweisen? Was passiert dann ganz konkret?

An Sie, Herr Büttner, die Frage zum Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen: Wer und was verbirgt sich dahinter? Wie viele Hauptamtliche und wie viele Ehrenamtliche haben Sie, und wie viele Menschen erreichen Sie? Sie beraten ja Geflüchtete. Wie viele Fälle sind das, sodass man noch einmal Ihre Wirkung und Ihre Rolle in der Flüchtlingsarbeit einschätzen kann?

An Frau Buss im Prinzip die gleiche Frage; ich weiß nicht, ob es schon genannt worden war: Wie viele Hauptamtliche und wie viele Ehrenamtliche haben Sie, und wie viele Menschen erreichen Sie?

Meine Frage an Frau Adam schließt an die Fragen an, die schon gestellt wurden: Auch mich interessiert Ihre Definition von extrem rechten Vorfällen. Warum sagen Sie nicht „rechtsextreme Vorfälle“? Wie unterscheiden Sie das? Wie grenzen Sie die Vorfälle, die Sie aufnehmen, von Vorfällen ab, die Sie nicht aufnehmen, also von denen Sie sagen, dass das legitime Meinungsäußerung ist? Gibt es auch extrem linke Vorfälle, die Sie sammeln? Auch zu den antisemitischen Vorfällen würde mich Ihre Definition interessieren. Wie definieren Sie das? Was nehmen Sie auf, was nehmen Sie nicht auf? Vielleicht können Sie auch das eine oder andere plakative Beispiel nennen, damit wir eine konkrete Vorstellung davon bekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Senge! – Als Nächste hat Frau Oehlmann das Wort!

Jamuna Oehlmann: Danke schön! – Vielen Dank erst einmal an die Expertinnen und Experten für Ihre wichtigen Statements und die wichtige Arbeit, die Sie machen! Zivilgesellschaft hat ja den Auftrag – das haben viele von Ihnen auch gesagt – ein Seismograf zu sein und auch politisches Handeln kritisch zu hinterfragen. Umso wichtiger ist es, dass Sie hier heute Redezeit bekommen und Ihre Arbeit vorstellen können.

Dennoch habe ich ein paar Fragen mitgebracht, vor allem an Frau Buss: Ich habe da gespannt zugehört, und trotzdem stelle ich mir die Frage, inwiefern die sozialen Dienstleistungen unbeabsichtigt bestehende Diskriminierungen oder Ausschlüsse reproduzieren – sprachliche Barrieren, kulturelle Standards oder eben normative Familienbilder. In welchem Umfang ist die Volkssolidarität selbst divers besetzt, sowohl in der Belegschaft als auch in den Leitungsstrukturen? Wie gehen Sie mit dem Vorwurf um, dass die Wohlfahrtsverbände strukturell homogen bleiben? Das würde mich interessieren.

Dann an Herrn Büttner vom Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen: Vielen Dank auch für Ihre wichtige Arbeit! Gerade bei besonders schutzbedürftigen Menschen spielen die psychosozialen Belastungen eine besonders große Rolle. Da würde es mich interessieren: Inwiefern gelingt es aktuell, bedarfsgerechte, kulturell sensible Unterstützung bereitzustellen? Es ist ja bundesweit in der Diskussion, dass die Angebote gekürzt wurden. Mich würde interessieren, wie Sie damit umgehen und wie auch das Land Berlin, also die Verwaltung, dort unterstützen kann. Damit komme ich auch zu meiner zweiten Frage: Sie haben über die verbesserungswürdige Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung gesprochen. Es ist unser Auftrag hier in der Enquete-Kommission, auch diese Themen den Blick zu nehmen. Da würde mich interessieren, was für Empfehlungen Sie konkret haben, wie Sie die Zusammenarbeit bisher erleben und wo dieses Haus Sie unterstützen kann.

Ich bin gespannt auf die anderen Statements. Ich glaube, da gibt es noch einiges richtigzustellen. Ich freue mich, dass ich hier Expertinnen und Experten an meiner Seite habe. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Herr Dr. Sinanoğlu!

Dr. Cihan Sinanoğlu: Erst einmal zwei, drei Punkte vorneweg: Ich glaube, es gibt einfach ein Missverständnis in Bezug auf unterschiedliche Ideologien, die wir hier besprechen, also in Bezug auf Antisemitismus, Sozialchauvinismus, Rassismus und so weiter. Wenn wir das quasi als ideologische Formationen oder Wissensbestände in Gesellschaften oder als gesellschaftliches Verhältnis verstehen, dann ist klar, dass das gruppenübergreifend vorzufinden ist. Ich glaube, diese Gegenüberstellung von Rassismus, Antisemitismus und Migrantinnen, Nicht-Migrantinnen erübrigt sich hier. Das lässt sich auch in der Wissenschaft überhaupt nicht halten. Ich glaube, es gibt ja eine Einigkeit, dass diese Gegenüberstellung einfach gar keinen Sinn macht. – [Zuruf von Stephan Lenz (CDU) und Ahmad Mansour: Keine Einigkeit!] – Die gibt es zumindest auf dieser Seite hier bei mir, und deswegen ist das erst einmal unstrittig. Ich habe mich total gewundert, dass diese Gegenüberstellungen gemacht wurden, die sich wie gesagt überhaupt nicht halten lassen, wenn wir von Ideologien und gesellschaftlichen Verhältnissen sprechen.

Dann wurde auch noch darauf hingewiesen, dass bestimmte Symmetrien nicht gesehen werden. Ich glaube, in einer Enquete-Kommission, die sich mit gesellschaftlichem Zusammenhalt auseinandersetzt, sollten wir die unterschiedlichen Bedrohungslagen unterschiedlicher Gruppen durchaus in Symmetrien beobachten. Wenn wir jetzt anfangen, bestimmte Ismen in hierarchische Verhältnisse zu packen und bestimmte Gruppen gegeneinander auszuspielen, ist das sicherlich gegen das Ziel dieser Enquete-Kommission, sondern wir müssen eher darüber nachdenken: Wie bekommen wir eigentlich diese unterschiedlichen Ismen in ein Verhältnis zueinander, und wie schaffen wir es, alle Gruppen gleichermaßen zu schützen und eine gleichberechtigte Teilhabe hinzubekommen? Auch die Homogenisierung und pauschale Zuschreibung von Symboliken lässt sich so nicht halten, auch historisch nicht – deswegen bin ich hier total anderer Meinung –, sondern diese müssen immer in ihren Kontexten gelesen werden. Darüber können wir uns im Laufe dieser Kommission weiter unterhalten und natürlich auch diskutieren.

Ich habe jetzt einige Fragen an Frau Adam in Bezug auf die Anerkennung und Nutzung Ihrer Daten: Inwiefern werden Ihre Daten systematisch von Verwaltung, Polizei oder Bildungseinrichtungen genutzt, und was bräuchte es, damit das Wissen des Registers politisch wirksamer wird? Dann in Bezug auf Ihre Rolle: Was unterscheidet aus Ihrer Perspektive die zivilgesellschaftliche Dokumentationsarbeit von staatlicher Statistik, und wo liegt deren Mehrwert gerade für Gruppen, die institutionelles Misstrauen haben? In Bezug auf die Ressourcen und Verstärkungen: Das Register arbeitet ja mit bezirklich organisierten Stellen und ehrenamtlicher Unterstützung. Welche Risiken sehen Sie eigentlich in der Projektförmigkeit der Förderung für eine kontinuierliche Berichterstattung, aber insbesondere für die Qualitätssicherung der Daten? Was würde eine strukturelle Förderung in Bezug auf Ihr Projekt an nachhaltiger Antidiskriminierungspolitik ermöglichen?

Ich habe zwei, drei Fragen an Frau Barnickel: Welche strukturellen Barrieren erleben Geflüchtete in Berlin aktuell am häufigsten? Was ist Ihre Wahrnehmung davon, also vor allem in Bezug auf Unterbringung, Arbeit, Gesundheit und so weiter? Wie wirken sich diese Barrieren auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus – denn darum geht es ja auch in dieser Enquete-Kommission –, insbesondere im Hinblick auf das Vertrauen in staatliche Institutionen?

Dann habe ich noch Fragen an Herrn Özvatan: Ich fand es sehr spannend, als Sie über die Transformation des Ehrenamts gesprochen haben. Ich glaube, dass es uns alle umtreiben muss, wenn Leute im Grunde genommen wegbrechen. Das Vereinswesen ist ja entscheidend

für das Zusammenleben in diesem Land und hat in Deutschland auch eine lange Tradition. Wie können wir alle diese Transformation jetzt begleiten? Was braucht es dafür? Sehen Sie zum Beispiel in den sozialen Netzwerken einen Anknüpfungspunkt, um noch einmal über Ehrenamt nachzudenken? Wir haben es ja sehr viel mit Schwärmen zu tun statt mit nachhaltigen Zusammenkünften. Wie bekommen wir diese Schwärme wieder in nachhaltige Gruppen zusammen? Sie haben auch von unzureichenden Kapazitäten in Bezug auf Meldestellen gesprochen. Was bräuchte es dort, also welche Gefüge personeller Art, aber auch struktureller Art müssten hier aufgebaut werden? – Das waren erst einmal meine Fragen. Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Frau Prof. Dr. Auma!

Dr. Maisha-Maureen Auma: Ich habe zwei Fragen und zwei Anmerkungen. Meine erste Anmerkung ist eine Verwunderung. Unser Themenschwerpunkt heute ist Teilhabe. Wir sprechen über Teilhabequalität, über Teilhabebarrrieren und darüber, wie Teilhabe ein Motor für Zusammenhalt ist und wie sie in einer Gesellschaft, die von Vereinsamung charakterisiert ist, als sozialer Kitt fungieren kann. Ich bin sehr verwundert, dass wir von der Seite der CDU einen Überhang haben, eher über Repression zu sprechen – mit Blick auf eine spezifische Gruppe. Da gibt es Kritik, die auf jeden Fall berechtigt ist. Ich weise die Kritik nicht von der Hand. Bei mir sorgt es aber für Irritation, wenn wir darüber sprechen, dass Symbole in dem Bericht der Berliner Meldestelle, die als problematische Symbole, als rechtspopulistische und rechtsextreme Symbole gelten, deutungs offen sind. Wir sprechen über die Kufiya. Ich habe wahnsinnig viel gelernt. Ich bin nicht qualifiziert, viel über die Kufiya zu sagen. Dieses Symbol ist superproblematisch, aber darauf gibt es ein totales Augenmerk, und wenn es um rechte Symbole geht, heißt es: Oh, wir sind uns gar nicht so sicher, in welchem Kontext und wie es gemeint ist. Es steht jemand ganz hinten mit einem Button. – Ich könnte jetzt auch sagen, es steht jemand ganz hinten mit einer Kufiya. Das fühlt sich problematisch an. Ich werde im Protokoll noch einmal nachlesen, ob mein Eindruck stimmt, aber zu diesem Zeitpunkt löst das bei mir Verwunderung aus.

Meine zweite Beobachtung beziehungsweise mein zweiter Kommentar richtet sich an Sie, Herr Mansour! Auch hier werde ich noch einmal im Protokoll nachsehen, wie der genaue Wortlaut ist. Soweit ich mich erinnern kann, sagten Sie: Viele von Ihnen vermeiden das Thema. – Ich hätte gern geklärt, wer das „Wir“ ist, und ich hätte auch gern geklärt, ob es ein bestimmtes Diktat gibt, wie wir mit dem Thema, Umgang mit antisemitischen – – – [Zuruf von Ahmad Mansour] – Nein, Moment! Sie haben Ihre Zeit gehabt, und ich habe meine Zeit. Sie werden sicherlich noch Zeit haben, darauf zu antworten. Lassen Sie es erst einmal auf sich wirken. – Ich hätte gern gewusst, wer das „Wir“ ist, also wer das Thema vermeidet, und ob Sie ein Tableau davon haben, ob es ein Diktat gibt, wie mit dem Thema umgegangen wird, damit wir uns annähern können. Wenn es in der Sache fundiert darum geht, dass wir über konkrete Dinge sprechen, lasse ich mich gern auf das Gespräch ein. Ansonsten weise ich es zurück – falls ich mit dem „Wir“ gemeint bin –, das Thema zu vermeiden.

Meine ersten Fragen gehen an Frau Buss. Frau Buss, ich bin sehr erleichtert, dass Sie die Ambivalenzen und die Komplexität des sozialen Umgangs miteinander teilen, wie konflikthaft das sein kann und dass sich das auch mit geopolitischen Konfliktlinien und Krisenlagen vermischt. Ich möchte mich noch einmal bei allen für die Einblicke in das Zusammenleben in Berlin bedanken, das zuweilen auch extrem schwierig ist. An Sie habe ich die Frage: Sie haben gesagt – auch da muss ich abwarten, was im Protokoll steht –, dass Sie resolut und dezi-

diert gegen Diskriminierung vorgehen, aber dass Sie nicht mit der Keule herangehen wollen. Ich hätte gern eine stärkere Konkretisierung, einfach nur, um ein Muster, ein Lernfolie oder zumindest eine konkrete Grundlage zu haben: Was heißt es, solche komplexen Konflikte am Arbeitsplatz anzugehen, ohne Menschen zu entblößen, und auch Dinge in Bewegung zu bringen und trotzdem offen zu bleiben?

An Sie, Herr Härtel, geht meine nächste Frage und auch meine letzte Anmerkung. Hintergrundinformation: Ich bin um 6 Uhr in Bielefeld eingestiegen und nach Berlin gefahren. Arminia Bielefeld ist offenbar aus der 3. Liga aufgestiegen und spielt morgen im DFB-Pokalfinale. Ich habe mich sehr für sie gefreut. Heute Morgen gab es im Morgenmagazin des ZDF auch einen kleinen Bericht dazu. Es war irgendwie sehr skurril, das alles aus Bielefeld – das es nicht gibt – zu erleben. Als ich die ganzen Bierkisten sah – normalerweise bin ich feierfreudig, aber um 6 Uhr morgens dachte ich, okay, ich will keine Spaßbremse sein – habe ich trotzdem gegoogelt, ob es rechte oder linke Fans sind. Ich habe trotzdem gegoogelt, wie oft es rassistische Vorfälle gibt, bevor ich in einem Wagen zweieinhalb Stunden Richtung Berlin in einer unkalkulierbaren Situation fahre. Das hat sich dann alles relativ gelöst. Meine Frage an Sie mit dem langatmigen Framing ist: Es gibt mehrere Berichte vom rbb, dass rechte Parteien, Der dritte Weg und so weiter bei Sportveranstaltungen mobilisieren und dort die Jugend erreichen wollen. Ich wüsste einfach gern, wie Sie im Gespräch sind, weil wir wissen, dass ein Teil von Sportclubs – mehr Kampfsport als Fußball, aber auf jeden Fall Sportclubs – ein Ort sind, an dem rechtspopulistische Parteien, rechte Parteien rekrutieren – auch gewaltbereite.

Meine nächste Frage und letzte Frage ist: Wir haben hier ein bisschen darüber gesprochen, dass Frauen als Sportfunktionäre immer noch stark unterrepräsentiert sind. Ich wüsste gern, wie das im Land Berlin aussieht. Sie haben gesagt, Sie nennen nicht alle Projekte. Diejenigen, die Sie genannt haben, fand ich sehr anschlussfähig. Gibt es Programme und Projekte, um Frauen als Sportfunktionäre zu gewinnen, damit diese Ressource der Selbstwirksamkeit nicht nur einseitig androzentrisch bleibt? Als ehemalige Leistungsschwimmerin kann ich auf jeden Fall bestätigen, dass das ein wichtiger Ort der Selbstwirksamkeit, aber auch der Vergemeinschaftung ist.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! Als Nächste hat Frau Andrades das Wort.

Eva Andrades: Vielen Dank! – Zwei Vorbemerkungen: Es ist schon einiges von meinen Vorrednerinnen in Bezug auf – was ich sehr kritisch finde – die Hierarchisierung von bestimmten Ideologien und Ismen gesagt worden. Um auf ein ganz konkretes Beispiel einzugehen: Ich gebe Herrn Mansour völlig recht, wenn er sagt, dass die Schule nach dem 7. Oktober in den Fragen des Umgangs mit dem Nahostkonflikt überfordert war – wenn sie es im Umgang mit Konflikten nicht schon vorher war. Das ist ganz sicher der Fall, und ganz sicher fehlte es dort an einer guten Begleitung, an Unterstützung sowie an Denkräumen und Reflexionsräumen für Lehrende und für Schülerinnen und Schüler, um das nur halbwegs aufzufangen. Da gebe ich Ihnen völlig recht. Diese Reflexionsräume müssen natürlich klare rote Linien haben. Auch da gebe ich Ihnen recht. Sie haben dann aber gesagt, dass Antisemitismus eine rote Linie ist, und da würde ich sagen: Ja, aber genauso ist auch Rassismus eine rote Linie. Ich finde, das muss man einfach ganz klar so sagen, und man darf das nicht in Hierarchie bringen, sondern man muss ganz klar sagen: Wo sind die roten Linien auf allen Seiten, und wie schaffen wir es, solche Reflexionsräume und solche Unterstützung auch von Institutionen wie Schulen zu schaffen? Wir müssen klar sagen, wo rote Linien für alle sind, und alle Perspektiven müssen dort Eingang finden, ohne eine Hierarchisierung. Ich denke, das sollte unser aller Anliegen hier sein – und ganz zentral für unsere Arbeit in der Förderung von Antidiskriminierungsarbeit.

Als zweite Vorbemerkung will ich vor allen Dingen ein großes Danke an alle sagen, die hier heute gesprochen haben. Ich muss wirklich sagen, auch wenn ich viele Institutionen und Organisationen, ihre Arbeit und zum Teil auch die Menschen kenne, war ich trotzdem sehr beeindruckt und auch sehr berührt von Ihrer Arbeit. Ich bin dankbar, dass es Sie gibt, dass es euch gibt, dass ihr das leistet und hier auch sehr deutlich gemacht habt, was ihr alles für diese Stadt und für diese Stadtgesellschaft, für diese Menschen und auch für dieses Land leistet und dass ihr eine Verantwortung tragt. Ich finde, das ist sehr deutlich geworden: Wie machen wir eigentlich das, was hier passiert, sichtbar? Die Berliner Register machen sichtbar, was passiert, damit wir darüber sprechen können. Natürlich kann man darüber streiten: Wie ist das einzuordnen, wie ist das andere einzuordnen? – Aber wo wären wir, wenn es diese Erfassung nicht gäbe? Worüber würden wir dann eigentlich sprechen, und wie würden wir darüber sprechen? Ich bin dankbar dafür, dass es Organisationen wie einen Flüchtlingsrat beziehungsweise Menschen gibt, die in Organisationen arbeiten, die Geflüchteten helfen und Menschen nicht allein lassen, die wirklich in einer Extremsituation sind, und die eine Aufgabe übernehmen, die auch in der Verantwortung des Landes liegt.

Vielen Dank auch an Herrn Büttner, dass Sie noch einmal sehr deutlich gemacht haben, was eigentlich die gesetzlichen Grundlagen sind, auf denen wir uns bewegen und welche Verpflichtungen das Land Berlin und dieser Staat zum Schutz vor Diskriminierung, zum Schutz der Menschenrechte, für Teilhabe und für Gleichberechtigung haben. Wir sprechen hier wirklich vor dem Hintergrund von rechtlichen Verpflichtungen, die dieses Land hat, die diese Gesellschaft hat und die zu einem großen Teil von der Zivilgesellschaft getragen werden.

Genauso ist es bei der Antidiskriminierungsberatung, die in ganz vielen Fällen überhaupt erst ermöglicht, dass Menschen, die Diskriminierung erleben, ihr Recht wahrnehmen können, dass sie überhaupt erfahren, dass sie Diskriminierung erleben, welche Rechte sie haben und was die nächsten Schritte sein könnten. Denn wir wissen, dass ein Machtgefälle vorliegt. Es ist überhaupt nicht einfach, sein Recht durchzusetzen. Nur weil auf dem Papier steht, dass Diskriminierung verboten ist, heißt es nicht, dass das auch möglich ist, sondern dafür braucht es eine effektive Struktur und Antidiskriminierungsarbeit, die das gewährleistet und marginalisierte, diskriminierte Menschen dabei unterstützt. Deswegen bin ich wirklich dankbar für eure Arbeit und dass ihr heute hier seid, dass Sie heute hier sind, und das so unmissverständlich klargemacht haben. Im Übrigen natürlich, das möchte ich nicht unterlassen, danke ich auch Frau Buss von der Volkssolidarität und den Kollegen und Experten aus dem Sportbereich für ihre wichtige Arbeit. Ich denke, man kann sich insgesamt gratulieren, dass es hier einen sehr guten Querschnitt der Zivilgesellschaft gab. Alle zusammen haben deutlich gemacht, was hier in der Stadt geleistet wird. Das einmal vorweg.

Da schon einige Fragen gestellt worden sind, würde ich jetzt nur einige wenige Fragen stellen. Vor allen Dingen würde ich von allen gern einmal hören: Was sind die größten Herausforderungen in Ihrer alltäglichen Arbeit, und was brauchen Sie, um diese Arbeit besser leisten zu können? Das kann auch ganz kurz sein. Was ist also notwendig, damit Sie Ihre Arbeit besser leisten können? – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Folgende Namen stehen jetzt noch auf der Redeliste und ich würde die Liste dann auch schließen, damit wir die Möglichkeit zur Beantwortung haben: Herr Hızarcı, Frau Eralp, Frau Barz, Herr Walter, Frau Jarasch, Frau Bozkurt und Herr Husein. Noch einmal für alle: Es gibt Runden der Sprecherinnen und Sprecher, in

denen wir Dinge verabreden. Gestern habe ich am Rande des Plenums versucht, Verabredungen zu treffen, was die Frage des Zeitmanagements, eventuell mit Redezeitbegrenzung, betrifft. Das wurde zunächst einmal nicht gewünscht, deswegen ist die Verabredung heute, dass ich einfach frage: Wie sieht es aus? Können wir uns an der Stelle gemeinsam verabreden? – In der nächsten Runde der Sprecherinnen und Sprecher heute im Anschluss wird die Frage Thema werden müssen, weil es am Ende sonst Zeitverzug für die kommenden Sitzungen bringt. Wir haben ja noch viele Sitzungen vor uns, in denen man auf die Themen, die heute diskutiert worden sind, vertiefter eingehen kann. Das kommt ja in der Diskussion alles noch auf uns zu.

Jetzt schließe ich erst einmal die Liste, damit wir die Möglichkeit zur Beantwortung haben, und ich werde sehen, dass wir eventuell etwas von der Pause abzweigen, weil es sonst respektlos wäre. Was wir dann später von Ihnen erbitten, schriftlich zu bekommen, versuche ich festzuhalten. Ich habe schon eifrig mitgeschrieben. – Als Nächster ist Herr Hızarcı an der Reihe.

Derviş Hızarcı: Vielen Dank! – Ich möchte mich auch bei Ihnen allen für Ihre Erfahrungen und für Ihre Expertise bedanken. Gleichzeitig geht es mir ähnlich wie vielen hier. Ob man das Verwunderung nennt oder irgendwo vielleicht auch ein Stück weit Empörung, das weiß ich noch nicht so genau, dafür hatte ich heute noch keinen Kaffee. Ich habe das Gefühl, wir wollen Dinge benennen und Fragen stellen, aber manchmal nicht, weil wir tatsächlich interessiert sind, wie die Antworten lauten, sondern weil wir entlarven wollen, weil wir vorführen wollen. Wenn das so sein sollte, dann wäre das schade. Wie stellt man Fragen und wie benennt man Probleme, ohne dass es so wirkt, als würde man so ein bisschen milieupolitisch agitieren? Das sind so meine Gedanken, die ich aktuell habe, die mich beschäftigen und die mich auch traurig machen, weil wir eine Chance verpassen. Ich habe mich hierauf gefreut, also nicht nur auf diesen Tag, sondern insgesamt auf diese Enquete-Kommission, weil wir eine vielfältige Runde sind und eine Chance haben, zusammenzukommen. Wir haben über Sport gesprochen: Sie sind keine Mannschaften, die gegeneinander spielen, und wir schauen, wer punktet, sondern eigentlich sind wir gemeinsam die Austragenden – vielleicht einer großen Meisterschaft – und sollten am Ende sagen: Wir haben etwas Tolles gemacht, und wir können das feiern. – Aber wir sind keine Mannschaften, die gegeneinander spielen und gewinnen und verlieren können. Ich glaube, dass wir uns das alle noch einmal vergegenwärtigen sollten.

Ganz konkret zum Fußball: Ich spiele seit einigen Jahren bei Makkabi, und als nach dem 7. Oktober zu diesem Tag des Zorns aufgerufen wurde, war unklar, ob wir an diesem Sonntag spielen sollen. Ich war verletzungsbedingt nicht in der Start-, nicht -elf, sondern wir sind eine Siebener-Halbfeld-Mannschaft. Übrigens: Mir geht es wieder gut, aber ich schaffe es trotzdem nicht auf die Startsieben. – Ich habe meinen Sohn mitgenommen und wir waren dann am Sonntag beim Fußballplatz. Wir haben überlegt: Sollen wir das ausfallen lassen, ist das zu gefährlich? Dann dachten wir: Nein, wir wollen uns nicht beeindrucken lassen – und sind hingegangen. Dankenswerterweise war auch die Polizei da; erfahrene Berliner Polizisten, die das ganz klug und cool gemanagt haben, nur mit ihrer Präsenz. Der Amateurschiedsrichter mit türkischen Wurzeln kam zu uns und hat gefragt: Alles klar? Braucht ihr etwas? Wie geht es euch? Weil er die Nachrichten mitbekommen hat. Unser Gegner aus Lankwitz hat uns angesprochen und gefragt: Ist es in Ordnung für euch, wenn wir mit einer Schweigeminute anlässlich des 7. Oktobers anfangen? Da haben wir diese Dynamiken gesehen. Wir haben gesehen, was passieren kann, wenn Menschen aufeinander zugehen – wenn alles funktioniert, Po-

lizei funktioniert, Fußball funktioniert, Fairness funktioniert. Das war so ein Tag, an dem ich dachte: Es war eine schreckliche Woche, und es wird wahrscheinlich für die nächsten Monate auch schrecklich bleiben – was sich bewahrheitet hat –, aber an so einem Tag kann es funktionieren.

Dennoch gibt es Momente wie in einem Beispiel vor dem 7. Oktober; ich glaube, es war zwei Jahre vorher: Wir hatten ein Spiel, auch als Siebener-Halbfeld-Mannschaft, bei dem ein Schiedsrichter mit Anleiter und zwei Assistenten kam, die an der Seitenlinie standen. Das passiert sonntags eher selten. Wer Fußball spielt, weiß, dass man sich sonntags eher fragt: Kommt der Schiedsrichter, oder müssen wir jemanden aus der Mannschaft fragen, ob er heute Schiedsrichter ist? – An diesem Tag haben wir gegen eine Mannschaft gespielt, in der – wenn wir jetzt so klassifizierend sprechen – unsere Gegner vor allem Migrationshintergrund hatten. Einer hat auf Türkisch zu einem anderen gesagt: Ich spiele jetzt für den jüdischen Verein; bei unseren Spielen haben wir gar keinen Schiedsrichter, hier sind sie zu viert. – Ich habe das gehört und auch verstanden. Diese Mannschaft dachte: Weil wir ein jüdischer Verein sind, sind wir so privilegiert, dass bei uns vier Schiedsrichter unsere Spiele pfeifen. Dabei hatten wir das auch zum ersten Mal. Man muss mit Wissen und Aufklärung vorbeugen. Ich habe dann auf Türkisch geantwortet: Nein, ich sehe das heute auch zum ersten Mal. – Dann hat er sich gewundert, warum ich Türkisch kann. Was ich sagen will, ist das, was auch Herr Özvat-an angesprochen hat: Wir müssen darauf achten, dass wir alle im Blick haben, dass diese bereits vorhandenen Vorstellungen von Ungerechtigkeit sich nicht weiter verfestigen, und dass man dagegen vorgehen kann.

Das ist auch die Überleitung zum Punkt Opferkonkurrenzen. Damit verbinde ich eine Frage: Wie beurteilen Sie das Problem von Opferkonkurrenzen? Gibt es in Ihrer Arbeit oder in dem, was Sie tun, dieses Phänomen, dass Minderheiten gegeneinander ausgespielt werden oder dass Themen gegeneinander ausgespielt werden? Wie drückt sich das aus, und was kann man dagegen tun? Eine andere Frage ist: Sehen Sie grundsätzlich die Zivilgesellschaft in Gefahr? Ein Ja oder Nein mit einer kurzen Begründung würde reichen. Wie sieht diese Gefahr aus? Sie werden von Ihren Mitgliedern, Angehörigen und Ratsuchenden ja wahrscheinlich auch als Brücke in die Politik und Verwaltung wahrgenommen. Wie nehmen Sie das Vertrauen Ihrer Mitglieder, Ratsuchenden und der Betroffenen gegenüber Politik und Verwaltung wahr: Nimmt es zu? Nimmt es ab? Können Sie das vielleicht sogar begründen? Sie können das ansonsten gern erst einmal auf einem eher oberflächlichen Niveau kurz beantworten.

Zum Thema der Transformation des Ehrenamts: Wie fühlen sich Betroffene von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung in diesen Strukturen? Erleben sie diese als offen und zugänglich, also nach dem Motto: Hier will ich mitmachen? Oder fühlen sie sich dort eher unwohl, fremd, weniger willkommen und meiden das? Haben Sie Erfahrungswerte, wie Diskriminierung dabei eine Rolle spielt?

Zwei Sätze zur Bildungsverwaltung und diesem ersten Schreiben nach dem 7. Oktober, das Frau Barnickel angesprochen hat: Jetzt wissen wir ungefähr, was die Kufiya ist, wofür sie steht und wohin sie gehört. Unabhängig von der Kufiya interessiert mich aber: Stehen die Kufiya und ein Kufiya-Verbot vielleicht auch ein Stück weit symbolisch dafür, wie man überhaupt mit einer palästinensischen Perspektive in Schulen umgegangen ist? Was sind Ihre Erfahrungswerte? Unabhängig der Kufiya, darüber möchte ich jetzt gar nicht weiter mit Ihnen sprechen. Was sind Ihre Erfahrungswerte, was die palästinensischen Communitys betrifft?

Fühlen sie sich in Deutschland sicher, wohl, verstanden? Haben sie auch eine Form von Repräsentanz? Was das Jüdische betrifft, habe ich Einblicke, das ist ein Arbeitsschwerpunkt von mir. Bei den palästinensischen Communitys fehlt mir das. Sie vertreten hier größere Organisationen: Wie sind da Ihre Erfahrungswerte? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Frau Eralp und dann Frau Barz.

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank für die Statements und die Aussagen der Anzuhören und vor allem für Ihre großartige Arbeit! – Heute ist der 23. Mai. Das ist der Tag des Grundgesetzes. Das ist ein Meilenstein für Menschenrechte in Deutschland. Deswegen ist es sehr gut, dass wir heute die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure im Bereich Teilhabe und Antidiskriminierung eingeladen haben. Denn auch wenn es einige hier im Raum vielleicht bestreiten mögen, gehört der Diskriminierungsschutz als wesentliches Element zu Demokratie und Menschenwürde und zum Grundgesetz. Die Demokratiearbeit, die von Zivilgesellschaft geleistet wird, ist unfassbar wichtig – gerade auch im Hinblick auf die erstarkenden Feinde von Demokratie und Menschenrechten. Deswegen verbieten sich aus meiner Sicht auch irgendwelche Angriffe mit schriftlichen Anfragen, die das Ziel haben, die Förderung dieser wichtigen zivilgesellschaftlichen Arbeit infrage zu stellen und mit Förderentzug oder Ähnlichem zu drohen. Das möchte ich einfach vorab einmal sagen, weil das auch ein großer Teil der gesellschaftlichen und vor allem der politischen Debatte ist.

Zu Herrn Haustein: Er ist jetzt leider hinausgegangen. Trotzdem möchte ich an ihn richten – denn das kann ja dann im Protokoll nachgelesen werden –, dass kritische Nachfragen zu Erfassungsinstrumenten natürlich legitim sind. Es erinnert mich aber doch stark an die AfD-Kampagne gegen die Register und die Anträge, diese nicht mehr zu fördern. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die AfD, die Herr Haustein irgendwie nicht nennen wollte – warum auch immer –, inzwischen als gesichert rechtsextrem eingestuft wurde. Auch wenn man das ruhend gestellt hat, hat sich an der Einschätzung nichts verändert. Insofern ist es völlig richtig, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen das auf dem Schirm haben.

Dann möchte ich noch zu einer anderen Aussage etwas sagen. Es hieß dann, dass ja jeder irgendwie das Problem habe, Wohnungen zu finden. Es ist erwiesen, es gibt Studien dazu, dass geflüchtete und migrantische Personen oder Personen mit bestimmten Namen besonders schwierig eine Wohnung finden. Das hier infrage zu stellen oder sogar damit beantworten zu wollen, dass irgendwie Abschottung diese Frage löst, möchte ich wirklich zurückweisen. – Jetzt sind Sie ja da, Herr Haustein! Ansonsten haben Sie, als Frau Andrades gesagt hat, wie wichtig die Arbeit der Register ist und was wir ohne sie täten, hineingerufen: Dafür haben wir ja die Polizei! – [Zuruf von Dennis Haustein (CDU): Ja!]– Dazu möchte ich Ihnen sagen: Es gibt in allen Phänomenbereichen, auch bei Rassismus und auch bei Antisemitismus, Dinge, die unterhalb der Strafbarkeitsschwelle stattfinden, die es sich aber lohnt, zu erfassen. Ich weiß nicht, ob das andere Leute hier anders sehen, aber deswegen gibt es diese Register. Dass Sie das infrage stellen, zeigt, dass Sie sich wenig mit diesem Thema beschäftigt haben und wenig mit Opfern von Antisemitismus und von Rassismus und vielen anderen gesprochen haben. Denn diese werden Ihnen sagen, wie wichtig die Registerstellen, wie wichtig RIAS und auch die Arbeit von ReachOut und vielen anderen ist, die diese Arbeit machen. Auch gegen diese niedrigerschweligen Formen der Diskriminierung, oder eben speziell Antisemitismus und verschiedene Formen von Rassismus oder auch Sozialchauvinismus und was hier

alles aufgezählt wurde, muss präventiv gegengesteuert werden – und auch deswegen ist diese Erfassung wichtig.

Dann hat Herr Mansour angeführt – auch darauf möchte ich mich beziehen, weil ich das so nicht stehen lassen kann –, dass vor allem migrantische und muslimische Menschen und Kinder der Queerfeindlichkeit an den Tag legen. Dazu möchte ich gern die Studien haben, denn ansonsten ist das eine unwiderlegte Behauptung. Wir sehen einen Trend – und es ist wirklich interessant, dass Sie das nicht sehen –, gerade bei rechten und rechtsextremen Regierungen, beispielsweise in Budapest, aber auch anderswo. Wir haben gerade gestern im Plenum darüber debattiert, dass die Queerfeindlichkeit dort massiv ist und als Chiffre genutzt wird, um Demokratie anzugreifen. Auch die AfD hat übrigens gestern im Plenum wieder ihre eigene Queerfeindlichkeit bewiesen. Insofern möchte ich gern, dass solche Behauptungen dann auch mit Studien untersetzt und belegt werden, denn ich sehe dafür wirklich keine Faktenlage vorliegen. Auch Herr Husein hat im Antidiskriminierungsausschuss schon einmal davon gesprochen, dass es nur zwei Geschlechter gibt: Mann und Frau, Punkt. – Auch das ist aus meiner Sicht eine queerfeindliche Aussage. Insofern muss ich da ein paar Dinge einfach einmal erwähnen – ohne zu verharmlosen, dass es leider in allen Bereichen Queerfeindlichkeit gibt. Damit müssen wir uns auseinandersetzen, und wir tun das auch.

Dann möchte ich dazusagen, dass der Flüchtlingsrat hier vor allem aus der eigenen Beratungspraxis erzählt hat, und zwar das, was an den Flüchtlingsrat herangetragen wurde. Da kann ich zumindest für SPD, Grüne und meine Fraktion sagen, dass wir alle gut mit dem Flüchtlingsrat zusammenarbeiten und wissen, dass dieser sich für alle Geflüchteten einsetzt – weil Sie eben infrage gestellt haben, ob sich für eine bestimmte Geflüchtetengruppe stärker eingesetzt wird als für andere. Aus meiner Wahrnehmung, aus der Zusammenarbeit setzt sich der Flüchtlingsrat für alle Geflüchteten ein.

Dann richte ich jetzt die Fragen an die Sachverständigen: Frau Barnickel, welchen Ansatz verfolgt denn der Flüchtlingsrat in seiner Arbeit? Inwiefern werden die Perspektiven der zur Beratung Kommenden ernst genommen und auch hier vorgetragen? – An alle anderen die Frage: Welche zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen wären aus Ihrer Sicht notwendig, um Ihre Arbeit weiter zu unterstützen und zu stärken?

Das ADNB möchte ich fragen: Sie haben vorhin gesagt, dass der Aufenthaltsstatus von Personen zum Beispiel verhindert, dass sich Personen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz und auch sexistische Übergriffe wehren. Solche Fälle habe ich leider auch sehr häufig in der Sprechstunde. Was empfehlen Sie, was dort zu tun wäre, um das zu ändern, auch vonseiten der Politik? Dann habe ich noch die Frage, welche Lücken Sie im AGG oder im LADG sehen, und wie das einen Beitrag dazu leisten kann, bestimmte Probleme stärker anzugehen.

An das BNS habe ich eine Frage zur Diskriminierung im Gesundheitssektor: Darüber haben wir jetzt noch wenig gesprochen, aber Teilhabe und Diskriminierung sind ja letztendlich zwei Seiten einer Medaille. Können Sie noch etwas dazu sagen, was dort notwendig wäre und was dort die Probleme sind? Welche Menschenrechte und Teilhaberechte von Geflüchteten und vulnerablen Gruppen werden in Berlin überhaupt aus Ihrer Sicht verletzt oder nicht ausreichend umgesetzt?

An Sie alle richte ich die Frage, wie eine engere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und Ihren Netzwerken und der Zivilgesellschaft aussehen kann. Was würden Sie sich da wünschen?

Zum Fußball und zum Sport: Vielen Dank auch für das, was Sie hier vorgetragen haben! Das war sehr spannend. Ich möchte fragen, wie ganz konkret mit Diskriminierungsfällen umgegangen wird. Welches Verfahren wird aufgelegt? Gibt es spezifische Ansprechpersonen, oder wie gehen Sie damit in Ihren Verbänden um?

An den Senat die Frage: Sie haben eben den Strukturfonds erwähnt, Frau Kiziltepe. Wie viele Mittel wurden inzwischen daraus abgerufen, und wie wird dieser Strukturfonds weiterentwickelt? Wird es zeitnah ein Demokratiefördergesetz geben? – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Eralp! – Als Nächste hat Frau Barz das Wort. Ihr folgt Herr Walter.

Hajdi Barz: Hallo, schönen guten Tag! Danke auch noch mal an die Zivilgesellschaft! Auch von mir noch einmal meine Irritation darüber, dass wir es oft nicht schaffen, in dieser Debatte tatsächlich über Rassismus zu sprechen – Rassismus gegen Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma, Rassismus gegen muslimische Menschen –, und oft über diese Opfer von Diskriminierung als Täterinnen und Täter sprechen. Das ist eine ganz klassische Struktur, die ich aus der politischen Bildungsarbeit kenne, dass eine Täter-Opfer-Umkehr stattfindet, also dass wir über Opfer von Diskriminierung lieber als Täterinnen und Täter sprechen, als tatsächlich zu schauen: Wo findet denn die Diskriminierung statt? Wie wird sie auch strukturell geschaffen? Wir sind ja hier im Abgeordnetenhaus und eben nicht im individuellen Miteinander. Da würde ich mir tatsächlich wünschen, dass wir ein bisschen mehr auf Strukturen schauen und versuchen, Strukturen zu analysieren und auch wirklich eine Verbesserung zu schaffen. Außerdem würde ich mir wünschen, dass wir es schaffen, unseren Blick auf die Communitys zu richten, die nicht so oft betrachtet und besprochen werden, und zu fragen: Was brauchen sie denn? Deshalb bin ich sehr froh, dass wir hier so ein vielfältiges Gremium von Menschen haben, die viel Wissen und Zugänge haben.

Deshalb habe ich auch ein paar Fragen. In einer der Fragen ging es darum, ob es nur an bestimmte Personengruppen gehen würde. Ich habe diese Frage tatsächlich als Vorwurf gehört. Deshalb möchte ich alle Teilnehmenden noch einmal fragen: Welchen Bedarf gibt es für geschützte Räume, und warum entscheiden Sie sich, teilweise in geschütztere Räume zu gehen? Denn ich glaube, dass hier noch einmal etabliert werden muss, was das überhaupt ist. Daran schließt die Frage nach Empowerment-Strukturen an: Sehen Sie Bedarfe für Empowerment-Strukturen, also Strukturen, die über die klassische Antidiskriminierungsarbeit hinausgehen und die Communitys, von denen wir sprechen, stärken? Meine Erfahrung ist, dass es bisher keine Fördertöpfe in Berlin oder auch keine Strukturen dafür gibt, Empowerment möglich zu machen, also auch die Aktivierung von gesellschaftlichen Gruppen, die vielleicht hier noch nicht vertreten sind oder die es nicht schaffen, in den Vorstand zu gehen oder hier heute zu erscheinen.

Weil ich dazu noch nichts gehört habe, aber ich mir sicher bin, dass sie etwas dazu sagen können, habe ich noch Fragen an Herrn Büttner und Frau Barnickel zum Thema Kinderschutz und Kinderrechte für geflüchtete Kinder. Ich gehe davon aus, dass dort das Recht auf Ge-

sundheit, das Recht auf Schutz vor Gewalt, das Recht auf Beteiligung und freie Meinungsäußerung und das Recht auf angemessenen Lebensstandard aktiv angegriffen sind. Ich möchte gern von Ihnen ausführlich erklärt bekommen: Wie wird das angegriffen, aber wie können wir auch dagegen handeln? Was braucht es, um den Kinderschutz für geflüchtete Kinder in Berlin aufrechtzuerhalten?

An Frau Shafie-Sabet habe ich auch eine Frage: Das ADNB gibt es ja schon über 20 Jahre. Sie kennen sich sehr gut aus und waren eine der Ersten, die überhaupt Antidiskriminierungsarbeit und Antidiskriminierungsberatung in Berlin angeboten haben. Im Hinblick auf die Landschaft der Beratungsstellen: Welche Leerstellen sehen Sie? Wie ist Ihre Erfahrung: Können Sie das Beratungsvolumen, das von Ihnen angefragt wird, bedienen? Glauben Sie, dass all diejenigen, die Beratung brauchen, es schaffen, zu Ihnen zu kommen, und wie kann man diese Hürden, die es gibt, verringern?

Dann noch eine Frage an alle: Was sind Ihre drei wichtigsten Empfehlungen an diese Kommission, um hier hinauszugehen und zu sagen: Okay, das, was wir hier gemacht haben, hat einen Effekt – gegen Rassismus, gegen antimuslimischen Rassismus und im Hinblick auf all die Dinge, die bei uns im Titel stehen? – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Wir haben jetzt noch vier Wortmeldungen, und dann mache ich einen Verfahrensvorschlag, wie wir mit der Beantwortung umgehen. – [Dr. Özgür Özvatan: Noch vier weitere?] – Noch vier weitere, genau. – [Dr. Özgür Özvatan: Ich glaube, viele hier haben Termine und müssen gleich los.] – Wenn wir sagen, wir machen diesen Punkt bis maximal 13 Uhr, schaffen Sie das? – Einverstanden!

Herr Walter, Sie als Erster! – [Dr. Özgür Özvatan: Die Rückmeldung ist: Wir schaffen es nicht.] – Wann müssen Sie denn alle los? – 12.50 Uhr, spätestens? – Okay, wir versuchen mal, wie weit wir durchkommen. Notfalls müssen wir die schriftliche Beantwortungsmöglichkeit nehmen. Ich mache noch mal einen Vorschlag, was die Regel betrifft, damit diesmal auch wirklich diskutiert wird. – Bitte schön, Herr Walter!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! Ich möchte an die Funktion von zivilgesellschaftlichen Trägern, Projekten anknüpfen, die im Auftrag des Staates Aufgaben für den Staat übernehmen. Frau Senatorin, Sie haben in Ihrem Statement eingangs klar erläutert, welche Funktionen hier übernommen werden und auch welche Notwendigkeit damit verbunden ist. Vor allem, das will ich auch sagen, haben wir eine bestimmte Struktur im Land Berlin, die eingerichtet worden ist, die sich beispielsweise auch von der Bundesebene unterscheidet und wodurch der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle übertragen worden ist. Wir haben eine Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die beispielsweise selbst Beratung, Monitoring übernimmt. Das ist die gesetzliche Grundlage. Im Land Berlin haben wir das nicht. Im Land Berlin ist es schon seit Jahrzehnten die Praxis – und das ist eine richtige und gute Praxis – zu sagen, dass die ganze Beratungsinfrastruktur, die Monitoringinfrastruktur und auch die Empowermentinfrastruktur bei der Zivilgesellschaft liegen soll und es dafür die entsprechenden Pläne, die Programme und auch die entsprechende Finanzierung gibt. Insofern ist diese Struktur, die aufgebaut worden ist, mit all ihren Projekten nicht nur ein Nice-to-have und etwas, das irgendwie gnädig gegeben wird, sondern es ist tatsächlich eine Verabredung zwischen dem Land Berlin und der Zivilgesellschaft, was bestimmte Aufgaben angeht, die tatsächlich übertragen worden sind. Das ist mir wichtig, an dieser Stelle zu sagen.

Trotzdem muss ich auch einräumen, dass aus meiner Sicht Teile des Senats und Teile der Regierungsfractionen im Umgang mit der Zivilgesellschaft ein Glaubwürdigkeitsproblem haben. Das drückt sich in verschiedenen Sachen aus, die wir außerordentlich bedauern. Das sind Äußerungen beispielsweise des Staatssekretärs Liecke, die als Angriffe auf zivilgesellschaftliche Strukturen zu verstehen sind. Das sind ehrlicherweise auch Äußerungen beispielsweise des CDU-Fraktionsvorsitzenden, gerade als Erwartung an die Enquete-Kommission, dass es dort zu Evaluationen kommen und dann auch die Finanzierung von Projekten infrage gestellt werden würde. Es gehört auch dazu, wenn einzelne Träger, und das haben wir in den letzten Monaten mitbekommen, die seit Jahrzehnten wichtige Arbeit beispielsweise bei der Bekämpfung von viel Queerfeindlichkeit im Bildungsbereich leisten, plötzlich zerschlagen und gestrichen werden sollen. Dann fragt man sich schon, ob das der adäquate Umgang mit zivilgesellschaftlichen Strukturen ist. Dazu gehören auch Diskussionen über die Einführung irgendwelcher Klauseln, die gegenüber Trägern eingerichtet werden sollen, oder die Frage, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Verfassungsschutz geprüft werden sollen, bevor es zu Förderungen kommt. All diese Vorschläge sind aus den Reihen der Koalition geäußert worden. Das lehnen wir natürlich ab, beziehungsweise finden wir äußerst kritisch.

Wir haben heute, und das haben auch Sie, Frau Senatorin, kurz angedeutet – – Das Landesdemokratiefördergesetz stand im Raum und so ganz kurz auch die Frage der Finanzierung, Bürokratie, Frau Buss, Sie haben es ganz kurz angedeutet, und dann zu sagen: Dafür könnte man sehr viel Zeit nehmen, das noch mal genauer zu erläutern. – Ich glaube schon, dass es unsere Aufgabe ist, auch das mit der Frage reinzutragen: Was sind denn die Perspektiven? Ich hoffe sehr, dass das Landesdemokratiefördergesetz in dieser Wahlperiode kommt. Ich fürchte

allerdings, dass das nicht gelingt. Insofern glaube ich auch, dass das in dem Bericht der Enquete-Kommission enthalten sein muss, genauso wie Empfehlungen zur Verbesserung des Zuwendungsrechts und der Finanzierung.

Ich komme zu meinen Fragen. An das ADNB hätte ich die Frage, wie Ihre Erfahrungen bei Diskriminierung zu staatlichen Institutionen und generell zu Organisationen, beispielsweise der BVG, sind. Wie gehen Sie damit um? Hier war ja heute viel die Diskussion über die Funktion von Organisationen, von Einrichtungen, Sport und so weiter und so fort. Da würde mich Ihre Sicht auf diese organisierten Räume und Diskriminierungen interessieren.

Zum Sport, Herr Özvatan, Sie hatten ein bisschen die Grenzen formuliert, an die Sie bei Ihrem Engagement gegen Diskriminierung auch in den eigenen Reihen kommen, die Frage von Ressourcen, aber auch von Zuständigkeiten. Wie sähe denn für Sie – und das würde auch für Sie, Herr Härtel, gelten – idealtypische Diversitäts- und Antidiskriminierungsstrategien aus? Und was bräuchte es für Ihre Strukturen, um das umsetzen zu können?

Frau Buss! Mich würde interessieren: Die Volkssolidarität hat sich entschieden, auch noch mal dezidiert gegen Queerfeindlichkeit Stellung zu nehmen. Das ist ja sehr offensichtlich geworden. Was hat dazu geführt, das noch mal stärker in den Blick zu nehmen? Und was bedeutet das auch für Sie als Organisation? Welche Wirkung hat es möglicherweise nach innen?

Und zuletzt komme ich zu Frau Adam, zum Berliner Register. Ich gestatte mir da auch noch eine Anmerkung. Frau Elif hatte ja schon gesagt, warum es die Gründe für dieses Berliner Register braucht. Entschuldigung! Wenn man duzt und siezt kommt man durcheinander. Elif Eralp hat ja schon gesagt, was die Gründe sind. Ich will noch einen Grund hinzufügen, weil dieses einzelne Stichwort Polizei nicht funktioniert. Wir haben das Berliner Monitoring gegen Queerfeindlichkeit, jetzt den vierten Bericht, vorgelegt, ein Bericht, der vom Senat beauftragt wird. Dort erfahren wir beispielsweise, dass es eben nicht so ist, dass sich Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, einfach an die Polizei wenden oder wenden können, sondern oftmals selbst die Angst und die Sorge haben, und zwar die berechtigte Sorge, dass sie weitere Diskriminierungen erfahren müssen. Das wissen wir in Bezug auf Rassismus, das wissen wir auch in häufigen Fällen in Bezug auf Transfeindlichkeit. Beispielsweise, um jetzt nur eine Zahl zu nennen, in einem dieser Berichte zu Lesbenfeindlichkeit wurde genannt, dass nur 7 Prozent der Fälle von lesbenfeindlichen Vorfällen bei der Polizei landet. Ich hoffe sehr, dass wir auch im Rahmen der Enquete-Kommission die Möglichkeit haben werden, zu hinterfragen, woran es liegt, warum die Schwellen so hoch sind, sich bei der Polizei zu melden. Aber es heißt, es gibt aus vielen verschiedenen Gründen ein großes Dunkelfeld – und da hat die Polizei auch ein Vertrauensproblem – von Fällen, die bei der Polizei nicht ankommen. Generell will ich auch hier die Vorwürfe zurückweisen. Wir haben schon vielfach in den Ausschüssen über das Berliner Register gesprochen, und die Fragen, die heute aufgekommen sind, sind nicht neu. Diese Fragen versuchen immer wieder, Zweifel zu streuen. Das sind Gerüchte, die hier vorgetragen werden, Begriffsdefinitionen, die infrage gestellt werden, Whataboutism, warum macht das Register nicht das und jenes? –, und so weiter und so fort, obwohl es einen staatlichen Auftrag gibt. Es gibt eine staatliche Finanzierung für das Berliner Register. Ich finde es wirklich erschreckend, dass es, als der CDU-Antrag im Parlament war, die Finanzierung für das Berliner Register einzustellen, der CDU-Fraktion nicht gelungen ist, sich hier mit allen anderen demokratischen Fraktionen hinter diese Struktur in Berlin zu stellen.

Meine Frage an Sie, Frau Adam, wäre ganz konkret: Diese Angriffe auf das Register, diese Vorwürfe, diese politischen Unterstellungen gibt es ja schon eine ganze Zeit lang, gingen von der AfD aus, wurden jetzt auch von CDU aufgegriffen, was bedeutet das für Ihre Arbeit? Was bedeutet es für diese Institution, wenn sich diese politische Unsicherheit auch gegenüber Ihrer Einrichtung ausbreitet? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Wir haben noch drei Wortmeldungen mit Blick auf die Uhr. Frau Jarasch hat die Seiten gewechselt. – Frau Jarasch!

Bettina Jarasch (GRÜNE): Nicht wirklich, aber Frau Jarasch hat sich zu Herzen genommen, was Herr Hızarcı vorhin gesagt hat, dass wir hier nicht in Mannschaften spielen, die nur im Wettkampf sind, sondern eigentlich versuchen sollten, an manchen Punkten zu einem gemeinsamen Verständnis zu kommen. Weil wir so sitzen, dass ein Dialog gar nicht so einfach möglich ist, habe ich mich mal kurz umgesetzt.

Ich habe eine Vorbemerkung und drei Learnings, die dann nur noch mit wenigen Fragen verknüpft sind, denn viele der Fragen, die ich hätte, sind schon gestellt worden. Die Vorbemerkung zum Thema Antisemitismus und auch zum Thema Opferkonkurrenz werden wir das nächste Mal sehr ausführlich diskutieren. Es reizt mich sehr, zu dem Thema etwas zu sagen. Es reizt mich auch sehr, Herr Mansour, noch mehr auf das einzugehen, was Sie gesagt haben. Aber ich weiß, dass wir dazu eine eigene Sitzung haben. Ich will das ausdrücklich hier ausklammern, nur damit sich niemand wundert, warum manche Dinge einfach stehenbleiben. Ich glaube, hier brauchen wir tatsächlich dringender als Enquete ein gemeinsames Verständnis.

Die drei Learnings: Da würde ich gern noch mal einen Schritt zurücktreten. Ich fand den Satz von Herrn Özvatan sehr schön, dass es im Fußball eine Romantisierung des Fußballs als Integrationsmotor gibt. Tatsächlich, das kenne ich auch aus unserem politischen Geschäft, das kommt in unseren Plenarreden immer wieder vor, ich war im Sportausschuss, da wird die Integrationskraft immer wieder bemüht. Was ich hier sehr spannend fand, Herr Funck und viele andere haben es schon gesagt, und auch Frau Buss hat es noch mal aus einem großen Wohlfahrtsverband dargestellt: Weder der Sport noch die soziale Arbeit, und ich würde sagen, kein Teil dieser Gesellschaft ist ein idealer Raum, in dem es nicht zu Diskriminierungen, zu Vorurteilen, zu Feindseligkeiten kommt. Das sehe ich als ein gemeinsames Learning. Ich hoffe wirklich, dem können wir uns anschließen, weder die Bundeswehr, noch die Polizei, kein Teil dieser Zivilgesellschaft, denn es ist Gesellschaft. Es begegnen sich Menschen. Frau Buss hat es sehr schön dargestellt, wie Menschen sich, ob als Ehrenamtliche oder Mitarbeitende, begegnen und natürlich mit den Schubladen in ihrem Kopf aufeinandertreffen. Und wenn Konflikte, sei es durch den 7. Oktober oder den Ukrainekrieg, noch mal von außen angeheizt werden, dann spiegelt sich das auch überall wider, wo wir uns in der Gesellschaft begegnen. Deswegen ist für mich das erste Learning: Mehr Begründungen dafür, dass der Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus strukturell und auch institutionell sein muss, braucht es eigentlich nicht. Es gibt nicht diesen heilen Ort, wo das Zusammenleben einfach funktioniert und automatisch stattfinden kann, sondern es braucht dabei immer eine Wachsamkeit, es braucht Arbeit daran. Das als erstes Learning.

Der zweite Punkt ist, und das ist mir wichtig, weil ich glaube, auch diese Debatten werden wir hier noch öfter führen: Es gibt Ehrenamt in dieser Gesellschaft, es gibt eine Zivilgesellschaft. Das ist nicht automatisch dasselbe. Die Zivilgesellschaft besteht in Deutschland ja nicht nur

aus kleinen Vereinen, NGOs und Initiativen, sondern auch aus großen Unternehmen – das Wort Sozialunternehmen oder Sozialkonzern fiel heute schon –, die aber – und das ist mir wichtig – Arbeit übernehmen, wo der Staat staatliche Aufgaben an die Zivilgesellschaft delegiert hat. Das ist das Subsidiaritätsprinzip. Weil das ein schönes Prinzip der katholischen Soziallehre ist, sage ich das in Richtung der C-Partei. Subsidiaritätsprinzip bedeutet, dass der Staat an die Zivilgesellschaft abgibt und nicht alles allein macht, bedeutet, dass wir große Wohlfahrtsverbände haben, ohne die das soziale Netz in Berlin sofort reißen würde, bedeutet aber auch, dass die Demokratie, die Menschenrechte und die Menschenwürde, die die Grundlage unserer Demokratie sind, von vielen Initiativen und NGOs im staatlichen Auftrag und mit staatlichen Geldern gestützt werden. Wenn das ein gemeinsames Verständnis ist, dass wir am Subsidiaritätsprinzip festhalten wollen, dann müssen wir uns tatsächlich auch der Frage stellen, wie wir diese Strukturen dauerhaft stärken können. Das wäre eine Frage an Sie alle, die kam schon dauerhaft. Dauerhaft meine ich deswegen, weil ich nicht nur ein Demokratiefördergesetz als To-do sehe, sondern sehr gern irgendwann auch mal unser Zuwendungsrecht ein bisschen entbürokratisieren und entschlacken und dafür sorgen würde, dass Sie nicht den Großteil Ihrer Arbeitszeit für das Stellen von Projektanträgen und den Beweis draufgeht, dass man alle Arbeit erbracht und nichts gekauft hat, was man nicht hätte kaufen dürfen, sondern für Ihre inhaltliche Arbeit. Das sind nämlich Dinge, die für mich direkt aus diesem Verständnis von Zivilgesellschaft entstehen. Welchen Bedarf haben Sie in Richtung Förderung, Gemeinnützigkeit, dauerhafte Strukturen?

Frau Senge hat so schön als Positivbeispiel für das Engagement von Zivilgesellschaft die Umweltverbände und die Kirchen in der ehemaligen DDR genannt, die gegen die Diktatur ausdrücklich politisch agiert haben. Dafür wurden sie allerdings weniger gefördert, als es hierzulande der Fall ist, schon klar. Aber Sie haben dieses politische Engagement der Zivilgesellschaft von Kirchen bis Umweltverbänden begrüßt. Das ist ein Streitpunkt unter uns. Deswegen will ich das hier ausdrücklich mal sagen. Die Frage ist: Darf diese Zivilgesellschaft, der wir Geld geben, damit sie die Demokratie fördert, damit sie Menschenrechtsverletzungen oder Diskriminierungen und Rassismus und Antisemitismus bekämpft, auch politische Kritik sein, darf sie Korrektiv sein, wie es Herr Büttner eingefordert hat? Oder glauben wir, dass sie dann nicht mehr förderungswürdig ist? Das ist die Frage an uns.

An Sie die Frage umgekehrt, zumindest Sie, Herr Büttner, haben ja schon gesagt, dass Sie sich auch politisch verstehen: Gibt es Grenzen? Würden Sie sagen, es gibt umgekehrt eine Grenze, wo man als NGO – Was ist eine berechtigte politische Arbeit? Wo gibt es eine Grenze? – So viel zu meinen Fragen. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD) Vielen Dank! – Wir haben noch zwei Wortmeldungen, und dann einen Vorschlag zu dem Verfahren der Beantwortung. – Frau Bozkurt und dann Dr. Husein!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich danke auch noch mal den Anzuhörenden! Ich kann eigentlich anknüpfen, wo Bettina Jarasch gerade angesetzt, ihr Statement beendet hat oder zumindest an einer Stelle darüber gesprochen hat, dass es Diskriminierung überall gibt, und da deutlich herausarbeiten wollen, dass es eben nicht schwarz oder weiß ist, dass es Nuancen gibt, dass es gar nicht so klar ist. Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen, um zu konkretisieren, was ich meine.

Ich bin aufgewachsen mit einem positiven Bild von einer Puşi. Jetzt werden Sie sich fragen: Was ist eine Puşi? Eine Puşi ist eine Kefiya, die Kurdinnen und Kurden tragen. Meine Familie stammt aus Anatolien und ist türkisch. Zu einem großen Teil gibt es auch Kurden bei uns, es gibt auch Aleviten und Sunniten und so weiter. Jedenfalls war das ein politisches Statement, und ich bin damit aufgewachsen, dass das ja eigentlich ein problematisches Statement ist, weil man ja türkisch und möglichst patriotisch ist. Irgendwann im Laufe meines Erwachsenwerdens habe ich die Perspektive gewechselt und verstanden, was eigentlich eine Puşi in der Türkei bedeutet. Es ist nicht schwarz oder weiß. Und ja, mir ist klar, dass, wenn wir über die Kefiya in der Schule sprechen, es jetzt nicht kurdische Schülerinnen und Schüler sind, weiß ich. Mir geht es nur darum: Wir reden über Kinder. Die sind noch nicht fertig. Die sind gerade noch drin. Und das ist das, was sie als ganz natürlich von zu Hause mitnehmen. Es ist noch nicht so, dass ein kritisches Reflektieren da ist. Ich habe selbst ein Kopftuch getragen. Mir ist klar, dass eine iranisch stämmige Frau auf ein Kopftuch anders guckt, vor allem eine, die im Iran gezwungen wurde, eins zu tragen. Aber das heißt doch nicht, dass wir dann aufhören, miteinander zu reden, irgendwie einen Aushandlungsprozess finden oder versuchen zu verstehen, dass es unterschiedliche Perspektiven gibt und geben darf und man trotzdem einen Weg finden muss, wie man alle irgendwie mitnimmt. Der Punkt ist doch: Wir reden doch hier von einer Zivilgesellschaft, die genau diese Aufgaben für uns übernimmt. Die ja nicht sagt: Okay, es gibt Schwarz und Weiß, dazwischen ist nichts, und wir lassen die Leute ihrem Schicksal.

Ich versuche es immer wieder mit konkreten Beispielen zu untermauern. Es gab einen Brand in Französisch Buchholz in einer Geflüchtetenunterkunft. Eine geflüchtete Mutter aus Syrien lebte da mit ihren Kindern. Ich glaube, drei Kinder hatte sie. Ihr Mann ist dabei zu Tode gekommen. Wissen Sie, wer da war? Diese Einrichtungen hier waren da. Mein Kollege Omar und ich waren da. Aber ich war nur einmal da. Es ist überhaupt kein Ruhmesblatt. Ich war ein einziges Mal da, und das sind die Organisationen, die dann da waren, die dann Übersetzungstätigkeiten übernommen haben, die ins Krankenhaus gegangen sind, die zur Polizei gegangen sind, die Medienberatung gemacht haben, weil dann plötzlich sämtliche Medien sie belagert haben. Das ist all das, was ja erledigt werden muss. Wer macht diese Arbeit? Wer ist denn dann da für diese Menschen? Mich beklemmt das Menschenbild, das aus einigen Fragen hervorkommt. Wieso unterstellen wir, dass man das aus einer politischen Gesinnung heraus macht, weil man damit irgendwie Rechte, Konservative oder was auch immer zurückdrängen will.

Die Aufgabe ist doch: Es gibt marginalisierte Gruppen. Es gibt Menschen, die in dieser Gesellschaft Andersbehandlung – nennen wir es nicht Diskriminierung – erleben. Die erleben, dass sie oder ihre Wohnung angezündet werden. Oder sie erleben Gewalt. Es ist übrigens, und das hat meine Kollegin Eralp vorhin ausgearbeitet, nicht nur Gewalt, es ist ja weit vorher schon dieses Strukturelle – darauf komme ich gleich noch –, was ja auch ein Triggerwort ist, wenn wir das verwenden. Aber es sind doch Realitäten, von denen wir sprechen. Dann gibt es, wie gesagt, die Zivilgesellschaft, die diese Arbeit für uns erledigt. Und ich glaube, viele haben schon dargestellt, warum und aus welchem Staatsverständnis heraus, sich das ohnehin ergibt.

Ich möchte noch mal auf die strukturelle Diskriminierung eingehen. Kollege Haustein hat vorhin – das war wirklich das Statement, das uns, glaube ich, alle erst mal erschlagen hat, aber gut, sei es drum – in seinem Statement – das hat die Kollegin Eralp auch angesprochen –:

Wir alle finden keine Wohnung oder bekommen keine Arzttermine. – Ich habe, bevor ich Abgeordnete war, als Unternehmensberaterin gearbeitet und glaube, auch da okay verdient zu haben. Ich habe, als ich noch Beraterin war und dann Abgeordnete wurde, genau in dieser Zwischenphase, zwei Jahre eine Wohnung gesucht. Ich habe keine Wohnung gefunden. Zwei ganze Jahre lang. Und ich bin sicher, und ich habe das auch über die sämtlichen Plattformen – – Da kann man sich Mappen zusammenlegen lassen. Ich habe das alles gemacht. Ich kann es mir ja sogar leisten, und trotzdem habe ich nichts gefunden. Dann war ich Teil der Fraktion, und ich habe mit einer Kollegin ein Testing gemacht, die genau die gleichen Bedingungen hatte wie ich. Sie ist auch Abgeordnete, ich auch, aber sie hat halt einen autochthonen deutschen Namen, ich nicht. Und wir haben uns auf fünf gleiche Ausschreibungen beworben, und sie hat drei Rückmeldungen bekommen. Ich habe eine bekommen. Das sind Realitäten. Das ist ein einziges Testing, das wir gemacht haben. Aber wir haben hier sämtliche Akteurinnen und Akteure, die das beruflich machen, die das erfassen, wofür es überall Zahlen gibt. Das ist ja nichts, worüber wir einfach so aus dem Bauchgefühl heraus reden. Wir reden immer wieder darüber, dass, wenn wir über Diskriminierung im Alltag sprechen, nicht betroffene Menschen sagen: Aber kann das denn nicht einfach mal zufällig passiert sein? – Ja, aber dann gebe es die Zahlen ja nicht, die unterstreichen, dass es eben nicht Zufall ist.

Ich gucke gerade auf meine Notizen. Vieles wurde gesagt. Ich möchte eine oder zwei Fragen kurz anschließen. Zum Sport: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Sie haben zum einen vorgelesen, dass Sie sich als Satzung gegeben haben, wo Sie stehen. Das finde ich auch sehr begrüßenswert, richtig und wichtig. Oft hängt es ja an den Funktionärinnen und Funktionären, dass sie selbst keine Sensibilisierung haben und nicht immer wissen, was tatsächlich Rassismus, Antisemitismus ist und was nicht und in welchen Fällen das schon eingetroffen ist. Wie stellen Sie sicher, dass es eine Sensibilisierung auf der Funktionärssebene gibt?

Wir reden gerade – deshalb ist es so ein schwieriges und wichtiges Thema –, während in Harvard ausländische Studierende nicht mehr studieren dürfen. Wir reden gerade, während privatwirtschaftliche Unternehmen gezwungen werden, ihre ganzen Diversity Programme einzustampfen. Das wirkt sich hier in Deutschland aus. Das sind privatwirtschaftliche Unternehmen, die hier nicht mehr diese Programme machen dürfen, die sich fragen müssen, wenn sie externe Speaker einladen, ob sie, wenn sie ein Kopftuch trägt, noch kommen darf oder nicht. Das sind Realitäten, die wir gerade in deutschen Unternehmen aufgrund der Entwicklung in den USA erleben. Und in dem großen Geflecht ist diese Diskussion wichtig. Daher meine Frage an Sie alle, wenn Sie darauf antworten möchten, wie sich diese Diskursverschiebungen, dieser Rückwärtsgang auf Ihre Arbeit auswirkt, wie frei Sie sich fühlen, wie eingeschränkt Sie in der Ausübung Ihrer Arbeit sind. Wenn Sie darüber reden mögen, würden wir uns freuen. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD) Vielen Dank, Frau Bozkurt! – Dann zum Abschluss Herr Dr. Husein!

Dr. Timur Husein (CDU): Herr Vorsitzender, ich versuche, mich zu beeilen, aber da ich auch persönlich angesprochen wurde, möchte ich darauf auch antworten.

Frau Kollegin, es ist eine Tatsache, dass es biologisch gesehen nur zwei Geschlechter gibt. Das ist genauso eine Tatsache, wie dass der Berliner Linke Landesparteitag 2024 abgelehnt hat zu beschließen, Juden konsequent und unter Einsatz rechtsstaatlicher Mittel zu schützen,

und der Berliner Linke Landesparteitag 2024 abgelehnt hat zu beschließen, dass politisch links verortete Menschen in Berlin das Massaker vom 7. Oktober relativiert und mitunter gefeiert haben. Das ist auch eine Tatsache. Und Sie können die Tatsache auch nicht leugnen, dass daraufhin viele linke Mitglieder aus Fraktion und Partei ausgetreten sind. Das sind einfach Tatsachen. Die müssen Sie einfach so hinnehmen.

Kommen wir nun zu den Experten der sogenannten anderen Seite. Guten Appetit, Frau Prof. Dr. Auma! Es sei Ihnen gegönnt. Ich habe auch Hunger. Trotzdem ein wohlwollender Hinweis, da ich Ihre Art hier schätze, miteinander zu diskutieren. – [Dr. Maisha-Maureen Auma: Ich habe nicht gefrühstückt.] – Das war gar keine Kritik. Ich wünsche Ihnen wirklich guten Appetit, aber ich habe auch Hunger. Damit Sie auch die andere demokratische Seite verstehen. Wenn Sie sagen, dass Der dritte Weg eine rechte Partei ist, dann habe ich ein wenig ein Problem damit, weil es mir zu wenig Differenzierung ist. Die CDU ist bekanntermaßen auch eine – Ich verstehe Sie gerade nicht, weil Sie zu leise sind und weil Sie essen, glaube ich. Das ist mir zu wenig Differenzierung. Der dritte Weg ist eine rechtsextreme Partei, und das kann und muss man auch so sagen. Ich sage: Die SPD ist eine linke Partei, würde ich behaupten, auch aus Selbstverständnis. Und die marxistisch-leninistische Partei ist für mich eine linksextreme Partei. Da würde ich auf jeden Fall immer differenzieren. Ich hoffe, dass das in Zukunft dann auch noch mal in Betracht gezogen wird, wenn Sie sich dazu äußern.

Dann zu Herrn Dr. Sinanoğlu: Zuerst gebe ich Ihnen recht – ich will mal etwas Gemeinsames, Verbindendes finden –: Wir müssen alle Bürger schützen, auf jeden Fall, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und so weiter und so fort. Wo ich Ihnen jetzt nicht recht gebe, ist, dass wir alle Ismen gleich behandeln, sondern wir müssen die Ismen gezielt bekämpfen. Deswegen müssen wir sie auch unterscheiden. Deswegen müssen wir differenzieren. Das wollte ich noch mal ergänzen. Vielleicht haben Sie das auch so gemeint, aber es kam bei mir anders rüber.

Dann zu den Vertretern des Fußballs, des Sports und Fußballs, Sport besteht aus mehr als nur aus Fußball, das weiß ich. Nicht, dass Sie hier etwas falsch verstehen. Ich bin auch Sprecher für Antisemitismusbekämpfung, habe viel mit Makkabi zu tun, dem jüdischen Fußballverein seit 1898. Interessant ist dabei, bei Makkabi sind die meisten Spieler gar nicht jüdischen Glaubens, sondern sind so vielfältig wie Berlin, aber Makkabi wird trotzdem als Feindbild angesehen, jedenfalls laut derer, die mir das berichten, auch der Vorstand, mit dem ich in gutem Kontakt bin. Danach werden sie für alles Mögliche verantwortlich gemacht. Das nur zum Hintergrund. Da würde mich interessieren: Wie ist die Zusammenarbeit mit Makkabi? Vielleicht können Sie dazu noch etwas äußern.

Dann geht es um Teilhabe und Integration. Ich finde, die finanzielle Barriere für Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien könnte eine Barriere sein, um diese Personengruppe zu inkludieren. Da würde mich interessieren, wie Sie diese Jugendlichen und Kinder aus finanziell schwachen Familien mitnehmen. Gibt es da Rabatte? Gibt es Zuschüsse vom Staat? Wie viele Personen sind das bei Ihnen in den Vereinen? Prozentsatz, ungefähre Angabe. Sie führen sicherlich keine Statistik, aber nach Ihrem Gefühl. Sie sind ja da drin.

Zum Schluss eine Fußballmetapher, trotz aller Schwierigkeiten und unterschiedlicher Meinungen in der Kommission, wir werden hier sicherlich nicht elf Freunde sein nach der Enquetekommission, weil wir auch nicht elf, sondern 23 sind, aber ich finde: Dabei sein ist alles,

und wir sind hier alle gut dabei, auch trotz unterschiedlicher Meinungen, die auch ein bisschen scharf und differenziert sind. Was wir aber nicht machen sollten, uns gegenseitig außerhalb des demokratischen Spektrums stellen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Husein!

Dr. Timur Husein (CDU): Sorry, Herr Vorsitzender! – An Frau Adam, ich habe ja erwähnt, ich bin Sprecher für Antisemitismusbekämpfung: Wie ist denn die Zusammenarbeit mit RIAS? RIAS hat vorgestern ihren Bericht rausgebracht, und Sie stellen fest, dass es 2 521 antisemitische Vorfälle gibt. In Frau Adams Registerbericht sind 2 200 Vorfälle mit antisemitischen Motiven zu lesen. Das ist ein prozentualer Unterschied von immerhin 15 Prozent. Meine Frage ist: Wie kommt der Unterschied zustande? Sind es vielleicht verschiedene Definitionen von Antisemitismus? Das wäre meine Frage noch. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Wir werden noch lange und genug Zeit haben zu diskutieren, auch die verschiedenen Positionen. Erst mal allen vielen Dank für die Diskussion und vor allem auch für die Fragen, die an die Expertinnen und Experten gerichtet worden sind! Das ist jetzt die große Herausforderung, denn es waren gefühlt 10 000 Fragen, die an Sie gerichtet worden sind. Sie haben alle eifrig mitgeschrieben. Wir werden jetzt nicht alle Fragen beantworten können, und das wissen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer hier im Raum. Normalerweise ist es nicht Gang und Gebe bei Anhörungen, dass man schriftlich im Nachgang etwas beantworten kann, aber in dem Fall würde ich darum bitten, dass Fragen, vor allem zu Strukturen, noch mal schriftlich zugeliefert werden.

Mit Blick auf die Uhr schlage ich jetzt vor, dass in umgekehrter Reihenfolge jeweils fünf Minuten lang geantwortet wird. Dann beenden wir diesen Block, sodass wir dann später nach einer ganz kurzen Pause, weil jeder von uns vielleicht mal kurz raus muss, direkt in den nächsten Themenkomplex einsteigen.

Vorher würde ich die Sprecherinnen und Sprecher der jeweiligen Farben bitten, kurz mit mir zu reden, bevor wir in den anderen Themenblock gehen. Ist das okay für Sie? – Dann fangen wir an in umgekehrter Reihenfolge mit Frau Shafie-Sabet. Fünf Minuten, Sie haben das Wort und den Rest dann schriftlich, bitte!

Alaleh Shafie-Sabet (ADNB des TBB): Dann fange ich erst mit den Fragen an, die mir als erstes gestellt wurden. Die erste Frage bezog sich darauf, wie oft die Betroffenen bei uns den Klageweg eingehen wollen und wie der Zugang zu Recht ist. Hier kann ich sagen – das hatte ich auch kurz in meinem Vortrag erwähnt –, dass tatsächlich der Zugang sehr erschwert ist. Viele Menschen, wenn sie die finanziellen Ressourcen haben, machen oftmals die Erfahrung, dass am Gericht ihre Erfahrung relativiert wird, die Diskriminierungserfahrungen so nicht als Diskriminierung gesehen werden, sich die Prozesse aus unterschiedlichen Gründen extrem lange hinziehen. Wir machen aber vor allem die Erfahrung, dass viele Menschen gar nicht den Klageweg eingehen wollen, weil sie entweder die finanziellen Ressourcen nicht haben oder es für ihre gesundheitlichen und psychischen Zustand zu herausfordernd ist. Viele wollen, dass sie überhaupt einen Ort haben, wo sie über die Erfahrung sprechen können und wo die Erfahrung nicht negiert wird, sondern zugestimmt, in einen Kontext gesetzt und gesagt wird: Ja, Sie sind nicht die einzigen, die diese Erfahrung machen. – Damit helfen wir vielen Menschen schon. Die Erfahrung ist aber auch beim Antidiskriminierungsrecht, dass es sehr oft Fälle

gibt, wo wir nicht das Recht anwenden können, weil das AGG, aber auch das LADG, sehr viele Schutzlücken aufweist.

Das Bündnis „AGG Reform-Jetzt!“ hat in den letzten zwei Jahren sehr viele Beispiele, wo noch Handlungsbedarf ist, wie beispielsweise Merkmale, die noch aufgegriffen werden müssen. Wir machen immer wieder auch die Erfahrung, dass da rechtlich nicht viel gemacht werden kann, weil beispielsweise Indizien nicht ausreichen.

In Bezug auf unsere Zahlen möchte ich kurz sagen, dass wir aktuell die Zahlen der letzten zwei Jahre noch auswerten. Dazu werden wir im Herbst dieses Jahres einen Report herausgeben, in dem dann noch mal detailliert geschildert werden kann. Ich kann aber sagen, dass wir in den letzten zwei Jahren einen Anstieg von circa 20 Prozent der Diskriminierungsmeldungen wahrnehmen. Wir haben auch im Bereich Arbeit, da ich das ja in meinem Fallbeispielen dargestellt hatte, auch einen Aufwuchs von circa 42 Prozent, wo einfach Menschen aufgrund von unterschiedlichem Diskriminierungserleben im Bereich Arbeit Diskriminierung erleben und sich an uns wenden. Bei Behördengängen nehmen wir auch wahr, dass es einen Anstieg von circa 50 Prozent gibt, dass Menschen einfach Diskriminierungserfahrungen angeben, sei es bei der Polizei, in der Schule oder, wie ich in meinem Fallbeispiel auch genannt hatte, beim Jobcenter.

Dann gab es noch die Frage zu den Schwerpunkten in unserer Arbeit neben der Beratungstätigkeit. Wir machen auch Bildungsarbeit. Wir geben neben Empowerment- und Sensibilisierungsworkshops für alle Interessierte auch AGG- oder LADG-Schulungen zum Thema Diskriminierung und Rassismus. Wir merken auch, dass das Interesse vor allem von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern oder unterschiedlichen Institutionen sehr groß ist, sich auch zum AGG weiterzubilden. Das begrüßen wir extrem, da wir immer wieder merken, das Gesetz gibt es schon seit über 20 Jahren, dass viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber das Gesetz nicht kennen, keine Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, um Diskriminierung in ihren Betrieben vorzubeugen, und Menschen, die Diskriminierung erleben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht wissen, was sie überhaupt mit dieser Erfahrung machen sollen, wo sie sich beschweren sollen, wie sie Unterstützung erhalten. Da sehen wir extremen Handlungsbedarf, auch in der Wirtschaft ein bisschen Druck aufzubauen. Wir freuen uns dann immer, wenn es Anfragen zum AGG oder LADG gibt.

Dann zu der Frage zum TBB: Ich bin tatsächlich als Projektleiterin viel mit Beantragungen, Fördergeldern und so beschäftigt, wie es auch Frau Jarasch schon gesagt hatte. Das ist tatsächlich ein großes Problem, dass ich nicht dazu komme, sehr vieles vom TBB mitzubekommen. Ich weiß aber, dass der TBB unterschiedliche Schwerpunktbereiche hat und Antidiskriminierungs-, Verbraucherschutzberatung, aber auch Anerkennungsberatungsarbeit leistet. Ich lade alle herzlich dazu ein, uns in unserer Beratungsstelle zu besuchen. Da kann ich noch mal gezielt auf unsere Herausforderungen, auf unsere Bedarfe und Ressourcen, die wir noch brauchen, um weiterhin gute Arbeit leisten zu können, eingehen. Melden Sie sich gern bei uns. Sie sind herzlich eingeladen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank für die konzentrierte Argumentation und auch Beantwortung! Den Rest dann schriftlich, was die Fragen betrifft. Vielen Dank dafür! – Herr Özvatan!

Dr. Özgür Özvatan (Gesellschaftliche Verantwortung Berliner Fußball-Verband e. V.): Ich habe drei Blöcke. Ich versuche es auch in fünf Minuten zu machen, auch aus Respekt den anderen gegenüber. Ich gebe erst mal eine Info. Ich fange so an: Ich habe eine Fußballbiogra-

fie. Ich habe mit fünf in Berlin, in Westberlin, angefangen zu spielen, bin jetzt 40 und immer noch aktiv. Ich bin nicht nur Verbandsfunktionär, ich spiele auch jedes Wochenende und habe gestern Abend Training gehabt. Das heißt, ich bin seit 35 Jahren im organisierten Fußball tätig. Ich habe alle Ebenen durchlaufen. Ich war im Jugend Elitefußball, ich war Juniorennationalspieler für Deutschland, ich war im Profifußball, im Amateurfußball. Ich weiß ganz genau, wie der organisierte Fußball funktioniert. Deswegen komme ich später auch zu Punkten, die so salopp daher gesagt werden, die aber extrem voraussetzungsvoll sind, wo tatsächlich nicht das empirische Wissen und auch gar kein datenbasiertes Wissen vorliegt. Das finde ich sehr schwierig, weil genau diese Aussagen zu Polarisierungen im Fußball führen.

Wir haben mit der Abteilung Gesellschaftliche Verantwortung beim Berliner Fußballverband die bundesweit ressourcenstärkste Abteilung im Verband. Das heißt, Berlin ist in dieser Sache Vorbild. Berlin ist oftmals in gewissen Dingen Vorbild, und im organisierten Fußball, gerade im organisierten Amateurfußball, hat Berlin die größte, die stärkste Abteilung. Wir sind Vorbild. Wir haben vor zwei Wochen mit Herrn Dr. Funck und dem Zentrum für Antisemitismusforschung unsere Antisemitismusfachtagung gehabt. Wir können das natürlich nicht allein stemmen. Wir schaffen das natürlich auch nur, weil wir Förderung vom Berliner Senat erhalten. Das soll nicht unerwähnt sein und auch nicht unvergessen bleiben. Aber andere Bundesländer, andere Vertreterinnen und Vertreter von Landesverbänden und Regionalverbänden, auch beim DFB, beneiden uns dafür, dass wir so ein starkes, großes Team haben. Ich bin natürlich in einer sehr privilegierten Position, dass ich als Ehrenamtler so ein großes Team habe. Trotzdem: Wir müssen viel mehr schaffen, als wir bisher leisten können.

Aber ich würde dieses Verständnis von Bedürftigkeit gern mal umdrehen. Wenn diese Zivilgesellschaft nicht da ist, dann kracht der Politik und der Verwaltung alles auf die Füße. Wenn wir über Sicherheit sprechen, was ja auch Antidiskriminierung ist, dann sprechen wir über nachhaltige Präventionsarbeit, statt die ganze Zeit in Sanktionen zu denken, denn das ist etwas, das bei uns auch im organisierten Fußball stattfindet, dass immer in Sanktionen gedacht wird, sich aber niemand mit der Frage der Prävention beschäftigen möchte. Auch hier sehen wir natürlich, dass die Frage der Prävention, die Ressourcenstärkung, eher in eine Ressourcenschwächung geht. Das heißt, es wirkt so, als würden wir weniger Präventionsarbeit leisten können, was dann wiederum bedeutet, dass mehr passiert.

Und ganz ehrlich: Wir haben über ganz wichtige Fälle in verschiedenen Phänomenbereichen gesprochen. Der am intensivsten begleitete Phänomenbereich war natürlich aus berechtigten Gründen der Antisemitismus. Wenn wir uns aber damit beschäftigen: Wie viel läuft jedes Wochenende auf den Fußballplätzen in Berlin positiv? Jeder Fall ist einer zu viel, safe. Aber jedes Wochenende wird Fußball gespielt, jedes Wochenende spielt Makkabi, spielen jüdische Spielerinnen und Spieler in anderen Vereinen in Berlin Fußball, und da passiert genau gar nichts. Und warum? Weil wir in den letzten Jahren Präventionsarbeit geleistet haben. Wenn es diese Präventionsarbeit in den letzten Jahren nicht gegeben hätte, dann hätten wir jetzt viel größere Probleme. Und wir werden die Präventionsarbeit erst dann vermissen, wenn sie nicht mehr da ist. Das möchte ich noch mal bestärken. Deswegen auch für die nächsten Jahre: Wenn wir wirklich Ressourcen schwächen, dann fliegt uns dieser soziale Sprengstoff um die Ohren.

Herr Funck hat gesagt, dass Gewinnen und Verlieren polarisierend sind. Da bin ich 100 Prozent dabei. Aber das mache ich seit Jahren. Der Fußball, der Mannschaftssport und

auch der Individualsport sind Wettkämpfe, die trotzdem alle Beteiligten darunter vereinigen, dass sie nach gemeinsamen Regeln spielen und auch gemeinsam Regeln definieren. Ganz oft funktioniert Jugendfußball am besten, wenn es keine Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter gibt. Ich plädiere nicht dafür, aber wenn sie gemeinsam Regeln definieren, dann halten sie sich auch an die Regeln. Das heißt: Natürlich, es ist polarisierend, ich habe das selbst gesagt, das ist ambivalent, aber es ist auch: zwei gegnerische Mannschaften spielen nach den gleichen Regeln, die sie gemeinsam definieren.

Wir haben als Präsidium – das war eine meiner ersten Amtshandlungen – ein Positionspapier als Präsidiumsbeschluss zum Umgang mit extremistischen Akteurinnen und Akteuren gefasst. – Ich werde nicht kürzer sprechen, das tut mir leid. – Wir haben es bewusst extremistische Akteurinnen und Akteure genannt. Natürlich haben wir vor allen Dingen Vorfälle in der Vergangenheit gehabt, wo unser Präsident auf einer Sommerfeier den Vertreter der AfD begrüßt hat und das bei vielen Vereinen für Irritationen gesorgt hat. Dann haben wir irgendwann entschieden, wir machen jetzt einen Präsidiumsbeschluss zum Umgang mit extremistischen Akteurinnen und Akteuren, nicht nur für uns selbst, sondern für die Vereine. Was ist, wenn ihr nach einem Spiel grillen wollt, und da kommen Leute vorbei? Wie geht ihr damit um? Eine Handlungsempfehlung. Ich glaube, das ist etwas, das jenseits von diesem abstrakten und unkonkreten Sprechen darüber steht. Das ist das, das auf den Plätzen passiert, das jedes Wochenende eine Sorge ist, auch im Vereinstraining eine Sorge ist. Der dritte Weg – vielen Dank, dass das erwähnt wurde! – als rechtsextreme Organisation hat versucht, einen Fußballverein in Berlin zu unterwandern. Auch das war ein Grund dafür, dass wir so einen Beschluss gefasst haben.

Zum Ehrenamt: Wir haben das große Problem, dass wir das Ehrenamt nicht professionalisiert bekommen. Wir haben einen ehemaligen Mitarbeiter, der jetzt beim LSB arbeitet, Karlos El-Khatib. Der hat das Projekt Fußball Grenzenlos in den Berliner Fußballverband reingeholt. Da werden Geflüchtete zu Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern ausgebildet. Allerdings: Diejenigen, die bei uns für die Schiedsrichterqualifizierung die Referenten sind, alles Ehrenamtler, hauen dann in der Qualifizierung einen rassistischen Spruch nach dem anderen heraus. Und jetzt haben wir die Situation, dass wir nicht wie Frau Buss sagen können: Wir verpflichten alle zu einer Fortbildung, zu einer Antidiskriminierungsfortbildung, weil das Ehrenamtler sind. Wie soll ich denn Ehrenamtler dazu verpflichten? Wir haben diese ganzen Angebote, wir bieten sie jedes Jahr an, aber sie selektieren sich heraus, weil sie sagen, sie brauchen das nicht. Das heißt, eine weitere Herausforderung im Sinne der Professionalisierung des Ehrenamts ist, dass wir die ganze Frage der Qualifizierung auch auf neue Füße stellen müssen, aber auch das ist wieder ressourcenstark.

Das Meldewesen funktioniert schlecht. Wir sind davon abhängig, dass es Zivilgesellschaft gibt, dass es zum Beispiel bei Queerfeindlichkeit oder bei Lesben- und Schwulenfeindlichkeit den LSVD gibt und der genug Ressourcen hat, um die Spielerinnen und Spieler, die betroffen sind, zu betreuen. Wenn sie die nicht betreuen können, dann passiert eigentlich das Schlimmste für uns alle gemeinsam, nämlich, dass sie den Fall melden und der Fall nicht bearbeitet wird. Das ist noch viel schlimmer, als wenn Sie den Fall gar nicht melden, denn wenn Sie den melden, dann fängt die Erwartungshaltung an, dass der Fall bearbeitet wird, und wenn der nicht bearbeitet wird, dann ist die Frustration viel höher. Die führt natürlich vor allen Dingen zu Frust mit uns, aber viel mehr zu Frust mit Ihnen als Politikmisstrauen.

Was wir jetzt beim Verband gemacht haben, ist, dass wir auch das Präsidium transformieren. Wir hatten ein Präsidium, das aus dieser alten Idee des Ehrenamts heraus operativ sehr stark eingebunden war. Die neue Idee des Ehrenamts ist, dass das punktuell funktioniert und das Präsidium eher wie ein Aufsichtsrat funktioniert. Das ist eine Maßnahme. Das ist aber wirklich nur die Maßnahme auf der Eliteebene. In den Vereinen haben wir arge Probleme.

Eine Sache noch zu Herrn Mansour: Ich weiß, dass es Vereine gibt, die ihre Teams ethnisch, nach Fluchterfahrung oder nicht segregieren, aber auch das ist die absolute Minderheit. Das ist ein marginales Phänomen. Deswegen ist es ganz wichtig, da datenbasiert heranzugehen, sich wirklich die Statistiken heranzuziehen und zu schauen: Wo ist das eigentlich? Wir sind auf einem Nenner, dass das nicht so sein soll. Da gibt es auch viele Beispiele, wo dann gesagt wird: Aber die spielen so komisch. – Und deswegen wollen sie nicht mit denen spielen. Das kann man alles aufarbeiten. Das passiert auch, aber es ist sehr marginal.

Zu Makkabi: Makkabi ist eigentlich nicht der Verein, sondern Zusammen1. Das wissen Sie sicherlich. Zusammen1 leitet das Antirassismusprojekt, vom Kanzleramt und vom DFB gefördert, in der Modellregion NOFV – Nordostdeutscher Fußballverband. Das ist ein wichtiger Schritt. Es war natürlich auch wieder hier die Schwierigkeit, dass eine Organisation, die in den Phänomenbereich Antisemitismus eine absolute Expertise hat, jetzt das Antirassismusprojekt macht. Auch da hat das am Anfang zu Komplikationen und zu Schwierigkeiten geführt. Jetzt passiert sehr viel, aber auch da ist es ressourcenschwach. Wir haben einen Riesenvorfall in der Hinrunde in der NOFV-Oberliga in Berlin gehabt, Sparta Lichtenberg gegen Tasmania, anti-Schwarzer Rassismus übelster Art, und Zusammen1 hatte keine Kapazitäten, sich bei dieser Person oder bei den betroffenen Personen zu melden. Das ist eine Ressourcenfrage. Dann habe ich das alles in meinem Ehrenamt gemacht, dass ich versucht habe, da alles zu moderieren. Das sollte nicht der Prozess sein.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Özvatani, danke schön! Wirklich gern auch noch andere Gedanken und andere Beantwortungen schriftlich einreichen. Dann bleiben Sie auch hier im System im Bestand. – Herr Härtel als Nächster!

Thomas Härtel (Landessportbund Berlin e. V.): Es war tatsächlich nach den Debatten etwas schwierig, mit Ihnen in ein Gespräch zu kommen, sodass man sich auch tatsächlich austauschen kann. Das bedauere ich etwas, denn viele Fragen, die gestellt worden sind, können vielleicht nicht in der Emotionalität und in der Konkretheit beantwortet werden. Aber ich will eine allgemeine Bemerkung machen. Frau Jarasch ist jetzt nicht dabei, ich sagte ihr das aber gerade beim Rausgehen. Sie hat selbstverständlich recht, dass kein Raum der Gesellschaft in irgendeiner Weise diskriminierungsfrei ist. Wir haben überall Diskriminierung, und, Herr Dr. Funck, natürlich auch im Sport. Jeder will gewinnen. Gewinnen muss man lernen. Man muss auch lernen zu verlieren, und man muss auch lernen, miteinander umzugehen. Deswegen hat der Sport auch viele Konfliktpotenziale. Da wir wissen, dass der Sport viele Konfliktpotenziale hat, obwohl – da stimme ich meinem Vorredner zu – im Großen und Ganzen unsere Spiele, nicht nur beim Fußball, sondern bei allen anderen Veranstaltungen, zu 99 Prozent konfliktfrei ablaufen, müssen wir uns mit den Dingen auseinandersetzen, die wir tatsächlich immer wieder erfahren, und dort konkret Hilfestellung mit anbieten. Das ist genau der entscheidende Punkt. Dafür braucht man, Frau Bozkurt, Sie haben es gesagt, auch Leitbilder.

Warum mache ich denn ein Leitbild? – Ich will in der Fortbildung, in der Ausbildung nicht nur unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern den vielen Tausenden ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern deutlich machen, wo wir stehen, wo wir zuhören, wo wir aufpassen, wo wir reagieren müssen und dafür auch die Voraussetzungen in den Vereinen schaffen. Das geht bis hin zu Satzungsänderungen, die notwendig sind, damit da auch klare Botschaften ankommen und klar und deutlich gesagt wird: Wohin kann sich jemand, der sich diskriminiert, angegriffen oder was auch immer fühlt, hinwenden? Wie schafft man Vertrauen? Da war ja auch die Frage zur Diskriminierung, ich kann es jetzt nicht ganz konkret machen, aber wir haben eine umfangreiche Beschlussfassung zur Antidiskriminierung im Berliner Sport bis hin zu den Fragen: Wo bilden wir fort? Wie müssen wir Satzungen anpassen? Wo sind welche Ansprechpartner? Jeder kann im Internet nachgucken. Da steht das drin. Das sind fünf, sechs Seiten, die immer unterlegt sind.

Ich bin nach Projekten gefragt worden. Ich kann jetzt die Projekte noch mal wiederholen und auch detailliert erläutern. Das war ja nur ein Schlagwort. Wir bräuchten diese Projekte vielleicht gar nicht, wenn wir solche Vorfälle, Probleme, die hier angesprochen sind, nicht hätten. Aber wir brauchen sie. Und wir brauchen sie vor allen Dingen, das hat Herr Özvatan ja eben auch gesagt, um präventiv zu arbeiten. Wenn wir das Programm Sportbund haben, haben wir da natürlich Auseinandersetzungen, auch mit Opferkonkurrenzen. Das ist völlig klar. Damit müssen wir uns auseinandersetzen, und zwar offen und transparent. Wir müssen auch letztendlich immer wieder klar machen, dass wir auch bestimmte Gruppen gezielt ansprechen, ihnen auch einen geschützten Raum geben, damit sie damit auch im Sport selber offen umgehen und beim Sport bleiben können, denn der Sport, davon bin ich überzeugt, hat nun mal eine Kraft, die Menschen zusammenzubringen. Er baut Brücken und, es ist schon gesagt worden, die vielen Menschen, die tagtäglich Sport machen. Wenn wir heute die Zahl auch noch haben, dass 45, 47 Prozent der Kinder zwischen sieben und 14 in einem Sportverein Sport treiben, dann ist das eine klare Ansage, wo wir arbeiten müssen, um die Menschen dahin zu bringen, dass sie die Gemeinschaft letztendlich erfahren und daraus auch die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Es ist vorhin gefragt worden, wie viele Übungsleiter wir haben. Wir haben 12 000 Übungsleiterinnen und Übungsleiter, die jährlich über 1,6 Millionen Stunden Arbeit leisten, vor Ort in den Vereinen. Die sind jeden Tag mit den Fragen konfrontiert, die Sie hier angesprochen haben. Dafür müssen wir sie fit machen, damit sie damit umgehen können und damit wir möglichst auch künftig solche Konflikte, wie sie hier angesprochen worden sind, vermeiden können. Wir brauchen die Vielfalt im Sport, um diese Brücken auch in den verschiedenen Communitys letztendlich zu fördern. Auch unsere Sportlehrerinnen und -lehrer und unsere Übungsleiterinnen und Übungsleiter mit Fluchterfahrung lernen nicht einfach nur, wie man Sport organisiert, nein, die lernen, wie man in den jeweiligen Communitys mit diesen Konflikten, die Sie alle angesprochen haben, über sexuelle Angriffe, über Diskriminierung, über Rechtsextremismus – – All diese Dinge spielen natürlich eine zentrale Rolle. Auch der Konflikt Israel und Palästina spielt in diesen Ausbildungen eine zentrale Rolle. Damit sie diesen Kommunikationsprozess letztendlich bewältigen, dafür brauchen wir Ihre Unterstützung. Ich biete wirklich nur an. Viele Projekte habe ich genannt. Mädchen – nur mal als Stichwort –, junge Frauen, die es auch nicht immer einfach haben, zu fördern, das Ehrenamt zu fördern.

Natürlich haben wir Probleme, Ehrenamt zu gewinnen. Das vielleicht als letzte Bemerkung an die Politik: Die bürokratischen Hemmnisse hindern uns letztendlich oft daran, bestimmte

Veranstaltungen, bestimmte sportliche Aktivitäten zu organisieren und bestimmte Abrechnungen, Zuwendungsanträge und so weiter zu stellen. Wenn sich mal eine Erleichterung für das Ehrenamt sichtbar entwickeln würde, dann würden wir sehr viel glücklicher und sehr viel kompetenter die entsprechende Arbeit noch mitmachen können. Das ist für das Ehrenamt eine große Herausforderung.

Die letzte Bemerkung: Das junge Ehrenamt ist ein ganz zentrales Thema. Ich gehe zu einer Veranstaltung von den Sportkindern Berlin, die in den Schulen unterschiedliche Aktivitäten machen, um junge Menschen an die Vereine heranzuführen. Die bilden bereits junge Menschen, Kinder in der fünften und sechsten Klasse zu Jugendcoaches aus. Und unsere Erfahrung sind, obwohl wir noch keine klaren Daten haben, aber das ist etwas, das uns positiv als Feedback gegeben wird: Die Kinder engagieren sich, beginnen sich zu engagieren. Das ist genau die zentrale Frage, wie wir letztendlich auch Ehrenamt mitfördern. Guckt bitte genau dahin, wo in der Breite was gemacht wird! Nicht immer nur ein Einzelproblem in den Mittelpunkt stellen, sondern auch mal schauen, wo etwas funktioniert, und dort, wo etwas funktioniert: Was kann man daraus lernen, warum es so gut funktioniert, auch für die entsprechenden Konfliktsituationen, in denen wir auch uns immer wieder befinden werden? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Herr Härtel, vielen Dank! – Als Nächster Herr Büttner und ihm folgt Frau Buss.

Nicolay Büttner (BNS): Vielen Dank! – Ich versuche mich an die fünf Minuten zu halten. Ich möchte zu Beginn noch einmal betonen, dass wir mit allen demokratischen Fraktionen im Abgeordnetenhaus gut zusammenarbeiten. Dafür herzlichen Dank! Und ich möchte mich auch noch mal bei der SenASGIVA bedanken, mit der wir ebenfalls sehr gut zusammenarbeiten. Ich glaube, das ist wichtig, auch im Sinne einer Konsensfindung hier heute. I

Ich möchte auch Ihnen, Frau Senge, für die Frage ganz besonders danken: Was verbirgt sich eigentlich hinter dem BNS? –, weil das für den Kontext sicherlich wichtig ist. Wir sind ein Zusammenschluss, ein Netzwerk aus sieben Organisationen: der AWO Berlin-Mitte, dem BBZ für junge geflüchtete Menschen, dem BZSL als Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben, das sich um geflüchtete Menschen mit Behinderungen kümmert, der KuB als Frauenfachberatungsstelle. Dann haben wir zwei psychosoziale Zentren mit dem Zentrum ÜBERLEBEN und XENION sowie die Schwulen Beratung.

In den Fachstellen wurden im letzten Jahr 2 062 Klientinnen und Klienten beraten in insgesamt 8 000 Gesprächen. Gemessen an den Ankunftsahlen in Berlin, sind das circa 10 Prozent der Menschen, die wir erreicht haben. Wie wirken sich die aktuellen rechtlichen Veränderungen eigentlich auf unsere Klientinnen und Klienten aus? – Ich möchte dazu zwei konkrete Beispiele nennen, und zwar aus den psychosozialen Zentren, die auch mit Jugendlichen und Kindern arbeiten, und dem BBZ, das hauptsächlich mit Kindern und Jugendlichen arbeitet. Eines der gerade ganz massiv aufkommenden, der gravierenden Themen ist die Frage nach dem Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten. Wir müssen in diesem Kontext auch noch mal klar machen, dass es sich um Kinder handelt. Wir sprechen über Kinder, wir sprechen über Menschen, die 14, 15, 16 sind, die Träume, die Vorstellungen von ihrem Leben haben und ihre Familien nicht nachholen dürfen. Das ist ein ganz klarer Verstoß gegen die Kinderrechtskonvention. Das ist ein Verstoß gegen den uns auferlegten Konsens im Grundgesetz, dem Recht auf Familie. Wenn dann die Frage aufkommt, wieso der Zugang zu Wohnun-

gen oder der Zugang zu Ärzten als strukturelle Diskriminierung betrachtet oder bezeichnet worden ist, dann möchte ich darauf eigentlich nur entgegnen: Es geht ja gerade nicht um die Frage des tatsächlichen Zugangs. Die Wohnungskrise in Berlin ist unbestritten. Es ist unbestritten, dass wir alle Probleme haben, zu Ärztinnen und Ärzten zu kommen. Aber es ist eben eine strukturell rechtliche Hürde, die geflüchteten Menschen hier gegenüber gebracht wird.

Ich möchte auch noch die Bezahlkarte anführen und damit auch die Frage verknüpfen: Wie ist das mit Schutzräumen beispielsweise für queere Geflüchtete? Queere Geflüchtete in diesen Schutzräumen können nicht mit einer Bezahlkarte bezahlen. Diese Schutzräume funktionieren nur, weil sie nicht öffentlich sind, weil Menschen da mit Bargeld bezahlen. Und das wird schwieriger, wenn es eine Bargeldbegrenzung gibt. Das heißt, auch hier ist die Frage: Führen wir eine Bezahlkarte mit Beschränkung des Bargeldbetrags ein? –, eine Frage nach: Wie gehen wir mit Menschenrechten, wie gehen wir mit Zugang zu Schutzräumen um?

Es kamen die Fragen auf: Wie gehen die psychosozialen Zentren mit den psychosozialen Belastungen um? Wie gelingt es den Zentren, damit umzugehen? – Ich möchte da das Zentrum ÜBERLEBEN in den Fokus der Betrachtung stellen und einmal ganz kurz skizzieren, wie im ZÜ gearbeitet wird. Das ist vor allen Dingen ein interdisziplinärer Ansatz. Das heißt, in den Therapiegesprächen sitzen Psychologinnen, Psychologen, Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter und Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittler zusammen, um ganzheitlich auf die Bedarfe der geflüchteten Menschen mit ihren psychosozialen Belastungen eingehen zu können. Was kann der Senat machen, um diese Strukturen zu stützen, sie vielleicht auch zu schützen? – Wir sind vor allen Dingen der Frage ganz massiv ausgesetzt: Wie können wir bei Jahresverträgen qualifiziertes Personal – Psychologinnen, Psychologen, Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter perspektivisch halten, wenn keine Sicherheit auch im beruflichen Kontext gewährt werden kann? Insofern plädieren wir in diesem Zusammenhang dafür, tatsächlich die Finanzierung zu verstetigen und auszubauen. Ich möchte auch noch eine Zahl nennen: 3,7 Prozent. Das sind die psychosozialen Bedarfe bei Geflüchteten, die aktuell über die PSZ, also die psychosozialen Zentren, bundesweit abgedeckt werden können. Das heißt, wir brauchen, wenn wir uns über die Frage des Zugangs zu medizinischer Versorgung als Menschenrecht unterhalten, eine Verstetigung dieser Mittel und einen Ausbau der Strukturen.

Es wurde die Frage gestellt, was die Grenze der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ist und ob ich darauf eine Antwort habe. Ich mache es ganz kurz: Natürlich ist die Grenze da, wo sich Organisationen von der Grundlage, von unserem verfassungsgemäßen Konsens entfernen. Und das sollte für jede Form der politischen Betätigung gelten. – Damit belasse ich es jetzt erst mal. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Büttner, danke schön! Punktlandung fünf Minuten, und den Rest können Sie auch wirklich gern, auch die Erkenntnisse, schriftlich einreichen. Wir werden alles in der Debatte auch weiterhin verwenden und aufgreifen. – Vielen Dank dafür! – Jetzt Frau Buss, und ihr folgt Frau Barnickel.

Susanne Buss (Volkssolidarität Berlin e. V.): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich muss einmal eingangs sagen, und zwar an alle Beteiligten hier, die in diesem Raum an dieser Seite des Raumes sitzen: Herzlichen Glückwunsch! Exakt das, was Sie hier im Großen haben, erlebe ich tagtäglich bei mir im Büro, mit meinen Mitarbeitenden, mit meinen Kolleginnen, Kollegen und mit den Ehrenamtlichen. Insofern gratuliere ich Ihnen. Sie bilden

exakt die Diskussion, die Sie hier in diesem Raum haben, die bei uns in den Verbänden, in den Einrichtungen ab. Und ich wünsche dem Vorsitzenden ein glückliches Händchen, das alles zu moderieren. Ich werde dann am Ende mit meinem Wunsch an die Kommission, mit meiner Erwartungshaltung abschließen.

Herr Haustein hat die Frage gestellt: Wie wirkt sich das, was wir im Hauptamt machen, auf das Ehrenamt aus? – Das hat auch Frau Senge gefragt, und Herr Dr. Funck hat das auch gefragt, meine ich. Wir haben uns bewusst entschieden, im Hauptamt und in der Verwaltung anzufangen, weil die Verwaltung der Multiplikator in alle Einrichtungen ist. Dann sind wiederum diese die Multiplikatoren in das Ehrenamt. Das ist der Grund, warum wir es Top-down gemacht haben. So wirken wir auch auf das Ehrenamt. Wir haben – die Frage geht auch ein bisschen in die Richtung von Frau Oehlmann – sehr viele Nachbarschaftseinrichtungen, Stadtteilarbeit et cetera. Wir haben täglich mit mehreren 1 000 Berlinerinnen und Berlinern zu tun. Das heißt, die Wirkung dessen, was wir bei uns im Vorstand entscheiden und in der Verwaltung umgesetzt wird, ist aus meiner Sicht eine sehr große. Wir gehen diesen Weg bewusst, weil, nur wenn unsere Kolleginnen und Kollegen im Hauptamt entsprechende Werteorientierung haben und unseren Werten auch folgen und in den Diskurs gehen, können sie das auch ins Ehrenamt transportieren. Das führt natürlich dazu, dass Menschen, mit denen wir überhaupt nicht mehr in den Diskurs kommen können – das hatten die Kollegen auch schon gesagt –, aus dem Ehrenamt verschwinden. Das ist eine Folge. Dafür kommen aber neue hinzu, nämlich diese, die sich verstanden fühlen, die der Meinung sind und auch denken, dass sie bei uns auch mal was sagen und mit uns diskutieren können.

Das war im Übrigen die erste Erfahrung, die ich ganz frisch als Vorständin damals, als Vorstandsvorsitzende gemacht habe. Das Thema Vielfalt ist mir das allerwichtigste Thema, neben den Laden zusammenhalten und nach vorne zu führen. Wir haben alle Vielfaltsdimension bei uns bei der Volkssolidarität, im Hauptamt wie im Ehrenamt. Und ich bin ganz zu Anfang durch alle Mitgliederorganisationen bis in die kleinste Gruppe gegangen und habe diese Gespräche selbst geführt und moderiert. Dabei bin ich an meine Grenzen geraten, sowohl was das Thema Eloquenz als auch Moderationsfähigkeit und Zeitmanagement anbelangt ist. Deswegen haben wir uns bewusst entschieden, dass wir die Themen Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus outsourcen. Wir haben uns professionelle Hilfe dazu geholt, da wir das gar nicht selbst machen können. In dem Fall haben wir unsere eigenen Grenzen erkannt und uns diese auch zunutze gemacht.

Die Frage, ob und wie wir divers besetzt sind, kann ich mit ja und sehr beantworten. Wir haben einen Frauenanteil von über 70 Prozent. Der Altersschnitt ist bei uns Mitte 40, im Ehrenamt deutlich jünger, eher weiblich, in der Mitgliedschaft auch vorwiegend weiblich. Wir sind im Übrigen traditionell auch eher, das ist bei fast allen sozialen Einrichtungen so, ein Frauenclub, will ich fast sagen. Die Mitgliedschaft ist etwas älter, die Zahl spare ich mir jetzt, die werde ich auch nicht für das Protokoll nachreichen.

Die Führungspositionen sind überwiegend weiblich besetzt, und wir haben, das sagte ich auch schon, Frau Oehlmann, alle Vielfaltsdimensionen, von queer, Menschen mit Behinderung und natürlich Alter und Herkunft. Der Migrationsanteil bei der Volkssolidarität beträgt über 20 Prozent, im Übrigen auch aus dem Bereich Geflüchtetenhilfe für Geflüchtetenhilfe. Deswegen nehme ich mir sehr wohl heraus, auf die Frage zu antworten: Diskriminieren sich jeweils diskriminierte Menschen untereinander? – Da muss ich ganz ehrlich sagen: Ja, natürlich. Davor die Augen zu verschließen, wäre fatal.

Ich sehe das Zeichen: Komme bitte zum Schluss! – Die größten Herausforderungen in unserer täglichen Arbeit sind, unsere eigene Motivation, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen, dass wir uns jeden Morgen sagen: Es ist wichtig, wir bleiben dabei. Dazu zählt zuallererst natürlich das Thema Finanzen. Alle meine Kollegen würden mich erschlagen, wenn ich das heute hier nicht anspreche – drei Ausrufezeichen –, und natürlich auch das Thema Wertschätzung. Dazu zählt ja auch diese Kommission.

Ich komme zum Schluss. Meine Erwartungshaltung an diese Kommission, die hochkarätig besetzt ist, jeder einzelne von Ihnen hat eine massive Wirkung in die Stadtgesellschaft: Finden Sie Ihre gemeinsame Mitte, und machen Sie bitte keine politischen Reden zu Statements, sondern finden Sie die Kompromisse, damit wir diese dann auch umsetzen können! – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Buss! – Als Nächste Frau Barnickel und dann zum Abschluss Frau Adam.

Emily Barnickel (Flüchtlingsrat Berlin e. V.): Herzlichen Dank! – Eingangs möchte ich noch mal sagen: Ich schließe mich ein bisschen Frau Buss an, dass diese Kommission vielleicht gut beraten wäre, sich zu überlegen, wofür Sie Sachverständige oder Expertinnen und Experten hier einlädt. Ich bin nicht als studierte Kulturwissenschaftlerin oder Forscherin eingeladen worden, sondern als Beraterin. Ich habe es eingangs auch gesagt, ich bin Sozialarbeiterin, ich arbeite seit zwölf Jahren in der Beratung, ausschließlich von Menschen, die von Fluchtmigration betroffen sind. Das erklärt, warum ich bestimmte Zielgruppen häufiger treffe als andere, weil bestimmte Zielgruppen migrieren und keine Fluchtberatung brauchen und bestimmte Leute eben flüchten. Das noch mal so ein bisschen als Kontext, weil ich schon das Gefühl hatte, dass hier sehr schnell Wortbeiträge von Menschen, die sich eindeutig als unterqualifiziert gegenüber Professor Doktor und so weiter labeln, am Anfang zerfetzt werden. Ich bin eine starke Persönlichkeit, ich nehme das, manchmal reizt es mich auch. Es gibt aber Menschen, die hier sitzen würden, die, wie mein Kollege, der hier eigentlich sitzen sollte, selbst von Rassismus betroffen sind, silencen werden. Das geht nicht im Rahmen einer Kommission, die für Zusammenhalt und Vielfalt steht. Das funktioniert einfach mal gar nicht. Das muss ich ehrlich sagen.

Davon möchte ich weiter sprechen. Ich komme aus einem ostdeutschen Elternhaus. Mein Vater durfte keinen Schulabschluss machen, wie er es sich gewünscht hat, weil er Hertha-BSC-Aufnäher auf seiner Jacke getragen hat und das einfach politisch nicht gewünscht war. Aufgrund der Einordnung seiner Eltern zum Staat durfte er das nicht machen. Ich erzähle das deswegen, weil mein Vater von den politischen Einordnungen seiner Eltern bezüglich der DDR geprägt war und das in die Schule getragen hat. Es gab keine Schule, die das aufgefangan hat. Es gab keine Schule, die das mit ihm reflektiert hat, sondern es gab einen Ausschluss

aus der Schule. Was sagt uns das? – Meinem Vater war Bildung enorm wichtig. Nach der Wende war er sehr traurig, dass ich eine sehr faule Schülerin war, und das einzige, was mich am Zur-Schule-gehen gehalten hat, war, dass meine Schule eine Schule ohne Rassismus war, zum Glück bin ich im Osten groß geworden, da gab es dann einige in der Zeit, und es so viel Programm für mich ringsherum gab, das mich immer wieder motiviert hat, in die Schule zu gehen und mit dem Alltag, mit dem ich sonst so konfrontiert war, umzugehen. Ich hatte Mitschülerinnen und Mitschüler, die haben sich mit 15 „Hass“ mit SS-Runen auf die Hände tätowieren lassen, die sind nicht aus dem Unterricht ausgeschlossen worden. Mir ist regelmäßig der Hitlergruß gezeigt worden, ich bin selber verprügelt worden, all das hat nie zum Ausschluss meiner Mitschülerinnen und Mitschülern aus der Schulgemeinschaft geführt, zu keinem einzigen Zeitpunkt, sogar nicht, als ich selbst verletzt in den Unterricht gekommen bin. Das hat nicht mal thematisch stattgefunden. Warum erzähle ich das? – Auch heute schlagen Lehrverbände Alarm und sagen: Es ist massiv, was an den Schulen passiert, im Sinne von: Immer mehr spielt sich die totalitäre Gesellschaft in den Schulen ab, Rechtsextremismus jeder Couleur, Rassismus jeder Couleur. Wir sind beispielsweise in enger Kooperation mit der Meldestelle für antikurdischen Rassismus. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die seitens staatlicher Akteure super gut ausfinanziert sind, von daher wundert es mich, dass Sie jetzt immer auf innermigrantischen Rassismus so viel Wert legen. Ich kann mich nicht erinnern, dass die so viel Unterstützung erfahren. Als Flüchtlingsrat haben wir es immerhin geschafft, sich einmal mit uns zusammenzusetzen und gemeinsam die Perspektive auf Syrien zu erläutern. So.

Und jetzt zu dem Vorwurf, und ich habe das Gefühl, gerade vonseiten der CDU gab es relativ viele Unterstellungen oder Vorwürfe, ich kann Ihnen sagen: Ich werde Sie beim Wort nehmen. Sie haben gesagt: Die echten Geflüchteten sind die, die aus Gaza kommen und die gerade gegen die Hamas demonstrieren. Wissen Sie, dass kein einziger Asylantrag aus Gaza gerade entschieden wird, und zwar seit zwei Jahren? Die echten Geflüchteten sitzen also in Massenunterkünften, teilweise zusammen mit ihren politischen Gegnerinnen und Gegnern, weil wir ja alle keine Wohnung in Berlin finden, und deren Asylanträge werden nicht entschieden. Das ist ein Privileg, verglichen zu dem, wie es davor für Menschen aus den palästinensischen Gebieten gelaufen ist. Ich habe Personen aus Gaza beraten, die vor der Hamas geflohen sind, mit denen ich auf Hebräisch sprechen konnte, weil sie damals noch die Arbeitserlaubnis für Israel hatten, weil unser Englisch nicht mehr gereicht hat. Die sind abgelehnt worden, die mussten es irgendwie schaffen, hier zu bleiben und durch Arbeit und Integration überhaupt einen Aufenthalt zu bekommen. Und in den Asylanträgen stand regelmäßig drin, dass die Verfolgung durch die Hamas nicht glaubwürdig ist.

Wenn Sie von der CDU-Fraktion, die ja jetzt auch unsere Bundesregierung mit stellt, mir also sagen, Sie möchten, dass ich das politische Engagement der Palästinenserinnen und Palästinenser würdige unter massiver Bedrängnis, dann nehme ich das als Ihr Wort, dass der Entscheidungsstopp des BAMF aufhören wird und tatsächlich die Menschen entsprechend ihrer Fluchtgeschichten gewürdigt werden. Das ist eine Relevanz.

Die zweite Frage: Bin ich eine Beratungsstelle für alle? – Ja, ich berate auch israelische Kriegsdienstverweigererinnen und Kriegsdienstverweigerer, die in Berlin Duldung erhalten, weil die israelische Botschaft ihre Pässe nicht mehr verlängert, weil sie sagen, sie kriegen den Pass erst, wenn sie den Kriegsdienst abgeleistet haben, und das LEA Berlin sagt, auch wenn Israel im aktiven Krieg ist, darf Israel das von den Menschen verlangen, und sie geben ihnen

überhaupt keine Ersatzpapiere und auch keine Aufenthaltserlaubnis mehr. Auch die am Anfang von mir angesprochene Person, die von Abschiebung bedroht war, Holocaustüberlebende aus Israel, haben wir dahingehend beraten, dass es in Deutschland Gesetze gibt, die den Angehörigen der Opfergruppen Aufenthaltsperspektiven ermöglichen, die das Landesamt für Einwanderung nicht hatte. Ich möchte hier also eine Sache ganz klarstellen: Wir sind eine Beratungs-, Anlauf- und Lobbystelle für alle Menschen, aber unterschiedliche Menschen haben unterschiedliche Verbände. Es gibt Yekmal, es gibt den TBB und es gibt den Flüchtlingsrat.

Wie weit geht unsere politische Arbeit? – Und damit komme ich zum Ende. – Unsere Satzung ist seit – ich verwechsle immer 1981 oder 1984 – relativ gleichgeblieben. Sie zielt auf die völlige soziale und rechtliche Gleichstellung geflüchteter Menschen gegenüber der autochthonen Bevölkerung hier. Das ist die Grenze meines Engagements – das ist satzungsgemäß, das Finanzamt findet auch, dass das satzungsgemäß ist –, so weit werden wir arbeiten, und so weit muss ich leider auch meine Meinung hier vertreten dürfen, und daran würde ich an Sie alle noch mal appellieren. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD) Frau Barnickel, vielen Dank! Sie sind genau hier, um Ihre Meinung zu vertreten, deswegen sind Sie auch eingeladen, stellvertretend für die Arbeit und stellvertretend für die Gruppen, die Sie auch beraten und unterstützen. – Zum Abschluss: Frau Adam!

Jana Adam (Berliner Register): Vielen Dank! – Wir bewegen uns ja als Monitoringstelle viel eher im dokumentarischen oder sachlichen Raum. Es ist auch für mich neu, mich in diesem politischen Raum zu bewegen. Ich versuche einfach, die Fragen umfassend und transparent zu beantworten.

Zunächst die Vorbemerkung, dass Rechtsextremismus das größte Problem für unsere Gesellschaft darstellt. Das sagen ja nicht nur wir als Berliner Register, sondern, ich glaube, da sind wir uns auch in diesem Raum sehr einig, und das zeigen ja auch die kürzlich veröffentlichten Zahlen der politisch motivierten Kriminalität, die dort Anstiege bis zu 46 Prozent verzeichnen. 46 Prozent ist eine Riesenmenge, und wir sehen das ganz konkret hier im Alltag in Berlin und in Lichtenberg, gerade in Lichtenberg. Sie sind aus Lichtenberg, ich bin aus Lichtenberg, und es ist doch genau wichtig, dahin zu schauen. Unsere Aufgabe besteht doch darin, das einfach aufzuzeigen.

Es wurde nach der Definition gefragt. Sie finden diese sehr gern in unserem Glossar auf unserer Webseite. Wie schon bereits erwähnt: Wir arbeiten transparent, betroffenenorientiert, standardisiert. Um das noch mal zu klären, was wir unter dem Begriff der extremen Rechten verstehen: Es meint eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, es beinhaltet die Annahme, selbst einer überlegenen Gruppe anzugehören und andere Menschen, andere Gruppen abzuwerten, die als nicht zugehörig gelten. Sie beruht auf rassistischen, nationalistischen, ethnopluralistischen und völkischen Vorstellungen und hat ein autoritäres, antidemokratisches, antiliberales und antipluralistisches Gesellschaftsverständnis. Kurz: sie wollen die Demokratie abschaffen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dagegen muss etwas gemacht werden.

Die von uns dokumentierten Vorfälle finden sich in bestimmten Kategorien. Wenn von Aufklebern gesprochen wird, die Parteien zuzuordnen sind, dann kann ich Ihnen sagen, welche

Partei da bei uns landet, das ist Der dritte Weg, eine rechtsextreme Partei, die in Lichtenberg auch vor Schulhöfen Aktionen gestartet, vor der Schule gewartet, Jugendliche angeworben hat, aktiv zu sein. Wir sind uns da ganz einig, auch wenn bürgerschaftlicher Protest gegen eine Gemeinschaftsunterkunft möglich sein sollte, sollten wir doch gerade in Lichtenberg angesichts der Weitlingstraßengeschichte, angesichts der Baseballschlägerjahre, angesichts der wirklich krassen Gewalt gegen migrantische und obdachlose Menschen dort auch genau hinschauen.

Um auf die Fragen zum Bereich Antisemitismus einzugehen: Wir bewegen uns tatsächlich mehr in den Stadträumen als im digitalen Raum, aber haben durch diese enge und gute Zusammenarbeit mit RIAS dort eben auch Einblicke, was im digitalen Raum passiert, was in den sozialen Netzwerken passiert, und wir sehen es als absolut handlungsnotwendig, darauf zu reagieren. Das konnten wir ganz deutlich an den Zahlen sehen. Wir sind dort in einem engen Austausch, wir bekommen die Zahlen. Dass es dort kleinere Abweichungen gibt, liegt nicht an einer unterschiedlichen Definition, sondern letztendlich an unterschiedlichen Zahlen-schlüssen und auch Datenschutzbedenken.

Was mir noch wichtig wäre zu sagen: Stolpersteine. Das ist dazu ein gutes Beispiel. Wir fassen es als antisemitische Tat auf, wenn so ein Stolperstein beschmiert worden ist. Da ist es zweitranging, wer das gemacht hat und wer dafür in Verantwortung gezogen wird, weil es ja gezeigt werden muss, was in den Phänomenen selbst passiert.

Der türkische Rechtsextremismus findet sich auch in unserer Chronik, insbesondere mit den Wolfsgrüßen, und das ist auch ein Phänomenbereich, den wir hier mit monitoren.

Die größte Herausforderung besteht darin, dass wir das in unserer täglichen Arbeit merken, wie sich inzwischen der Diskurs vergiftet hat und wie gegen alle vorgegangen wird, die sich für eine demokratische Gesellschaft einsetzen, und zwar alltäglich, und zwar vor den Einrichtungen und in den Medien. Das ist doch eigentlich das, wo wir hingucken müssen, dass wir nicht diejenigen, die im Moment noch den Mut finden, für die Betroffenen zu sprechen, die an der Seite stehen, die ein Ohr schenken und die das sichtbar machen, jetzt zur Zielscheibe werden, weil, darüber sind wir uns ja auch alle einig, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt braucht es uns alle.

Ich sehe, ich habe noch ein paar Sekunden. Ich gehe davon aus, dass ich die restlichen Fragen schriftlich beantworten werde.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): An der Stelle erst mal ein großes Dankeschön an alle Anzuhörenden von der gesamten Enquete-Kommission! – Ich weiß, was wir Ihnen zumuten, dass dann wirklich gefühlt Tausend Fragen kommen, aber man merkt auch, dass wir wirklich in einem Prozess sind, der gesellschaftspolitisch auch notwendig ist, dass wir ihn gemeinsam führen, dazu haben auch gerade die Expertinnen und Experten, die Anzuhörenden gerade Entscheidendes gesagt.

Meine Bitte ist, dass alles, was schriftlich kommt, die Beantwortung der gestellten Fragen beinhaltet und gern auch noch mal die Präsentationen, die nicht mitgekommen sind, aber heute hier erwähnt wurden.

Folgenden Vorschlag zum Verfahren: Wir machen 13.30 Uhr weiter. Wir haben gleich noch mal einen sehr intensiven Block B. Ich würde die Sprecherinnen und Sprecher bitten, zu mir zu kommen, weil ich gleich einen Verfahrensvorschlag unterbreiten werde. In der Zeit können wir vielleicht schon mal für die anderen Anzuhörenden umbauen. – Vielen Dank, dass Sie da waren!

[Unterbrechung der Sitzung von 13.14 Uhr bis 13.32 Uhr]

Meine Damen und Herren! Wir machen weiter. Wir hatten gerade in der Sitzungsunterbrechung eine Sprecherinnen- und Sprecherrunde mit folgendem Ergebnis: Wir haben verabredet, dass wir von 13.30 Uhr bis 14.20 Uhr die Eingangsstatements machen, das heißt tatsächlich pro Statement die sieben Minuten, auf die ich dann auch achten muss. Wir haben dann von 14.20 Uhr bis 15.00 Uhr die Fragemöglichkeiten oder Statementmöglichkeiten der Fraktionen. Wir haben verabredet, dass wir das wie im Plenum machen, dass wir pro Fraktion ein bestimmtes Zeitkontingent geben, wir haben uns auf zehn Minuten verständigt, die Sie unter sich aufteilen, wo ich auch streng darauf achten werden, dass das nicht überzogen wird. Wir fangen mit der größten Fraktion an, gehen dann über zu den Grünen, genau wie im Plenum, dann kommt die SPD, also nicht nur die Fraktion, sondern immer auch die Expertinnen und Experten, und dann am Ende die Expertinnen und Experten, die von den Linken benannt worden sind, plus die Links-Fraktion. Dann haben wir noch die Möglichkeit der Beantwortungsrunde. Da werden wir pro Antwort fünf Minuten geben, mit der großen Bitte, falls möglich, dass Fragen, die nicht beantwortet sind, auch schriftlich von Ihnen nachgereicht werden, denn je mehr Input wir bei Fragen haben, die gestellt worden sind, umso mehr können wir am Ende auch mit diesem Material und diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen arbeiten. Darauf haben wir uns verständigt, und ich nehme wahr, dass das jetzt auch der Konsens der gesamten Enquete-Kommission ist. So ist das verabredet. – Vielen Dank!

Dann würde ich sagen, steigen wir einfach in die Beratung ein und fangen an mit Frau Diana Crăciun, Leitung Migrationsfachdienste beim Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V. Sie haben zuerst das Wort, und dann machen wir in der umgekehrten Reihenfolge weiter, okay? – Super, vielen Dank!

Diana Crăciun (Arbeiterwohlfahrt – AWO – Landesverband Berlin e. V.; Leitung Migrationsfachdienste): Vielen Dank! – Ich habe auch eine kleine Präsentation mitgebracht. Und damit ich die Zeit einhalte, habe ich mir das aufgeschrieben.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission! Mein Name ist Diana Crăciun, ich bin Leiterin der Migrationsfachdienste im AWO Landesverband Berlin und spreche heute über unseren strukturellen Beitrag und unsere Wirkung, vor allem für mehr Teilhabe und Partizipation von Menschen, die von Diskriminierung und insbesondere von Rassismus betroffen sind. Ich danke Ihnen für die Einladung zu dieser wichtigen Anhörung!

Berlin und Deutschland würden, so wie es sie heute gibt, ohne Einwanderung nicht existieren. Fast jeder Dritte hat in Berlin eine Migrationsgeschichte, doch Teilhabe ist für viele kein selbstverständliches Recht, sondern ein täglicher Kampf gegen strukturelle Barrieren, Diskriminierung und institutionelle Ausgrenzung. Die AWO in Berlin hat darin jahrzehntelange Erfahrungen. Schon seit Beginn der 1970er-Jahre ist sie wirkungsvoll und systemkritisch. Unsere Migrationsarbeit und die Beratungsstellen der AWO, wo unterschiedliche landes- und bundesfinanzierte Programme vertreten sind beziehungsweise im Berliner Kontext wirken, begleiten Menschen mit Migrationsgeschichte auf ihrem persönlichen Weg mit niedrigschwelliger, mehrsprachiger, lebensweltorientierter Beratung. Wir nutzen oft das Bild der gesellschaftlichen Seismografen für unsere Beraterinnen und Berater, die soziale Entwicklungen wahrnehmen und regelmäßig beschreiben, melden, berichten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier ist eine Übersicht unserer Beratungsstellen mit den jeweils vertretenen Programmen, die ich mitgebracht habe. In den Migrationsfachdiensten sind wir in sechs Berliner Bezirken präsent, und nehmen in erster Linie die Realitäten der Ratsuchenden, zusammen mit den daraus resultierenden Bedarfen, an unseren Standorten an und auch sehr ernst. Wir arbeiten eng mit Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten, wie beispielsweise mit dem Migrationsrat oder N.I.N.A. e. V. als AWO-Mitgliedsorganisation, Integrationslotsinnen und -lotsen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen. Unsere Arbeit ist nicht neutral. Sie ist auf der Seite derjenigen, die in dieser Stadt systematisch benachteiligt werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Und hier ist eine andere Übersicht unserer Themen, eine ganz grobe Übersicht in Form eines Posters. Diese haben wir mit allen Referentinnen und Referenten der fünf großen LIGA-Verbände im LIGA-Fachausschuss Migration erstellt. Er soll für den Aushang bei kooperierenden Institutionen genutzt werden, einschließlich Jobcenter, Arbeitsamt und so weiter.

Zu meinem ersten Punkt, der strukturellen Diskriminierung im Alltag in Berliner Institutionen: Unsere Beraterinnen und Berater erleben täglich, wie Migrantinnen und Migranten und von Rassismen betroffene Menschen durch die Behördenpraxis diskriminiert werden. Obwohl das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz, das LADG, seit 2020 gilt, berichten Ratsuchende kontinuierlich von unverständlichen Bescheiden in schwerer Verwaltungssprache, fehlenden Dolmetscherleistungen bei kurzfristigen Terminen oder mangelnde Bemühung darum, nicht ausreichend eingeführte und konzipierte barrierefreie digitale Angebote und auch verwehrte Leistungen aufgrund von rassistischen Vorannahmen.

Diese strukturelle Diskriminierung hat Geschichte, sie hat System und nicht zuletzt reale Konsequenzen, wie zum Beispiel Fristversäumnisse, Verlust von Leistungen und Zugängen, wie beispielsweise zu Sprachkursen, zu ansprechenden Jobs oder zu Studiengängen, existenzielle Unsicherheit, beispielsweise gehört nicht selten dazu der Wohnungsverlust oder die Bedrohung davon, und kumulierte Verschuldungen und alles in allem als Folge einer strukturell konstruierten Prekarisierung.

Auf der individuellen Ebene macht der Satz: Das habe ich nicht so gemeint – Schaden nicht rückgängig. Dies sorgt nicht für eine Entschädigung. Genauso sorgt auf der strukturellen Ebene ein unscharfes Bewusstsein dafür, dass Schäden angerichtet werden, auch wenn sie nicht so gemeint waren. Wir schauen absichtsvoll hin. Wir gestalten und pflegen bewusst Strukturen in enger Abstimmung miteinander, überall, wo möglich.

Wir leben unsere möglichst flachen Hierarchien und nutzen partizipative Reflexionen sowie Netzwerksitzungen. Hier steht die Sichtbarmachung von Anliegen und reale Teilhabe von migrantisierten, rassifizierten Menschen im Fokus. Doch unsere institutionelle und Gestaltungsmacht ist begrenzt. Der systematischen Verdrängung aus dem sozialen Sicherungssystem können wir also nur zusammen mit diesen netzwerkbasierten und partizipativ gelebten Strukturen entgegenwirken.

Zu meinem zweiten Punkt der Ermöglichung von Teilhabe und Stärkung der Selbstbestimmung. Die Migrationssozialarbeit der AWO ist mehr als nur ein paar Beratungsstellen. Sie sind Orte der Ermächtigung. Wir beraten, begleiten Menschen, zum Teil auch langfristig, stärken ihr Ressourcen und fördern die Selbstorganisation. Unser Ziel ist nicht Integration im Sinne von Anpassung, sondern gleichberechtigte Partizipation. Wir arbeiten mit einem intersektionalen Ansatz, der Mehrfachdiskriminierungen, etwa bei Menschen mit Behinderung, queeren Migrantinnen und Migranten oder älteren Menschen sichtbar macht und adressiert. Das braucht eine enge Zusammenarbeit mit unseren kooperativen Mitgliedern, wie dem benannten N.I.N.A. e. V. oder südost Europa Kultur e. V. oder mit den Kreisverbänden, wie im Begegnungszentrum Kreuzberg zusammen mit Spree-Wuhle. Dort sind beispielsweise die starke Gemeinwesenarbeit und die Projekte wie CoNTeS zur Stärkung der Partizipation migrantischer Organisationen angesiedelt. CoNTeS steht für Community Netzwerk für Teilhabe und Selbstbestimmung.

In den eigenen Fachstellen, mit oder ohne ehrenamtliche Personen, durch die Beratung und schnelle Anbindung in den bezirklichen Strukturen oder durch die Netzwerkarbeit sowie institutionelle Kooperationen basiert unsere unabdingbare Arbeit auf die Bedarfsermittlung, auf die ständige individuelle Lösungsentwicklung zusammen mit den Ratsuchenden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier habe ich versucht, unsere Infrastruktur abzubilden beziehungsweise auch in der nebenstehenden Auflistung zusammenzutragen. Diese bindet Perspektiven migrantisierter, rassifizierter Menschen nicht nur ein, sie erkennt sie als gestaltende Kraft an.

Zu meinem dritten und letzten Punkt: Für die institutionelle Verankerung von Antidiskriminierung, wofür ich heute auch an dieser Stelle sprechen möchte und was der Landesverband auch kontinuierlich fordert, sind verbindliche mehrsprachige Kommunikation sowie Diversitykompetenz und ein rassismuskritischer Ansatz in allen Behörden als kontinuierlichen Prozess aufzustellen und umzusetzen, beispielsweise beim Landesamt für Einwanderung, auch Zentralamt, flächendeckender Einsatz von Dolmetscherdiensten, auch kurzfristig, das ist ein wichtiger Punkt, barrierefreie digitale Angebote in leichter Sprache, Anerkennung und Stärkung durch dauerhafte und auskömmliche Finanzierung von den Programmen, die ich am Anfang gezeigt habe, MSD, MBE, JMD und so weiter, sollten Regelangebote sein, welche so zur DNA von Bund und Ländern gehören genauso wie Migration zu Deutschlands DNA gehört, systematisierte strukturelle Beteiligung, migrantische Perspektiven, auch dass die Stimmen und Organisationen an der Gestaltung von Teilhabe und Antidiskriminierungspolitik gehört werden.

AWO steht für eine solidarische, demokratische und vielfältige Gesellschaft. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Menschen mit Migrationsgeschichte nicht nur zu beraten, sondern gemeinsam mit ihnen Strukturen zu verändern. Deshalb leben wir mit unserer Migrationssozialarbeit vor: Antidiskriminierung darf kein kurzzeitiges Projekt sein, sondern eine dauerhafte Querschnittsaufgabe aller Institutionen.

Wir laden Sie ein, diesen Weg mit uns zu gehen, für ein Berlin, das positioniert, zukunftsfähig und sich seiner Komplexität bewusst ist. – Vielen Dank, und ich wünsche allen weiterhin eine aufschlussreiche Anhörung!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Crăciun, für Ihr Eingangsinput! – Nach der Reihenfolge ist als Nächster Herr Prof. Dr. Patrick Sensburg dran.

Dr. Patrick Sensburg (Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.; Präsident): Ganz herzlichen Dank und herzlichen Dank für die Einladung! – Lassen Sie mich vorab sagen: Ich darf Sie beglückwünschen zu dieser Enquete-Kommission. Ich darf das vielleicht sagen, weil ich bis in der vorletzten Legislaturperiode Bundestagsabgeordneter war, Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses und des Ältestenrats. Ich kann nur jedes Parlament beglückwünschen, was sich solch eine Arbeit macht, und bei aller politischen Vielfalt, die natürlich auch hier im Abgeordnetenhaus herrscht, habe ich den Eindruck von einer exzellenten Enquete-Kommission, und man sollte in keiner Weise das Licht unter den Scheffel stellen und herausstellen, welche große Arbeit sie hier begehen, und das wird auch draußen so wahrgenommen, und ich fühle mich sehr geehrt, hier eingeladen zu sein. Ich wünsche, jedes Landesparlament würde sich diese Arbeit machen und sich dieser gesellschaftlichen Aufgabe stellen. Das vielleicht vorab, weil ich den Eindruck hatte, manch einer sieht es sehr kritisch. Ich bin sehr beeindruckt, welche Arbeit Sie sich machen.

Zur Sache: Ich möchte an das anknüpfen, was Abgeordnete Bettina Jarasch gesagt hat: Kein Raum ist diskriminierungsfrei oder vorurteilsfrei. – Das ist selbstverständlich auch nicht die Bundeswehr oder die Reserve, für die ich hier sprechen möchte. Ganz im Gegenteil: Wir müssen immer wieder genau in alle Räume hingucken, das ist eine Aufgabe der Demokratie und ihrer Institutionen. Alle Institutionen bieten aber auch die Chance, positive Dinge wahrzunehmen und diese herauszustellen und vielleicht sogar im Sinne eines Best Practices dann zu nutzen und in andere Bereiche zu übertragen. Wichtig ist dementsprechend, dass erst mal alle Bereiche, alle Räume einbezogen werden, wie beispielsweise Bundeswehr, Reserve und Blaulichtorganisationen. Sie sind Teil, wie viele andere Vereine und Vereinigungen, des gesellschaftlichen Engagements, der Zivilgesellschaft, und deswegen ist es auch wichtig, dass ihre Stärken betrachtet und herausgestellt werden, und dass man da immer kritisch hinguckt, wo auch Probleme herrschen, also das Einbeziehen ist der erste wesentliche Punkt.

Die Reserve wird oft als Teil der Bundeswehr wahrgenommen, also Bundeswehr ist nicht zwingend im ersten Schritt Teil der Zivilgesellschaft, sondern es ist eine staatliche Institution. Reserve ist aber weitaus mehr als Bundeswehr, es ist Engagement außerhalb von Reservistendienstleistungen, außerhalb vom aktiven Dienst, es ist sehr viel ehrenamtliches Engagement, und ich bin auch heute ehrenamtlich bei Ihnen, nicht mit einem Auftrag der Bundeswehr, sondern im Rahmen des Ehrenamts, was ich eben auch ausübe, und von daher ist es wichtig, Reserve als ehrenamtlichen Teil dieses Engagements auch wahrzunehmen. Egal, wie wir zur Bundeswehr und zur Reserve stehen, ich glaube, die Zeitenwende hat uns gezeigt, dass sich unsere Gesellschaft verändern wird, dass Themen wie Sicherheit, wie Resilienz, all diese Themen eine Rolle spielen werden, und da wird auch die Reserve, die Reserve natürlich, die zur Bundeswehr zu verorten ist, aber natürlich auch mit ihren Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Bundesländern eine erheblich größere Rolle spielen, und es wird sich in den nächsten Jahren entwickeln. Deswegen muss genau hingeschaut werden, welche integrierenden Faktoren und Wirkungen Bundeswehr und auch Reserve möglicherweise hat, welche Chancen gibt es da.

Wie Sie es eben in der Runde am Beispiel des Fußballs diskutiert haben, gibt es sicherlich Licht und Schatten, es gibt auch negative Momente, und deswegen ist das Hinschauen umso

wichtiger. Ich kann dazu gern in der Fragerunde etwas ausführen, aber ich würde natürlich gern etwas mehr zum Licht sagen, welche Möglichkeiten es gibt, natürlich im Rahmen der Reserve, gesellschaftliches Engagement zu stärken und für Bundeswehr, für Reserve ist Kameradschaft ja ein sehr starker Begriff, und da spielt Herkunft, Glaube, ob man aus bildungsnahen oder -fernen Schichten kommt und vieles mehr keine Rolle, sondern das kameradschaftliche Engagement, und ich möchte Ihnen einfach mal § 12 Soldatengesetz zitieren:

„Der Zusammenhalt der Bundeswehr beruht wesentlich auf Kameradschaft. Sie verpflichtet alle Soldaten, die Würde, die Ehre und die Rechte des Kameraden zu achten und ihm in Not und Gefahr beizustehen. Das schließt gegenseitige Anerkennung, Rücksicht und Achtung fremder Anschauungen ein.“

Ich brauche jetzt nicht erläutern, warum Kameradschaft Kameradschaft ist, das ist etwas anderes als Freundschaft oder Kollegialität, weil es auf den anderen, selbst wenn er so anders ist, ankommt, wenn man in einer besonders angespannten Situation nebeneinander steht und sich auf den anderen verlassen muss, deshalb ist Kameradschaft etwas Besonderes. Und qua Kameradschaft sind viele Dinge ausgeschlossen, die in einer Gesellschaft stattfinden. Da können wir allein diesen Grundgedanken, dieses wesentliche Prinzip immer wieder erinnern und darauf abstellen.

Reserve ist Teil der Zivilgesellschaft, ich hatte es eben gesagt, und deswegen möchte ich gern vielleicht einige Wünsche äußern, um damit auch mit Ihnen in die Diskussion zu kommen. Einmal: Nehmen Sie Reserve überhaupt erst mal wahr. Das wird teilweise nicht getan, weil sie schnell zur Bundeswehr geordnet wird, und Sie sehen ja auch, ich sehe wie Bundeswehr aus, und das ist auch so, und gleich findet ja auch ein Gelöbnis vor diesem Hohen Haus statt. Man kann Reservisten nicht so ohne Weiteres erkennen im Verhältnis zu dem Bundestagsabgeordneten. Es sind aber Leute, die sich eben sehr viel über ihren Zivilberuf, über ihre Familie und ihre Freundeskreise hinaus für den Staat engagieren, für den Erhalt dieses Staates. Deswegen ist es so wichtig, dass man Reserve überhaupt erst mal wahrnimmt, insbesondere dann, wenn es grundsätzlich um ziviles ehrenamtliches Engagement geht.

Dann: Hinschauen! Was macht Reserve? – Die Reserve in Berlin ist traditionell natürlich etwas kleiner aufgrund der Historie, aber sie wächst. Dieses auch als Aufgabe des Parlaments wahrzunehmen und zu sagen: Was passiert da eigentlich in unseren Blaulichtorganisationen und der Reserve, den wachsamen Blick. Wir freuen uns, dass der Reservistenverband auf Bundesebene sehr stark an den Bundestag, an das Parlament angebunden ist, denn es geht, glaube ich, noch in der Zeit, Ihnen zu sagen, dass der Reservistenverband mal auf Bundesebene von jungen Offizieren gegründet worden ist, nachdem die Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eingeführt worden ist, um Erfahrungen aus der Weimarer Republik zu vermeiden, dass damals nur Männer, die an Waffen ausgebildet waren, Freikorps bildeten, Soldatenbünde bilden konnten und Politiker umgebracht haben, insbesondere Sozialdemokraten. Von daher haben diese jungen Offiziere gesagt: So etwas soll es nicht wieder geben. Soldaten, die aus der Bundeswehr ausscheiden, sollen einen Verein, einen Verband vorfinden, der auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung steht und der die nahe Anbindung an das Parlament hat. – Natürlich: Bundeswehr, Reserve, ist eine Bundesangelegenheit, aber viel mehr passiert inzwischen auch in den Ländern, und deswegen freuen wir uns über die nahe Anbindung, über das genaue Hingucken und dann aber auch über die Unterstützung.

Ich schließe mich zum Schluss auch hier den Worten von Frau Jarasch an: Subsidiarität ist ein Kerngedanke unserer Staatlichkeit, kommt nicht nur aus der katholischen Soziallehre, sondern muss in vielen Bereichen im europäischen Mehrebenensystem mehr gelebt werden. Das heißt aber auch, das was ehrenamtlich geht, muss der Staat nicht machen. Da bitte mein Wunsch, dem Ehrenamt sehr viel zuzutrauen, zu schauen, wo muss der Staat überhaupt reingehen, wo kann man das Ehrenamt nicht auch mal einfach machen lassen und hingucken und genießen, wie gut wir das machen. Von daher: Einmal hingucken, was geht möglicherweise im Bereich der psychosozialen Kameradenhilfe, der Betreuung, auch der Unterstützung von Familien, die mit Kriegserfahrung zu uns kommen, was geht möglicherweise ehrenamtlich viel besser, und da – letzter Satz – bei der Förderung bitte nicht ins Mikromanagement verfallen. Bitte nicht fragen, ob zehn Kugelförderung zu viele sind und ob es nicht fünf sein können. Ich glaube als Zuwendungsgeber, sei es die institutionelle Förderung, Projektförderung, wie auch immer, man darf den Bürgerinnen und Bürgern des Engagements vertrauen. – Ganz herzlichen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Sensburg, für Ihren Input, vielen Dank dafür! – Der Nächste wäre Herr Martin Vogel.

Martin Vogel (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz – EKBO –; Pfarrer und Beauftragter in Berlin und Brandenburg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder der Kommission! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Möglichkeit, an der Anhörung teilzunehmen! – Unsere Landeskirche begrüßt die im Einsetzungsbeschluss hinterlegten Zielstellungen Ihrer Kommission, und wir wünschen Ihnen eine ausgesprochen hohe Umsetzungsquote am Ende Ihrer Arbeit!

Die Evangelische Kirche blickt auf einen langen Weg zurück, auf dem sie sich ein deutliches Ja zur demokratischen Verfasstheit in Deutschland erarbeiten musste. Dazu gehört die Überwindung einer obrigkeitsstaatlichen Fixierung im Protestantismus und das Bekenntnis der eigenen Schuld nach 1945. In Westdeutschland haben wir mit der Denkschrift von 1985 einen wesentlichen Punkt erreicht. Ich zitiere aus dem Titel, dort wird der Staat des Grundgesetzes, Zitat – „als Angebot und Aufgabe“ – Zitatende – ohne Wenn und Aber bejaht. Im ehemals geteilten Berlin muss natürlich erwähnt werden, dass sich die Christen in Ostberlin erst im Rahmen der Friedlichen Revolution die heute geltenden Grund- und Freiheitsrechte erarbeiten mussten. Ich erwähne das einmal, da es tatsächlich durch diese Geschichte einen sehr breiten und deutlichen Konsens und eine Bejahung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie in unserer Organisation gibt. Dazu trägt besonders die Überzeugung bei, dass das deutsche Religionsverfassungsrecht im internationalen Vergleich ein überaus bewährtes Regelwerk darstellt. Dieses ermöglicht das Zusammenleben unterschiedlich religiös oder weltanschaulich geprägter Menschen. Es bietet ausreichende Rechtssicherheit und Beteiligungsrechte. Und diese hervorragende Grundlage bietet auch ausreichend Spielräume für eine heterogener werdende Gesellschaft, die gleichzeitig mit mehr Individualität, größerer Multireligiösität und mit weiterer Säkularisierung zu tun bekommt. Wenn ich eine Handlungsempfehlung aussprechen dürfte, dann diese: Das deutsche Religionsverfassungsrecht ist eine große Stärke in Deutschland und auch in Berlin, und diese Stärke könnte allerdings eine Imagekampagne vertragen, weil viele die Leucht- und Prägekraft dieser Rechtssetzung gar nicht vor Augen haben. Hier lassen sich also Schätze heben. Ein guter Rechtsrahmen ist hilfreich, damit Zusammenhalt in Vielfalt gelingt, und ich nenne Ihnen drei Beispiele, die sich auf die Evangelische Kirche beziehen.

Am 7. Oktober 2024 hat unsere Kirche nach Rücksprache mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zu einer Gedenkandacht in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche eingeladen. Es schloss sich ein stiller Gedenkweg durch die City-West zur Jüdischen Gemeinde in der Fasanenstraße mit einer eindrücklichen Abschlussveranstaltung dort an. Wir wollten verhindern, dass die jüdischen Gemeinden allein an das furchtbare Pogrom der Hamas ein Jahr zuvor erinnern müssen. Unsere Initiative wurde dadurch zu einer Initiative der Berliner Stadtgesellschaft. Der Bundespräsident hielt eine Ansprache. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, zahlreiche Repräsentanten Berlins nahmen ebenso teil wie tatsächlich auch Mitgliedsorganisationen in unserem Berliner Bündnis für Weltoffenheit und Toleranz vom DGB, über den Landessportbund bis zum Verein der Gartenfreunde. Wir waren dankbar dafür, dass sich die Jüdinnen und Juden Berlins an diesen Tag nicht alleingelassen fühlen mussten.

Zum Zusammenleben mit Muslimen stellt unsere Kirche seit Jahren eine Person und das entsprechende Geld bereit, die als Beauftragte für den interreligiösen Dialog unsere Kirchengemeinden in den Kiezen berät, wie sie sich vertrauensvoll und in gutem Kontakt mit den Moscheegemeinden oder muslimischen Initiativen vernetzen können. Dazu ist ein Leitfaden mit dem Titel „Zusammenleben mit Muslimen“ herausgegeben worden. Ich erwähne einmal die Muslimische Telefonseelsorge oder die Einrichtung muslimischer Grabfelder auf evangelischen Friedhöfen oder das Haus of One, die Konkretionen darstellen, die diese Initiative unserer Kirche belegen.

Ebenso wichtig, und davon sind wir überzeugt, ist es, dass es immer wieder Gespräche gibt, die das Verbindende suchen und gleichzeitig das Trennende auch nicht nivellieren.

Mein dritter Punkt auf dem Weg zu einer rassismuskritischen Kirche: Unsere Kirche hat in gewisser Weise ein Kirchenparlament, unsere Landessynode, und dieses Parlament hat sich im November 2023 intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir mit kolonialen Strukturen und mit Rassismus umgehen können. Daraus ist eine Konzeption erwachsen, an der gearbeitet wird. Da stehen wir sicherlich an einem längeren Weg. Besonders hilfreich ist für uns, dass unsere Partnerkirchen in Südafrika, Taiwan, Tansania, Polen, Tschechien, Kuba oder in Israel-Palästina diesen Weg mit uns gemeinsam gehen.

Was hat Berlin davon, dass es evangelische Gemeinden in dieser Stadt gibt? – Mit dieser Frage möchte ich schließen und Ihnen drei Konkretionen nennen. Ein Religionslehrer koordiniert in einer Grundschule ein Projekt, bei dem Schülerinnen und Schüler der fünften Klasse drei Feste kennenlernen und ihre Gestaltung erleben. Sie feiern gemeinsam das jüdische Pessachfest, das muslimische Zuckerfest und beschäftigen sich mit dem christlichen Weihnachtsfest. Sie lernen so spielerisch und altersgerecht die eigene Tradition kennen und mit Wertschätzung darauf zu reagieren, dass andere religiöse Bekenntnisse neben dem eigenen existieren. Guter Religionsunterricht ist Friedensunterricht, er fördert Empathie und Herzensbildung. Die Marienkirche unter dem Fernsehturm auf dem Alexanderplatz, zweites Beispiel, lädt zur Hochkultur ein, wenn Sie dort Bachkantaten vom Chor hören. Sie lädt ebenso zur Suppenküche ein, damit die Kultur des Helfens mitten in Berlin einen Ort hat. Und der dritte Punkt: Eine Kirchengemeinde in Steglitz hat sich entschieden, einen Besuchskreis zu pflegen: Alle Menschen über sechzig werden zum Geburtstag besucht, sofern sie es wünschen, denn wer einsam ist, soll in dieser Stadt an seinem Geburtstag nicht allein am Geburtstagstisch sitzen.

Ich schließe mit einer Bitte an die Berliner Politik: Wir wünschen uns weniger Sonderprojekte mit kurzer Laufzeit. Wir plädieren eher dafür, ordnungspolitische Klarheit auf der langen Linie anzustreben. Für uns wäre diese Verlässlichkeit und Berechenbarkeit hinsichtlich betroffener Kooperationen oder bei Vereinbarungen zwischen der Berliner Politik und uns die wirksamste Form der Unterstützung. Wir können unsere Arbeit so besser und effektiv ausgestalten und Berlin würde davon vielfach profitieren.

Mein letzter Punkt: Ich würde mich freuen, wenn das Erzbistum Berlin ebenfalls in der Kommission angehört werden könnte. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Vogel! – Als Nächster ist Herr Serdar Yazar an der Reihe.

Serdar Yazar (BQN – Zentrum für Diversitätskompetenz; Geschäftsführung): Vielen herzlichen Dank für die Einladung! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission! Sehr geehrte Anzuhörende! Ich werde den Versuch wagen, in sieben Minuten die Verwaltungsstrukturen des Landes Berlin in puncto Antidiskriminierung, Diversität, Teilhabe aus unserer Perspektive, der Perspektive des BQN-Zentrums für Diversitätskompetenz, anhand von vier Kernbotschaften mit einigen Beispielen auszuführen. Unsere Vision ist die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft, und unser Auftrag beziehungsweise auch unsere Handlungsfelder, mit denen wir uns momentan befassen, sind der große Bereich der Bildung, die Arbeitswelt und Zugang zu Dienstleistungen. Wir versuchen, sehr schnell, effizient und wirkungsvoll, diskriminierende Strukturen, die es überall gibt, die Prozesse und die Kulturen innerhalb der verschiedenen Verwaltungsorganisationen klar zu benennen, miteinander mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern zu erkennen und auch konkret an Lösungsalternativen zu arbeiten. Das tun wir über verschiedene Wege. Das können kürzere Beratungen sein, Fachberatungen, Workshops, längere Workshopreihen, Weiterbildungen, lange Prozessbegleitungen, die manchmal über anderthalb bis zwei Jahre dauern können und vielleicht auch sollten.

Jetzt komme ich gern zu meinen Botschaften. Viele dieser Aktivitäten, das ist auch noch mal wichtig für die Rahmung, sind auf Grundlage von zwei zentralen Gesetzgebungen, einmal das Landesantidiskriminierungsgesetz und einmal das Partizipationsgesetz, kurz PartMigG, also in diesem Rahmen bewegen wir uns und versuchen da auch eine starke Übersetzungsleistung zu erbringen.

Die erste Botschaft hört sich sehr simpel und plakativ an, sieht aber, wie ich versuchen werde darzustellen, in der Praxis sehr schwer aus: Strukturen – das lässt sich so schnell und leicht sagen – werden von Menschen gemacht, und für Antidiskriminierung und Diversität braucht es wirklich sehr viele Menschen.

Die zweite Botschaft wäre aus unserer Sicht, dass Diversitätskompetenz und die als Teilkompetenz der damit in Verbindung stehenden migrationsgesellschaftlichen Kompetenz unverzichtbare Schlüsselqualifikationen für die Verwaltung sind. Die dritte wäre aus unserer Sicht, dass wir uns im bundesweiten Vergleich sehr glücklich schätzen und uns ermutigt fühlen können, da weiterzuarbeiten. Theorien, Gesetze, Leitlinien, die es gibt, müssen allerdings sehr konkret übertragen werden und in die jeweiligen Verwaltungsstrukturen übersetzt werden. Abschließen möchte ich mit der Botschaft vier, nämlich, dass wir, um eine stabile, und damit meine ich eine wehrhafte, nachhaltige Kultur, eine gelebte Kultur von Antidiskriminierung und Diversität zu haben, eine geteilte Verantwortung zwischen der Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft brauchen. Dazu werde ich mit einigen Anregungen schließen.

Zur Botschaft eins: Strukturen werden von Menschen gemacht, und es braucht viele Menschen. Es braucht für Prozesse, die Diskriminierung und verschiedene Lebensrealitäten von Menschen betreffen, um die Zugänge zu erleichtern, einen enorm langen Atem und ein systemisches Vorgehen. Um vielleicht einen kleinen Einblick in unsere methodische Praxis zu gewähren: Wir arbeiten sehr gern mit den sogenannten vier P. Wir arbeiten daran mit den Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten. Da geht es um Auftragsklärung, um Bedarfsermittlung, aber auch darum, welche konkreten Maßnahmen die Institution ergreifen möchte. Das fängt mit der persönlichen Haltung an, wenn es um beispielsweise nett gemeinte, diskriminierende Sprüche geht, die mal so gekloppt werden. Was passiert eigentlich damit? Und was für eine Haltung haben die Menschen dazu? Was passiert, wenn es gehört wird? Das wäre zum Beispiel das zweite P, nämlich die Praktiken. Wie geht man damit um im Sinne einer achtsamen, diskriminierungskritischen Fehlerkultur, aber auch damit, Verantwortung zu übernehmen? Was sind eigentlich die Prozesse, die danach laufen könnten/sollten? Gibt es überhaupt dafür fest geregelte Mechanismen von Beschwerdestrukturen? Und zu guter Letzt: Wie wo sind sie aufgeschrieben? Gibt es eine Dienstvereinbarung, die in die Verwaltungsdienststelle übertragen worden ist? Wir haben im Land Berlin eine sehr wichtige Rahmenvereinbarung zum AGG und Beschwerdestellen auf Grundlage des LADG.

Diskriminierung und Antidiskriminierung sind Felder, bei denen es nicht reicht, punktuell mal hier und da eine Schulung anzubieten und durchzuführen. Was zum Beispiel das Handlungsfeld „Gewinnung von Menschen mit diversen Lebensrealitäten und Zugehörigkeiten“ betrifft, sehen wir eine sehr starke Tendenz, dass es zumeist um leichtere, softere Maßnahmen in Bezug auf die Anwerbung geht. Also: Eine kleine Ansprache und dann wird es schon, die Menschen werden uns dann die Tür einrennen –, so funktioniert das nicht. Es hat zum Beispiel eine Anfrage an den Senat ergeben, dass die meisten Maßnahmen, wenn es um die Umsetzung des PartMigG für die Personalgewinnung geht, bei der Anwerbung stoppen und die Einstellungsverfahren nicht unter die Lupe genommen werden, aber auch die Anforderungsprofile und diese Felder komplett nicht beachtet und nicht bearbeitet werden.

Ansprechpersonen für Diversität, die unterschiedlich heißen, sind immer wieder auf sich allein gestellt. Es gibt positive Tendenzen, jedoch sehen wir, dass sie unzureichende Ressourcen haben. Sie sind an den Personalbereich angedockt. Das ist erst mal gut, aber die Frage ist: Was passiert zum Beispiel mit Menschen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die für Dienstleistungen zuständig sind, die sich an die Bürgerinnen und Bürger richten? Da gibt es auf jeden Fall Nachholbedarf und Luft nach oben.

Zur zweiten Botschaft, den Schlüsselkompetenzen Diversitätskompetenzen und migrationsgesellschaftliche Kompetenz: Wir können, wie schon kurz erwähnt, auf verschiedene Leitlinien, zum Beispiel auf die Rundschreiben von der Senatsverwaltung für Finanzen, die dafür eine gute Grundlage bilden, sogar mit sehr vielen Beispielen verbunden, verweisen. Allerdings reicht es nicht aus, dass solche Kompetenzen gesondert in Anforderungsprofilen so verankert sind, dass sie messbar sind. Wir erleben da die Tendenz, dass die Verantwortlichen damit sehr herausgefordert sind, selbst zu erkennen: Was bedeutet eigentlich Diversitykompetenz? Wie kann ich das beobachten und messen? –, sodass wir in der Praxis häufig mitbekommen, dass auf einer Skala von 1 bis 5 vorsichtig die 3 angekreuzt wird, und gut ist, weil es eben auch schwierig ist, zu operationalisieren, es wirklich zu übersetzen: Was wäre denn eine 2? Was wäre eine 4, gar eine 5? Wie kann ich das bewerten?

Dafür braucht es ein differenziertes Fortbildungsangebot. Wir sehen da im Land Berlin positive Tendenzen, aber es reicht von vorn bis hinten nicht aus, also handlungsfeldübergreifend zu arbeiten, Inhouse-Schulungen anzubieten, auch gezielt für Führungskräfte und Menschen mit und ohne Bürgerinnen- und Bürgerkontakt. Und wenn diese Trainings stattfinden, wenn die Menschen in der Lage sind und es organisieren konnten, dass diese Trainings stattfinden, sind sie danach mit diesem Thema zumeist allein. Es gibt kaum Räume dafür, wie sie ihre Erfahrungen reflektieren, geschweige denn nachhaltig im Sinne des Wissenstransfers in die eigene Organisation einmünden lassen. – Ich bin über der Zeit, das ist es mir klar. Ich werde jetzt hoffentlich ein bisschen schneller voranschreiten, und hoffe, dass Sie mir das gewähren.

Die Übersetzungsleistungen, über die ich schon gesprochen habe, viele Grundbausteine, die wir in Berlin zum Glück schon haben, müssen dauerhaft und über vielfältige Angebote angeboten werden. Das ist eine reine Übungssache. Ohne eine ständige Auseinandersetzung mit solchen komplexen Prozessen, bleibt vieles auf einer individuellen Ebene stehen, und so können wir keine strukturellen Veränderungsprozesse nachhaltig etablieren. Ein gutes Beispiel ist dafür eines unserer Projekte, die Fachstelle DOKE, wo wir eine Weiterbildung für Menschen angeboten haben, die für unterschiedliche Dienstleistungen verantwortlich sind und die wiederum nicht nur in verschiedenen Modulen die Komponenten Wissen, Haltung, Können reflektieren können und viele Impulse bekommen. Sie haben sogar die Möglichkeit, eigene sogenannte Veränderungsprojekte zu initiieren und werden dabei begleitet. Das sind auf jeden Fall Wege, wie solche Angebote länger wirken können und in die Organisationsstrukturen einmünden.

Zu guter Letzt die Botschaft: Wie können wir eine wehrhafte, nachhaltig gelebte Kultur für Antidiskriminierung und Teilhabe schaffen? – Wichtig ist, wenn ich schon die Möglichkeit habe, hier vor so vielen parteiübergreifend politischen Akteurinnen und Akteuren zu sitzen: Der Wahlkampf steht vor der Tür. Wir wünschen uns eine klare Botschaft, vielleicht auch aus der Enquete-Kommission, im Sinne eines Code of Conducts, dass politische Debatten, die geführt werden müssen – es gibt verschiedene Herausforderungen, verschiedene politische Ansätze, wie diese Herausforderungen zu meistern sind –, bitte nicht, wie wir es leider in den Debatten im Bundestag hatten, auf dem Rücken der marginalisierten Personen ausgetragen werden. Das wäre ein wichtiges Zeichen. Um nachhaltige Strukturen aufbauen zu können, braucht es längerfristige Förderstrukturen, die es immer mehr zu verteidigen gilt, also nicht nur zu verteidigen, sondern, das hört sich sehr utopisch an, sie müssen massiv ausgebaut werden. Ich spreche nicht nur aus der Perspektive von zivilgesellschaftlichen Akteuren, sondern der Fachstellen der Verwaltungen und der Verwaltungen selbst, denn sie werden richtig heiß

gemacht, stecken Ressourcen rein, meistens on top, und wissen dann nicht, wie es weitergeht. In der Verstetigungsphase brauchen Verwaltungsmitarbeitende diese Möglichkeit. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Wortbeitrag und für Ihren Input! – Als Nächster von den Beiräten Herr Raković und danach Frau Hildebrandt.

Milan Raković (Beirat für Angelegenheiten von Romnja, Roma, Sintizze und Sinti bei SenASGIVA): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank, dass ich als Mitglied des Beirates für Roma und Sinti in Berlin sprechen kann! Mit der langjährigen Erfahrung und Expertise unseres Vereins Rroma-Informations-Centrum und in Abstimmung mit anderen Organisationen sowie Bezug nehmend auf verschiedene Dokumente, gebe ich hier die folgenden Empfehlungen, die Sie bitte nicht als abschließende Aufzählung, sondern als Input für unsere gemeinsame Arbeit betrachten:

Grundsätzlich ist der gleichberechtigte Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und die gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen und Prozessen des gesellschaftlichen Lebens sicherzustellen und ohne diskriminierende Benachteiligungen zu gewähren. Das ist jedoch nur mit einem dauerhaften Aufenthaltsrecht zu erreichen. Im Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus 2021 heißt es dazu: Dauerhafter Aufenthalt für geflüchtete Roma und Romnja: Alle Roma und Romnja, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, sollen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Die rechtliche Instrumentalisierung sogenannter sicherer Herkunftsstaaten ist sofort zu beenden und die Asylverfahren und kumulative Verfolgungsgründe anzuerkennen.

Abschaffung des Risikos der Staatenlosigkeit: Der Staat muss garantieren, dass niemand Staatenlosigkeit erleidet. Besonders für geflüchtete Roma und Romnja ist das ein zentrales Menschenrecht, dessen Umsetzung durch ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu sichern ist.

Schutz vor antiziganistischer Hetze und Gewalt: Der Staat muss garantieren, dass niemand Staatenlosigkeit erleidet. Besonders geflüchtete Roma und Romnja ist das ein zentrales Menschenrecht, dessen Umsetzung durch ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu sichern ist.

Schutz vor antiziganistischer Hetze und Gewalt: Sicherheits- und Polizeibehörden müssen rassistische und antiziganistische Straftaten konsequent verfolgen. Dafür ist ein Kritikcatalog zu entwickeln, der die Einordnung und Andeutung solcher Delikte erleichtert. Auch Bedrohungen gegen Selbstorganisationen sind systematisch zu erfassen und zu ahnden.

Im Wesentlichen gilt es außerdem über die gesetzlich beauftragte Bildung des Beirats für Sinti und Roma hinaus die unmittelbare und die direkte Teilhabe, Mitsprache der Angehörigen der Berliner Roma- und Sinti-Communitys und ihrer Selbstorganisationen weiter zu stärken. Durch die Beteiligung von Roma, Sinti und deren Selbstorganisationen in Entscheidungsprozessen sind alle relevanten politischen Bereiche wie Bildung, Wohnen, Soziales, Gesundheit und Kultur – – Die Berliner Verwaltung hat hier proaktiv auf die Selbstorganisationen von Sinti und Roma zuzugehen. Zu gewährleisten ist die Förderung von Selbstorganisationen durch langfristige Finanzierung und Unterstützung. Die Berliner Verwaltung ist aufgerufen,

den Aufbau eines selbstverwalteten Zentrums von Roma, Romnja, Sinti und Sintizze in der Stadt nachdrücklich und langfristig zu unterstützen. Die Enquete-Kommission hat bislang verabsäumt, die insbesondere von den Selbstorganisationen der Roma und Sinti geleistete Vorarbeit in partizipativer Weise personell von Anfang an einzubeziehen und deren Analyse, Berichte und Empfehlungen zur eigenen Arbeitsgrundlage zu machen. Wir teilen die Kritik von Amaro Foro.

Handlungen und Empfehlungen für den Bereich Bildung: In den Lehrplänen wird weder die Geschichte der Sinti und Roma noch deren Verfolgungs- und Diskriminierungsgeschichte in einem Satz dargestellt, geschweige denn behandelt. Deshalb bedarf es einer didaktischen Aufklärung der Genozidgeschichte und ihrer Kontinuität bis in die heutige Zeit in allen relevanten Fächern, insbesondere in Politik, Geschichte und Geografie. Die Stigmatisierung soll klar und eindeutig in systematischen Schulbüchern stehen, und das Lehrpersonal soll dazu definierte Informationen bereithalten, die Täter klar benennen und auch den Widerstand der Sinti und Roma behandeln.

Die Segregation in Förderklassen soll abgeschafft werden, stattdessen inklusive Pädagogik mit Fokus auf den Stärken. Es soll keine extra Klassen mehr für die Kinder geben, die neu in Deutschland sind oder Unterstützung brauchen. Alle Kinder sollen zusammen in einer Klasse lernen, egal woher sie kommen oder was sie können. Stärkere sind nicht zu schwächen.

Handlungsempfehlungen für den Bereich Gesundheitsversorgung: Zu gewährleisten ist ein unbeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung. Unabhängig von Aufenthaltsstatus soll jeder Mensch möglichst frühzeitig und unkompliziert reguläre Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können, zum Beispiel über die elektronische Gesundheitskarte oder anonyme Krankenscheine.

Handlungsempfehlungen für den Bereich Wohnungspolitik: Gewährleistung des Diskriminierungsschutzes bei der Wohnungssuche durch anonymisierte Verfahren, entsprechende Meldungs- und Verfolgungssysteme in Kooperation mit der LADS und anderen Akteuren – Ich sehe, ich habe ich noch eine Minute. Ich werde es ein bisschen kürzen und nachher die Handlungsempfehlungen verteilen.

Aktive Arbeitsförderungssysteme, individuelle Beratung, Begleitung und partizipative Kooperation zum Beispiel mit DOSTA/MIA weiterentwickeln, sowohl die individuelle Unterstützung als auch in der Arbeit mit Institutionen und Behörden, Zugang zu Qualifizierungen und Umschulungen, kostenlose Sprach- und Weiterbildung mit Kinderbetreuung, Anerkennung, informelles Handlungs- – Förderung von Selbstständigkeit, Förderung der Grundberatung und ... [unverständlich] und Einfache Sprache auf Romanes.

Die Stellungnahme und Empfehlungen an die Bundesregierung der Kommission der rund 50 Sinti- und Roma-Selbstorganisationen, die beteiligt waren, wurden bis heute kaum umgesetzt.

Die Stellungnahme von Amaro Foro als Randnotiz an die Berliner Enquete-Kommission: Die Studie offenbart, dass 56 Prozent der Befragten Probleme damit hätten, Sinti und Roma in ihrer Nachbarschaft zu haben. Zudem glauben nach wie vor über die Hälfte der Deutschen, dass Sinti und Roma zu Kriminalität neigen würden. Die Leipziger Studie von 2018, durchge-

führt vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, zeigt, dass nur knapp 25 Prozent der Befragten ein Bewusstsein über die Diskriminierung von Sinti und Roma haben, einschließlich der historischen Verfolgung und der Ausgrenzung, Studie „Antiziganismus messen“ von 2022. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Raković, für Ihre Ausführungen! – Die Zahlen der Studien können uns alle Anzuhörenden im Nachgang zu den Stellungnahmen schicken, auch, wenn Sie die Fragen nicht beantwortet haben, können Sie sie später noch schriftlich beantworten. Das gilt für alle Anzuhörenden. – Als Nächste Frau Hildebrandt und dann Frau Türkmén.

Saskia Hildebrandt (Beirat für Migration bei SenInnSport; Geschäftsstelle): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kommissionsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin heute als Geschäftsstelle des Beirates für Migration eingeladen. Das heißt, ich bin bei der Senatsinnenverwaltungen tätig und selbst kein Mitglied oder repräsentiere kein Mitglied des Beirats. Insofern darf ich Ihnen heute den Beirat und seine Arbeit vorstellen.

Der Beirat hat seine Arbeit im November 2022 aufgenommen mit dem Ziel, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu verstetigen und diesen wissenschaftlich zu begleiten. Der Beirat tagt einmal im Quartal und hat demzufolge bisher neunmal getagt. Er setzt sich aus elf Mitgliedern zusammen, die zum Teil aus der Zivilgesellschaft bestehen, aus der Verwaltung und der Forschung. Aus dem Bereich Zivilgesellschaft sind der Flüchtlingsrat, der Republikanische Anwaltsverein, die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Härtefallkommission, aber auch die IHK in Berlin vertreten. Aus der Verwaltung ist die Beauftragte des Senats von Berlin für Partizipation, Integration und Migration vertreten. Das Landesamt für Einwanderung nimmt teil, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit seiner Außenstelle in Berlin und die Bundesagentur für Arbeit mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg. Um auch den wissenschaftlichen Aspekt in die Arbeit des Beirats mit einbringen zu können, sind die Humboldt-Universität und das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung vertreten.

Diese Auswahl der Mitglieder soll sicherstellen, dass aus dem weiten Feld der Migration die verschiedenen Bereiche und Perspektiven in die Arbeit und Beratungen mit einfließen können. Die Mitglieder können jeweils wechselnde Personen zu der Beiratssitzung entsenden, damit jeweils die Person mit der höchsten Kompetenz und Erfahrung in dem jeweiligen Themenfeld vor Ort vertreten sein kann. Der Beirat wählt sein Thema selbst. In jeder Sitzung wird ein übergeordnetes Thema behandelt. Bisher wurde unter anderem zum Chancenaufenthaltsrecht und seiner weiteren Umsetzung beraten. Die Situation der Romnja und Roma wurde beraten, wo auch Herr Raković bei der Sitzung anwesend war, und die Situation der aus der Ukraine Geflüchteten, die Beratungsstrukturen im Land Berlin und die Frage, wie diese gestärkt werden können. Die Unterbringungssituation in Berlin war Gegenstand einer Sitzung, und zuletzt die mögliche Einführung einer Berlin-City-ID-Card. Wie gesagt, das Thema wählen die Beiratsmitglieder selbst jeweils am Ende der vorangegangenen Sitzung. Die Sitzungen dienen dazu, dass alle Beteiligten ihre Erfahrungen zu der jeweiligen Thematik einbringen können, sich austauschen können, auf mögliche Entwicklungen hinweisen, auf bestehende Problemlagen aufmerksam machen und auch dazu, um ein gewisses Hintergrundwissen zu vermitteln, dass die zivilgesellschaftlichen Bereiche darstellen können, welche

Probleme regelmäßig an sie herangetragen werden und wo sie die größten Herausforderungen sehen. Die Verwaltung kann ihre Prozesse darlegen, die Hintergründe auch mal erklären, welche Hürden dort bestehen, die es zu überwinden gilt. Insofern wird versucht, die verschiedenen Perspektiven zusammenzubringen.

Üblicherweise werden drei bis vier Expertinnen und Experten zu einer Beiratssitzung eingeladen, die dann in einem kurzen Inputvortrag ihre jeweilige Sicht auf die Dinge darlegen und miteinander diskutieren können. Die Experten können aus den unterschiedlichsten Bereichen sein. In der Regel ist es jemand aus einer Organisation der Zivilgesellschaft. Das BMI war schon da, hat vorgetragen und ein Gesetzesvorhaben vorgestellt, über das im Anschluss diskutiert worden ist. Die Bezirke sind vertreten. Also man versucht, möglichst verschiedene Blickwinkel auf ein Thema zusammenzutragen.

Im Nachgang zu einer Sitzung haben die Beiratsmitglieder die Möglichkeit, Vorschläge für mögliche Empfehlungen des Beirats abzugeben. Die eingegangenen Empfehlungsvorschläge werden zu Beginn der nächsten Sitzung vorgestellt, diskutiert, und dann wird darüber abgestimmt. Bei einfacher Mehrheit der ständigen Mitglieder gilt die Empfehlung als angenommen und wird dann an die Senatorin für Inneres und Sport weitergeleitet, die schlussendlich über die Empfehlung entscheidet. Empfehlungen, die seitens der Senatorin angenommen worden sind, werden dann zur weiteren Prüfung und gegebenenfalls Umsetzung an die fachlich zuständigen Verwaltungsbereiche im Land Berlin übergeben, um dort zu schauen, inwiefern eventuell bereits eine Umsetzung erfolgt ist, die Umsetzung in Arbeit ist oder aus welchen Gründen es womöglich keine Umsetzung geben kann.

Wie dem ersten Tätigkeitsbericht des Beirats zu entnehmen ist, wurden im ersten Zeitraum von 2022 bis 2023 insgesamt 21 Empfehlungen durch den Beirat ausgesprochen, von denen die Senatorin 17 ganz oder teilweise aufgegriffen hat. Das entspricht einem Anteil von 81 Prozent. Der Tätigkeitsbericht für das Jahr 2024 wird demnächst veröffentlicht. Dem wird zu entnehmen sein, dass der Beirat in dieser Periode 13 Empfehlungen ausgesprochen hat, von denen jeweils zwölf teilweise oder ganz aufgegriffen worden sind. Die von der Senatorin aufgegriffenen Empfehlungen fließen sodann im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren ein, zu denen das Land Berlin auf Bundes- oder Landesebene Stellung nehmen kann, fließen bei Fachministerkonferenzen wie beispielsweise der IMK mit ein oder auch bei den Bundesländer-Gremien, in denen wir oder nachgeordnete Behörden vertreten sind.

Es gibt auch Einzelmaßnahmen. So hat beispielsweise das DeZIM, das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, das auch ein Mitglied des Beirats ist, auf eine Empfehlung des Beirats hin in Berlin eine Studie zur Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechts gestartet. Die wird aktuell gerade ausgewertet, und die Auswertung der Ergebnisse daraus können dann auch in die nunmehr – – Das Chancen-Aufenthaltsrecht läuft zum Ende des Jahres aus, und die Ergebnisse können mit verwendet werden, um Stellung zu nehmen, ob es Nachfolgeregelung geben wird, wenn ja, in welcher Form. – Das ist im Wesentlichen die Aufgabe des Beirats. Wir hoffen damit – wir als Geschäftsstelle können es ja nur fördern –, einen aktiven Part zur Teilhabe zu leisten. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Hildebrandt! – Als Nächste Frau Türkmen.

Ceren Türkmen (Landesbeirat für Partizipation bei SenASGIVA; stellvertretende Vorsitzende): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission! Sehr geehrte Damen und Herrn! Vielen Dank! Als Vertretung der gewählten Mitglieder des Landesbeirats für Partizipation bin ich heute sehr gern zu Gast in dieser Kommission. Wir begrüßen Ihre Arbeit ausdrücklich und blicken erwartungsvoll auf die Ergebnisse. Wir verfolgen Ihre Arbeit. Wir diskutieren im Nachgang über die einzelnen Sitzungen, und dementsprechend sind wir ganz nah bei Ihnen. Die Themen, die Sie behandeln, berühren nämlich unsere zentralen Aspekte, die zentralen Aspekte unserer Arbeit. Wir sind davon überzeugt, dass unser Gremium, der Beirat, mit seiner Expertise zu den interdisziplinären Kompetenzen mit den interdisziplinären Kompetenzen unserer Mitglieder, der migrantischen von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Berliner Zivilgesellschaft, diese Enquete-Kommission teilhabeorientiert und wirkungsvoll mitgestalten kann. Dabei geht es uns vor allem darum, in diesen besonderen Zeiten, also in Zeiten einer nicht mehr verschiebbaren Demokratiegefährdung durch Rechtsextremismus, deren Hauptsündenböcke und Zielscheiben Migrantinnen und Migranten sowie weitere vulnerable und diskriminierungserfahrene Gruppen sind, ein gutes Zusammenleben in Berlin zu ermöglichen und die aktuellen Herausforderungen gemeinsam zu meistern, denn diese Herausforderungen sind die Ihrigen und auch die unsrigen. Wir würden uns daher sehr freuen, auch zukünftig zu weiteren thematischen Sitzungen eingeladen zu werden, um uns auszutauschen und uns in die Meinungsbildung einbringen zu können.

Ich möchte in den nächsten fünf Minuten in wenigen Sätzen die Arbeit, die Chancen und die Herausforderungen des Landesbeirats für Partizipation an der Schnittstelle Verwaltung, Teilhabe und migrantischer Zivilgesellschaft oder Migrationsgesellschaft kurz skizzieren.

Wer ist der Landesbeirat? Warum gibt es ihn? Wie gibt es ihn? Wozu arbeitet er? – Schon 2003 wurde der Landesbeirat für Integration und Migrationsfragen vom Berliner Senat eingerichtet und mit dem Partizipations- und Integrationsgesetz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Das Ziel: Die Berlinerinnen mit und ohne Staatsangehörigkeit, die eine Migrationserfahrung haben, migrations- und integrationspolitisch relevante Teilhabe im Verwaltungshandeln und im politischen Berlin im erweiterten Sinne zu ermöglichen. Das war ein wichtiger Schritt und eine jahrelange Forderung der schon politisch und demokratisch in Berlin mitwirkenden Migrationsgesellschaft, und zwar schon seit eh und je. Verwaltung, Senat und Parlament reagierten also folgerichtig auf eine gesellschaftliche Realität, in der wir alle leben, und zwar dass Migrantinnen und Migranten und diskriminierungserfahrene diverse soziale Gruppen in Berlin schon immer politisch teilgenommen und sich schon lange besonders hier in unserer Stadt Berlin organisiert haben, und zwar nicht nur in Parteien, sondern auch als parteiunabhängige engagierte Akteurinnen und Akteure in der demokratischen Zivilgesellschaft. Sie haben sich an politischen Debatten und Integrationsprozessen beteiligt, wichtige Nichtregierungsorganisationen entwickelt und sich insgesamt für Demokratieentwicklung engagiert und gegen institutionelle Ungleichbehandlungen und für Gleichberechtigung eingesetzt. Selbstorganisationen und zivilgesellschaftliches Engagement waren dabei sehr zentrale Räume, weil die Anliegen dieser rechtlich ungleichgestellten Gruppen tatsächlich ansonsten keinen oder nur wenige Resonanzböden gefunden hätten. Ich verweise hier nur kurz auf das Wahlrecht.

Die Rolle des Landesbeirats wurde 2021 mit dem damals neu beschlossenen Partizipations- und Migrationsgesetz, das wurde soeben schon von Herrn Yazar genannt, gestärkt. Das ist eine wichtige Errungenschaft, die wir sehr begrüßen. Der Landesbeirat ist dort in § 17 recht-

lich verankert, und damit verfügen die gewählten Mitglieder über eine deutlich stärkere Stellung bei der Mitgestaltung politischer Prozess. Dazu, wie der Landesbeirat zusammengesetzt ist, kann ich jetzt in Anbetracht der Zeit nicht viel sagen. Allerdings finden Sie diese online. Sie können das nachlesen.

Vielleicht nur in Kürze: Im Landesbeirat arbeiten nach aktuellem Gesetz alle drei Jahre von MSOs legitim gewählte Vertreterinnen und Vertreter von Menschen mit Migrationsgeschichte und zentralen Organisationen im Migrationsbereich sowie Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Senatsverwaltungen und der Bezirke zusammen. Der Beirat berät die Landesregierung in Fragen der Partizipations- und Integrationspolitik, insbesondere zu Themen wie politischer Repräsentation, Diskriminierungsschutz, interkultureller Öffnung und institutioneller Teilhabe. Die Sitzungen des Landesbeirats dienen der Beratung. Der Beirat entwickelt dementsprechend Empfehlungen und beschließt Beschlussvorlagen für die Arbeit des Senats und für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure. Wie weitreichend diese sein können, zeigt die Geschichte des Partizipationsgesetzes selbst, denn dessen erste Fassung geht maßgeblich auf eine Initiative des vorherigen Beirats zurück. Auch an der Novellierung war der Beirat beteiligt.

Neben den viermal jährlich stattfindenden Sitzungen bearbeitet der Beirat seine Themen in Arbeitsgruppen. Es gibt ein reges Arbeiten in den Arbeitsgruppen. Arbeitsgruppen werden zurzeit freiwillig gegründet beziehungsweise sind sie nicht vorgegeben. Jedes gewählte Gremium kann eigene Beiräte benennen. Aktuell haben wir die Arbeitsgruppen Antidiskriminierung und Antirassismus, Arbeit und Arbeitsintegration, Kultur und Bildung, Pflege, Sport, Wahlen und Partizipation, und Wohnen. Wir arbeiten seit Bestehen des neuen Landessbeirat 2023 vor allem an einer nachhaltigen Strategie zur Umsetzung der gesetzlich neu definierten Rolle und den Voraussetzungen für eine Umsetzung der Teilhabe des Beirats. Die wird auch immer wieder weiter ausgearbeitet, und ein Instrument dafür ist die neue GO. Wir möchten mit dieser Strukturarbeit, die wir hier leisten, für die nächsten Beiräte auch Strukturen zur Verfügung stellen und vorbereiten.

Jenseits der Sitzungen bemühen wir uns natürlich um die Vernetzung mit den bezirklichen Beiräten. Seit letztem Jahr gestalten wir den Tag der Partizipation, und zwar in Kooperation mit den bezirklichen Beiräten.

Ich möchte in Anbetracht der Zeit nur noch einen kurzen Punkt machen. Ich kann Sie wiederum auf die Beschlüsse hinweisen, um auf die inhaltliche Arbeit ein wenig aufmerksam zu machen. Wir haben Beschlüsse zur gleichberechtigten Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Berlin gefasst. Wir haben einen Beschluss gefasst zur Bezahlkarte beziehungsweise gegen die Bezahlkarte, zu Denkmälern in Berlin, zu rassismuskritischen Denkmälern in Berlin. Wir haben jeweils zwei Beschlüsse für die Belange von Schwarzen Berlinerinnen und Berlinern und muslimisch gelesenen Berlinerinnen und Berlinern, einen Beschluss zum Job-Turbo, zu einer Gesamtstrategie bezüglich des Antidiskriminierungsgesetzes und einen zum Landesaufnahmeprogramm beziehungsweise zur -regelung. Ausführlich können Sie die online nachverfolgen.

Was ist mir hier wichtig? – Berlin ist schon immer eine Migrationsstadt, nicht nur Berlin, jede Stadt. Fast 40 Prozent der Menschen haben hier eine Migrationsgeschichte, und ein großer Teil besitzt keinen Pass und ist damit von den meisten politischen Teilhaberechten ausgeschlossen. Gleichzeitig erleben viele Menschen Rassismus, Antisemitismus, soziale Ausgrenzung und strukturelle institutionelle Diskriminierung. Diese Realität verlangt unseres Erachtens nicht nur nach entsprechenden Maßnahmen und einer Gesamtstrategie gegen Diskriminierung auf landespolitischer Ebene, sondern auch nach veränderten Modellen der partizipativen und teilhabeorientierten Repräsentation. Die Expertise Betroffener sollte nicht optional sein. Sie sollte strukturell verankert und politisch kulturell etabliert sein. Das bedeutet, dass wir uns als Beirat wünschen, dass einerseits die Arbeit des Beirats gesehen wird und andererseits natürlich die Senatsverwaltungen mit uns gemeinsam unser Angebot, das sie eigentlich nicht ausschlagen können, weil es so wohlwollend formuliert ist, an einer Kooperation wahrnehmen, an einem Austausch wahrnehmen und dementsprechend mit uns in die Arbeit, in die themenrelevante, migrationspolitische und integrationspolitische relevanten Entwicklungen von Gesetzen, Maßnahmen und Programmen einbeziehen. Das ist das, wofür der Landesbeirat für Partizipation mit Expertise, Engagement und Haltung steht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Türkmen, für Ihren Beitrag, für Ihren Input! – Wir hatten vorhin verabredet, dass jetzt in der Reihenfolge, ähnlich wie im Plenum, die Möglichkeit zur Aussprache besteht, nach Rücksprache mit den Sprecherinnen und Sprechern, geben wir jedem Block quasi, Experten plus Fraktion, zehn Minuten. Die CDU-Fraktion beginnt. Macht bitte unter euch aus, wie ihr das einteilt. Wir würden hier zehn Minuten messen und in den zehn Minuten die Möglichkeit zu Fragen und Aussprache geben. Nach zehn Minuten würde ich dann auch wirklich enden, bei jeder Gruppe quasi gleich, damit wir im Zeitrahmen bleiben. Okay? Aber wirklich dann auch konsequent nach zehn Minuten. Wie Sie es unter sich einteilen, ist natürlich Ihre Sache. – Herr Lenz!

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich fange auch gern an und versuche, mich kurz zu fassen, weil wir in Teilen das Gremium aufgrund des Gelöbnisses verlassen müssen. Das ist bekannt. Da haben unsere Teilnahme zugesagt. Das würden wir gern einhalten. – Ich würde gern versuchen, das ein bisschen grundsätzlicher zu halten, auch an die Experten gerichtet, mit der Bitte, da ruhig dann auch etwas zu sagen, denn wir wollen ja die Dinge hier diskutieren. Ich formuliere das mal unter der Frage des großen Wie, und: Worum

geht es überhaupt? Sie, Herr Vogel, haben, glaube ich, gesagt: Wir müssen Zusammenhalt in Vielfalt organisieren. – Sie haben auch gesagt: Das Verbindende muss gesucht werden, ohne das Trennende zu nivellieren. – Das ist die große Herausforderung, und deswegen heißt die Enquete-Kommission auch wie sie heißt. Wir müssen Zusammenhalt organisieren und natürlich auch durch eine Überwindung von rassistischen Phänomenen oder diskriminierenden Sachverhalten.

Ich will trotzdem noch mal den Blick auf die Maßstäbe werfen, weil, das ist mein Eindruck, und damit bin ich nicht allein, von vielen unterstellt wird, das sei ganz klar. – Das ist mitnichten ganz klar. Das ist natürlich als Gesellschaft auszuverhandeln. Wir müssen, wenn wir Verhandlungsergebnisse haben, gucken, wie wir die erreichen können, aber wir dürfen nicht immer sofort ins Machen gehen und noch mehr Strukturen, noch mehr Geld, sondern wir müssen erst mal gucken: Worum geht es überhaupt? Ich finde, wir müssen darauf achten, dass das nicht zu kurz kommt.

Da komme ich schon direkt zu dem großen Begriff, der im Raum steht, der Antidiskriminierung. Das ist auch kein Begriff, der vollkommen klar ist. Es wird immer so getan, als ob der völlig klar sei, aber mein Eindruck ist, es wird hier einfach auf der Basis, nicht ganz ausverhandelt, der Begrifflichkeiten gesprochen. Wir müssen die Dinge auseinanderhalten, die tatsächlich politisch verhandelt werden müssen und werden, die auch veränderbar sind und noch verändert werden, und den Dingen, von denen wir als Deutsche mit unserer Verfassungsordnung gesagt haben: Die werden nicht mehr verhandelt. Die sind feststehend. – Schlagwort Artikel 1, dazu ist viel gesagt worden. Es ist einfach mit der Menschenwürdegarantie so vorgesehen, dass bestimmte Dinge nicht mehr verhandelt werden sollen. Die sind feststehend, und das ist Teil der Basis, auf der wir alle gemeinsam stehen. Es ist nur trotzdem auch da wieder die Frage: Wie weit geht das? Wo sind da die Unterschiede? Da gibt es durchaus Interpretationsunterschiede, und hier wird einfach auch viel behauptet, was nicht stimmt. Frau Eralp hat es schon gesagt. Heute ist der Tag des Grundgesetzes, und das ist unsere Basis und dort Artikel 1 mit seinem Anwendungsbereich und anderen Dingen, die durchaus verhandelbar sind, auch wenn sie im Grundgesetz stehen, und Dingen, die nicht im Grundgesetz stehen, wie zum Beispiel das LADG. Natürlich ist für Sie in Ihrer Tätigkeit das LADG Maßstab, aber man muss wissen, das LADG ist ein Gesetz, das in weiten Teilen veränderbar ist, natürlich, und das ist eine politische Entscheidung, was man da reinschreibt und was man da nicht reinschreibt, und dafür brauchen wir den Diskurs, und der findet hier statt. Das zu den Begriffen. Da würde mich natürlich von Ihnen interessieren, wie Sie das selbst einschätzen. Es geht dann auch weiter zu Begriffen wie Integration. Integration sei in keinem Fall im Sinne einer Anpassung zu verfolgen. So ganz ohne Anpassung wird das wahrscheinlich nicht gehen. Jetzt ist die Frage, vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen, wie der Begriff aus Ihrer Sicht auszulegen ist.

Dann würde ich gern noch an Herrn Sensburg die Frage richten: Sie haben als Soldat und als Reservist mit dem Ansatz über den Begriff der Kameradschaft gesprochen. Das ist ein ganz besonderer, ein ganz anderer Ansatz. Da geht es nicht darum, die Leute über Bildungstätigkeit in eine bestimmte Richtung zu bringen, sondern das ist das konkrete Erleben von Extremsituationen, so ist das entstanden, ich bin selbst Reservist, und dass man sich aufeinander verlässt und gemeinsam als Soldat im Gefecht steht, in der Gefahr steht. Das ist etwas, was ganz existenziell verbindet. Wenn man das überträgt auf andere gesellschaftliche Bereiche, kann man, glaube ich, viel lernen. Es würde mich freuen, wenn Sie dazu noch mehr sagen könnten.

Dann will ich auch noch mal aufwerfen: Es ist gesagt worden, wir bräuchten unbedingt eine Stärkung der Strukturen. Er spielte ja hier auch eine große Rolle, weil wir natürlich als Politik irgendwann, wenn wir alles gehört und erwogen haben, dasitzen und sagen: Was müssen wir noch machen? Was können wir noch machen? – Gibt es da eine Obergrenze aus Ihrer Sicht? Es wird immer so der Eindruck geschaffen, wir würden da viel zu wenig tun. Ich weiß nicht, ob es noch ein Bundesland gibt, das in dem Bereich so viel tut wie Berlin. Jetzt kann man sagen, es gibt kaum ein Bundesland, das so viele Herausforderungen hat wie das Bundesland Berlin. Aber wo soll da die Grenze sein? Wie viele Millionen müssen wir ausgeben, um eine zufriedenstellende Situation zu erreichen? – Das sind jetzt die drei Punkte, auf die möchte ich mich mit Blick auf die Uhr beschränken. Ich bin gespannt. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Herr Lenz! – Wer macht weiter bei Ihnen?

Katharina Senge (CDU): Wie viel Zeit haben wir denn noch?

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Sie haben noch genau vier Minuten vierzig.

Katharina Senge (CDU): Mehr als ich dachte. Ich fasse mich auch kurz. Zwei Themenaspekte möchte ich gern noch mal vertiefen, zum einen auch Thema Reserve. Herr Oberst Sensburg! Wenn Sie noch mal sagen könnten, wie viele Reservisten es denn gibt und wie sich auch die Zahlen beim freiwilligen Wehrdienst entwickeln. Wie viele junge Leute machen das? Vielleicht auch konkret auf Berlin bezogen, und wenn Sie die im Kopf haben, das erwarte ich jetzt nicht, aber auch in Ergänzung vielleicht auch die Zahlen zur Freiwilligen Feuerwehr, DRK, THW, dass wir mal eine Vorstellung bekommen. Dann fand ich in Ihrer schriftlichen Zulieferung das Beispiel Service Civique in Frankreich sehr interessant, wo Sie schreiben, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Anschluss ein signifikant höheres Maß an Toleranz und politischem Interesse zeigen. Ich vermute, es kommt auch darauf an, wie man es macht. Welche Voraussetzungen hat das? Vielleicht können Sie das noch mal vertiefen.

Dann eine Frage, die auch auf den schriftlichen Zulieferungen, die wir im Nachgang der letzten Sitzung bekommen haben, beruht, und zwar LADS-Akademie und Fachstelle Diversitätsorientierte Organisations- und Kompetenzentwicklung – DOKE –. Das passt jetzt ganz gut, weil Herr Yazar auch da ist. Das ist etwas, was möglicherweise auch schriftlich nachgeliefert werden kann, wenn heute nicht genug Zeit ist, da wir ein bisschen in Verzug sind. Und BQN: Wie verhalten Sie sich zueinander? Wer bietet was an? Wie grenzen sich die Zielrichtungen und Zielgruppen voneinander ab? Wie wird die Wirkung auch von Antidiskriminierungsschulungen und -maßnahmen evaluiert? Kommt jemand aus einer Schulung und macht hinterher direkt einen Fragebogen und sagt: Der hat mich total zum Denken gebracht? Können Sie auch nach einem Jahr feststellen, machen Sie das? –, dass tatsächlich Verhaltensänderungen stattgefunden haben, und wie wird wirklich konkret Wirkung definiert und dann auch überprüft? Das wären meine Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Sie haben noch knapp drei Minuten. – Okay, vielen Dank, dann sind wir jetzt bei Ihnen. Wer macht das bei Ihnen? – Herr Dr. Roth!

Dr. Roland Roth: Schönen Dank für Ihre Vorträge und eindrucksvollen Aussagen! Gemeinsam ist, dass Sie Diskriminierung als eine Sache ansehen, die in Ihrem Arbeitskontext eine große Rolle spielt, speziell zum Teil darauf organisiert und adressiert sind. Das ist etwas, was

keineswegs selbstverständlich ist. Berlin hat in der Tat eine Menge an Organisationen, Beiräten et cetera, die sich speziell mit einzelnen Aspekten auseinandersetzen.

Ich habe vor diesem Hintergrund ein paar Fragen an einzelne von Ihnen. Frau Crăciun! Sie sind heute die zweite Vertreterin eines Wohlfahrtsverbands. Für mich ist interessant, das kam vorhin noch nicht zur Sprache, aber vielleicht können Sie ein bisschen was dazu sagen, Wohlfahrtsverbände sind nicht nur Sozialunternehmen, sondern sie sind auch Mitgliedsorganisationen, die auch stolz darauf sind, dass sie eine lokale Verankerung haben. Vielleicht könnten Sie ein bisschen was zu Berlin sagen. Ich weiß, auf Bundesebene gibt es 3 000 Ortsverbände. Mich würde interessieren, wie weit die Ortsverbände in Ihrer Arbeit auch mitgenommen werden, also wie weit da eine Chance besteht, über die Arbeit in den Ortsvereinen Antidiskriminierungsbewusstsein und Sensibilität voranzubringen, gerade auch, wenn man sieht, dass die Ortsverbände in den letzten Jahren doch ein bisschen an Mitgliedern verloren haben. Ich will jetzt nicht die Daten nennen. Ich kenne sie und so weiter. In diesem Sinne also: Ortsverbände.

Zweiter Punkt: Herr Sensburg! Sie haben auch in Ihrer schriftlichen Stellungnahme deutlich gemacht, dass Sie perfekt orientiert sind, was die allgemeine Debatte über Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement angeht. Was ich in Ihrer schriftlichen Stellungnahme vermisst habe, ist das, was Sie hier im Vortrag zugestanden haben, dass es auch negative Seiten und Herausforderungen gibt. Dazu hätte ich gern ein bisschen mehr gewusst. Da weiß man inzwischen auch ein bisschen mehr, und die Bundeswehr ist da immer wieder Verdächtigungen ausgesetzt, die mehr oder weniger unberechtigt sind. Aber vielleicht könnten Sie etwas dazu sagen.

Mein Eindruck ist, dass bei dieser Debatte noch nicht deutlich geworden ist, was die Reservistenvereinigung zivilgesellschaftlich eigentlich leistet und was sie vorhat. Ich könnte mir vorstellen, dass gerade mit Blick auf die Zeitenwende die Frage da ist: Wie weit kann kritische Infrastruktur und zivile Verteidigung eine Rolle spielen? Bürgerschaftliches Engagement jenseits des Dienstes an der Waffe, eine Dimension, die immer wichtiger wird, wenn wir in die Ukraine bei moderner Kriegsführung schauen, und auch eine Dimension, die bei den Blaulichtorganisationen immer wichtiger wird, nämlich dass es viel Spontanhilfe gibt, bei Flutkatastrophen aller Art et cetera. Haben Sie das im Blick? Ist das eine Perspektive für Sie, die Zivilgesellschaft in einer anderen Weise hereinzuholen, was auch für die Bundeswehr ein Vorzug wäre im Sinne von Öffnung in die Gesellschaft hinein? Das ist die Frage an Sie.

Frau Hildebrandt! Sie haben den Vorzug, vor dem Hintergrund eines damals sehr vorbildlichen Gesetzes im Beirat für Migration zu agieren. Es ist schon interessant, wie weit Sie da eine Agenda haben und wie Sie es einschätzen, dass Sie diese Schnittstellenfunktion wirklich wahrnehmen können, die Sie programmatisch haben. Wie würden Sie Ihre Erfahrungen da bilanzieren? Wie weit gelingt es Ihnen, da Mittlerin zu sein zwischen den zivilgesellschaftlichen Initiativen, die wir zum Teil heute Morgen hier hatten, und Senatsverwaltung und Politik? Mein Eindruck ist, da gibt es noch ein bisschen Aufklärungsbedarf, wie das im Einzelnen funktionieren könnte. Sie können vielleicht etwas dazu sagen, was da Ihre Erfahrungen sind.

Das ist auch eine Frage an Sie, Frau Türkmen. Wir haben immer gesagt, Berlin ist prima, was Migrations- und Integrationspolitik angeht, und eines der ersten Bundesländer, das so ein Gesetz hat. Ich kann mich erinnern, dass andere Bundesländer da nachgeahmt oder nachgearbeitet haben. Jetzt ist es zwei Jahre in der Umsetzung. Ist es eigentlich schon möglich, da eine

Bilanz zu ziehen, was sich bewährt hat und was sich nicht bewährt hat? Ich verfolge diese Debatte seit mehr als 20 Jahren, und mein Eindruck ist, dass zum Beispiel die Frage, die Sie mehrfach angeschnitten haben, wie es mit dem Wahlrecht für Drittstaatenzugewanderte aussieht, völlig von der Agenda verschwunden sind, so als sei es ekelhaft, überhaupt nur darüber nachzudenken, obwohl das im EU-Maßstab sehr weit verbreitet ist. Sollte man da eine neue Initiative aus Ihrer Sicht starten? Gibt es dafür Anhaltspunkte aus Ihrer Arbeit heraus? – Schönen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Wer macht weiter? – Frau Andrades!

Eva Andrades: Ich muss mich kurz entschuldigen. Die lange Sitzung, die sehr kurze Pause, das zu schnelle Essen ist mir ein wenig auf den Magen geschlagen. Deswegen war ich kurz weg und habe vielleicht nicht alles mitgekriegt, aber ich versuche anzuschließen. – Zum einen eine Vorbemerkung, die Frage wurde aufgeworfen: Was ist denn eigentlich Antidiskriminierung? Und das LADG könne auch wieder abgeschafft oder verändert werden. – Das ist durchaus richtig. Gesetze können verändert werden. Auch das Grundgesetz kann mit der entsprechenden Mehrheit letztendlich verändert werden. Es ist aber so, dass Antidiskriminierung und auch das LADG Ausprägungen eben dieses Grundgesetzes sind, allen voran Artikel 3, und nicht einfach aus einer Laune heraus geschaffen worden sind, sondern sich wirklich auf grundrechtliche Regeln, die wir uns als Gesellschaft gegeben haben, nämlich die Gleichheit der Menschen und die Achtung der Menschenwürde, beruhen. Dazu könnte man noch vieles sagen, aber ich denke, da sind wir uns einig, dass das zentrale Werte sind, Gleichheit und Menschenwürde, mit denen wir arbeiten und mit die Zielsetzung, sie zu schützen und zu wahren, hier auch sitzen. Auch das LADG, wie gesagt, ist eine ganz klare Ausprägung davon. Natürlich kann man über das eine oder andere streiten, aber die vollkommene Infragestellung eines solchen Gesetzes finde ich völlig fehl am Platz.

Meine Fragen an die Runde: Erst mal vielen Dank auch! Eine Frage richtet sich an Herrn Yazar. Ich finde die Arbeit, die BQN macht, ganz wichtig und interessant, weil es eine Umsetzung und eine Ermöglichung dessen ist, was wir mit dem AGG und auch dem LADG verfolgen. Wir wissen, dass es nicht ausreicht, Gesetze ins Leben zu rufen, sondern dass sich das in die Praxis übersetzen muss. Wie wird dann tatsächlich eine diskriminierungskritische Kultur gepflegt? Wie wird es ermöglicht? Wir werden Barrieren abgebaut, damit auch wirklich Dienstleistungen in der Verwaltung für alle zugänglich sind, damit auch wirklich alle mitgedacht werden und teilnehmen können? Ich denke, das ist eine wichtige Arbeit, die da geleistet wird, diese Übersetzungsarbeit zu machen und die Verwaltung dafür auch fitzumachen. Sie haben auch schon gesagt, wo die Hürden oder die Bedarfe sind, aber vielleicht da noch mal tiefergehend: Wie viele Anfrage haben Sie denn? Wo drückt denn der Schuh da am meisten? Was müsste eigentlich da passieren? Die Zeit läuft mir davon. Zum einen das.

Zu Herrn Vogel: Unbestritten macht die Evangelische Kirche natürlich eine ganz wichtige Arbeit in der Stadt und überhaupt im Land und hat gleichzeitig ein sehr vielfältiges Angebot für alle Menschen, und es ist gut zu hören, dass Sie sagen: Rassismuskritische Betrachtung der Arbeit ist natürlich essenziell. – Da würde mich interessieren: Wie gehen Sie mit § 9 AGG um und der Frage des kirchlichen Arbeitsrechts, das immer wieder auch in der Kritik steht, wo wir mittlerweile auch eine Rechtsprechung haben und sagen: Das wird zu weitgehend verstanden? Die Kirche als einer der größten Arbeitgeber im Land hat da die Möglichkeit oder nutzt diese Möglichkeit zum Teil auch für einen gewissen Ausschluss. Ich nehme

natürlich da auch Entwicklungen und Strömungen wahr, aber inwiefern gehört das auch zu dieser rassismuskritischen Betrachtung Ihrer Arbeit?

Die letzte Frage an Frau Türkmen: Sie haben auch noch mal gesagt, wie Ihre Arbeit da aussieht. Das war sehr interessant. Vielen Dank! Ohne Frage eine ganz wichtige Arbeit, und die Beschlüsse, die Sie fassen, haben Sie ja beispielhaft genannt. Mich würde interessieren, inwiefern diese Beschlüsse tatsächlich nicht nur wahrgenommen werden, sondern auch zu Ergebnissen führen in der Konsequenz, dass tatsächlich das eine oder andere umgesetzt oder in der politischen Arbeit dann verankert wird. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Wir haben noch eine halbe Minute.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Eine halbe Minute schaffe ich. – Ich würde gern alle fragen, vor allen Dingen die Vertreterinnen und Vertreter von den Beiräten und der AWO, welche Bedeutung Strukturen in der Antidiskriminierungsarbeit haben, und zwar vor allen Dingen im Unterschied zu dem: Na ja, man könnte sich individuell einfach anständiger benehmen, dann käme das alles nicht vor –, also die ganz große Grundsatzfrage nach den Strukturen.

Ich möchte gern am Ende doch noch ansprechen, dass diese Koalition die Drei-Religionen-Kita gestrichen hat, und Herr Vogel sitzt hier ganz ruhig, obwohl das die Evangelische Kirche über 1 Million Euro an Planungskosten gekostet hat und die auch das Grundstück zur Verfügung gestellt hat. Ich finde, man sollte doch versuchen, den Sinn dieser Enquete-Kommission, angesichts der Streichung dieses vielfach im Bund ausgezeichneten Projekts, ins Verhältnis zu setzen. Ich kann das hier nicht so wirklich ernstnehmen, vor allen Dingen nicht Ihre Einladung vor dem Hintergrund dieses Skandals, der wirklich bundesweit Wellen geschlagen hat.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt bei Ihnen! Wer übernimmt den Einstieg? – Bitte schön!

Dr. Cihan Sinanoğlu: Ich will nur zwei grundsätzliche Bemerkungen machen, weil zwei wissenschaftliche Begriffe gefallen sind, zum einen der Begriff der Diskriminierung. Darauf hat Frau Andrades schon geantwortet. Man kann das übrigens auch nachlesen. Das ist rechtlich festgelegt in Artikel 3 AGG und dann quasi die Konkretisierung in Artikel 2 LADG. Da ist der Begriff Diskriminierung definiert, und hier wird auch zwischen mittelbarer und unmittelbarer Diskriminierung unterschieden und so weiter. Das kann man sehr schnell nachlesen.

Es ging auch um den Integrationsbegriff, dass der unterschiedlich verstanden wird. Auch das stimmt. In der Forschung gibt es durchaus unterschiedliche Ansätze, aber es gibt mittlerweile auch eine Entwicklung der Integrationsforschung. Wenn man sich das die letzten 20, 30 Jahre anguckt, dann ist klar, dass hier mittlerweile wenig von Anpassung oder Assimilation gesprochen wird. Der Integrationsbegriff wird so nicht mehr konzeptionalisiert, sondern es geht eher um mehrdimensionale Prozesse. Es geht um gesellschaftliche Prozesse, nicht um individuelle Anpassungen, und, wie gesagt, Integration wird nicht mehr gleichgesetzt mit Assimilation und Inklusion. Es gibt einen Haufen an internationaler Forschung, und das wollte ich hier noch mal festhalten, dass dieser Begriff sehr antiquiert ist, wenn man hier von Anpassung spricht.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Frau Oehlmann!

Jamuna Oehlmann: Danke schön! – Ich schließe mich an mit einigen sehr konkreten Fragen an Frau Crăciun. Entschuldigung, den Namen habe ich jetzt komplett versemmt. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um die von Ihnen benannten strukturellen Barrieren zu beseitigen, und wie kann die Migrationssozialarbeit der AWO systematisch in diesen Prozess eingebunden werden? Das wäre die erste Frage.

Ich habe noch eine andere Frage, und zwar zu strukturellen Voraussetzungen. Welche müssten auf Berliner Landesebene geschaffen werden, damit das Landesprogramm der Migrationssozialdienste dauerhaft und gleichberechtigt neben dem Bundesprogramm wie dem JMD bestehen kann, auch im Hinblick auf nachhaltige Finanzierung, Qualifizierung und die Qualitätssicherung sowie die institutionelle Verankerung?

Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Prof. Sensburg. Vielen Dank auch für die schriftliche Einreichung des Statements! Ich habe mich tatsächlich gefragt, wie es dazu kommt, dass das israelische Wehrdienstmodell als Beispiel für gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorgebracht wird. Das fand ich schon sehr interessant, auch ein bisschen überraschend und hat mich nachdenklich gestimmt, dass das als Positivbeispiel hervorgebracht wird. Ich weiß, ich muss vielleicht nicht so viel dazu sagen, aber der israelische Wehrdienst ist zugleich auch Instrument staatlicher Kontrolle in den besetzten Gebieten. Internationale Menschenrechtskritik, ich nenne hier nur ein paar Schlagwörter, da wir wenig Zeit haben, aber mich würde ihre Antwort dazu interessieren. – Vielen Dank!

Dr. Maisha-Maureen Auma: Von mir erst mal herzlichen Dank für die unterschiedlichen Perspektiven und auch für die schriftlichen Stellungnahmen! Ich habe eine Anmerkung und eine Frage an alle. Meine Anmerkung beziehungsweise so ein Stück Entschleunigung ist, nur weil wir Diskriminierung aus unserer subjektiven Position nicht wahrnehmen, heißt das nicht, dass es keine Diskriminierung gibt. Ich habe lange überlegt, einen kurzen Einblick in mein Lebensmaterial zu geben, aber in den letzten drei Jahren – – Standesamt Berlin-Charlottenburg, es gibt mehrere Episoden, ich erzähle nur eine, die ich auch gestern beim Wissensnetz für Rassismusforschung in Bielefeld erzählt habe: Ich sollte Unterlagen einreichen. Ich bin deutsche Staatsbürgerin. Ich bin aber Bildungsausländerin und musste meine Geburtsurkunde bei der Deutschen Botschaft in Nairobi sehr ausführlich abgeben. Es hat mehrere Stempel, hinten eine ganz große Erklärung, weil es damals ein sehr repressiver Prozess war, 1990 hier zu Studienzwecken einzuwandern. Als ich meinen Partner heiraten wollte, der ein Schwarzer Mann ist, gab es unterschiedliche Hürden. Und es geht nicht um mich als Person, es geht um ein Subjekt. Mit den sozialen Elementen, die ich habe, hieß es, meine Geburtsurkunde muss übersetzt werden. In Berlin-Schöneberg hat meine beste Freundin ihre Frau geheiratet. Ihre Frau ist Amerikanerin. Es sind im Übrigen alle vier Schwarze Personen. Wir brauchen nicht darüber zu reden, dass ich diese Kiste nicht aufmache, sondern in Berlin-Schöneberg musste diese Urkunde nicht übersetzt werden. Ich habe protestiert. Es sollte von einer staatlich vereidigten Person – – Dauert länger, kostet mich mehr und so weiter. Für mich ist es so ein bisschen Neugier, weil es sind einige Stimmen im Raum, die ich aufgrund des Protokolls nachvollziehen kann: Gibt es wirklich Diskriminierung? Behandeln die Behörden unterschiedlich? – Der letzte Stand beim Wissensnetzwerk war: Es gibt eine Rechtsunsicherheit darüber, ob Dinge übersetzt werden müssen. Es gibt zwei Geburtsurkunden, beide auf Englisch. Es steht nicht wahnsinnig viel auf diesen Geburtsurkunden. Die eine Person ist

amerikanische Staatsbürgerin. Es kann sein, dass es Sonderverträge oder irgendetwas gibt, aber wir müssen dann über Ungleichbehandlung reden und fragen: Wenn es ein Zeugnis oder irgendein Dokument in der gleichen Sprache gibt, ist diese Ungleichbehandlung gerechtfertigt? Dann wird es unterschiedliche Elemente geben, wie schlimm das ist oder welche Teilhabebarriere das ist oder nicht. Der Punkt, den ich versuche zu machen ist: Meine Unterstellung ist, dass Berlin-Schöneberg besonders geschult ist auf inklusive Familien, Eheschließungen und so weiter, und dass sie da mit einem offeneren Plan rangehen. Das ist aber nur eine Arbeitshypothese. Deswegen, einfach nur, um zu sagen: Was ist der Berliner Standard? Ist es so, dass wir bei einem Zeugnis, das auf Englisch ist, sagen: Oh, das ist ein kolonisiertes Land, übrigens von der UK, daher kommt die englische Sprache. – Es ist einfach nur die Aufforderung, neugieriger zu sein, an die Person, die sagt: Es gibt keine Diskriminierung in den Behörden. – Einfach ein bisschen expand your mind. Können wir nicht ein bisschen neugieriger an die Sache herangehen?

Die Frage an alle: Danke für die beeindruckenden Ideen, wie wir in krisenhaften Situationen zusammenleben. Aus dem ostafrikanischen Kontext weiß ich, dass Militärbands super sind. Da ist die Rumba entstanden, Maroon Commandos, die Musik meiner Mutter. Ich habe die Zeit nicht, um das alles zu entfalten, aber: richtig gute Musik. Es gibt auch sehr gute russische Militärbands. Das hätte ich jetzt nicht sagen sollen, weil das gerade ein heißes Eisen ist, aber gute Musik. Es gibt die evangelischen Studierendengemeinden. Die kenne ich als Orte der Vergemeinschaftung, und bei den Akteurinnen und Akteuren, die mit dem PartMigG arbeiten und für die Vertiefung und Fundierung des Antidiskriminierungsrechts sprechen – – Ohne diese Arbeit würden wir gar keine Instrumente finden können, die stark genug eingreifen. Meine Frage ist zur Teilhabequalität. Es gibt die ganz schlimmen Beispiele vom Otto-Versand „In Mathe bin ich Deko“, und es gibt diese Leiter von Teilhabe, von Dekoration, Alibi-Teilhabe, Tokenism, informiert werden, konsultiert werden, Selbstverwaltung, Selbstentscheidung.

Was können Sie uns anhand Ihrer Arbeitsfelder mitgeben, wie die Partizipation von Gruppen, die historisch marginalisiert worden sind, aussieht? Wir haben Sintizze und Romnja, Sie, Herr Raković, haben das Thema der Staatenlosigkeit angesprochen, das ein großes Teilhabebehinderung für Menschen aus der Romnjacommunity, aber auch für Menschen aus anderen Communitys ist. Das ist ein Ding, wo wir sagen können, dass das nicht mal Teilhabe ist, das taucht nicht mal auf. Wenn Sie dazu irgendwelche Ideen haben, würde mich das interessieren. Wenn Sie es mündlich nicht schaffen, gern schriftlich.

Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Ihr habt noch eine Minute dreißig. – [Zuruf] – Okay, super, dann gehen wir rüber zu Ihnen.

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank! – Ich bin jetzt erst mal froh, dass die Vorabbemerkungen sich überwiegend erübrigt haben, da schon klargestellt wurde, dass das Grundgesetz natürlich als klares Ziel die Antidiskriminierung hat und das LADG und das AGG eine Ausformung des Diskriminierungsverbots und der Menschenwürdegarantie sind und sich sogar teilweise aus europarechtlichen Vorgaben klar ergeben. Auch zum Integrationsbegriff ist einiges gesagt worden. Der ist aus meiner Sicht problematisch. Es geht hier nicht um die Anpassung an eine homogene Gruppe. Die gibt es hier in Deutschland nicht, weil wir eine postmigrantische Gesellschaft und sehr heterogen sind.

Meinen Fragen an die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die Teilhabe stärken, sind vor allem: Welche finanziellen Ressourcen und Absicherungen Ihrer Arbeit langfristig brauchen Sie im Hinblick auf Unterfinanzierung, Ehrenamt und so weiter?

Jetzt komme ich ganz konkret zu BQN: Herr Yazar, wir haben uns zu diesem Thema häufig ausgetauscht. Welche Senatsverwaltung und Bezirke lassen sich aktuell von Ihnen diskriminierungskritisch begleiten? Wir hatten das für das Landeseinwanderungsamt sehr stark eingefordert, weil es immer wieder Beschwerden von rassistischer Diskriminierung gab, die uns erreichen, die teilweise aber auch die LADG-Ombudsstelle erreichen, und es stand eigentlich auch in der Gesetzesvorlage, die noch unter R2G erarbeitet wurde, drin. Was ist daraus geworden? Können Sie dazu etwas sagen?

Sie haben aus einer meiner Anfragen zum Partizipationsgesetz und zu der Umsetzung vorgetragen. Wie bewerten Sie den aktuellen Stand insgesamt? Wo sehen Sie noch große Herausforderungen? Aktuell ist die Verwaltung, nach dem, was ich gelesen haben, weit davon entfernt, die Migrationsgesellschaft Berlins abzubilden.

An den Senat die Frage: Gibt es schon Förderpläne für die Menschen mit Migrationsgeschichte? Wie ist da der aktuelle Stand?

Ich bin sehr froh, dass es innerhalb der Verwaltung die Vernetzung von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte gibt. Wir hatten damals gemeinsam mit den Grünen gefordert, dass es eine Personalvertretung entsprechend der Frauenbeauftragten für Menschen mit Migrationsgeschichte geben soll. Ist das aus Ihrer Erfahrung, die Sie mit Verwaltungen machen – das geht jetzt an BQN –, sinnvoll? Was halten Sie von unserer damaligen Forderung nach einer Quote für Menschen mit Migrationsgeschichte, die im Referentenentwurf von Frau Breitenbach stand, auch wenn sie dann nachträglich herausverhandelt wurde?

Wie würden Sie den Vorschlag bewerten, dass beispielsweise, wenn eine öffentliche Vergabe an die Privatwirtschaft stattfindet, diese nur an Unternehmen stattfinden kann, die die Diversität im eigenen Betrieb fördern? So etwas gibt es schon als Vorgabe beispielsweise für den Bereich der Frauenförderung. In Berlin ist das gesetzlich vorgeschrieben.

Dann komme ich zu den Fragen an Herrn Milan Raković: Welche Empfehlungen vom Beirat – Sie sind ja relativ neu gegründet – sind aus Ihrer Sicht von der Verwaltung umgesetzt worden? Es können auch Empfehlungen sein, die Sie im Rahmen Ihrer Selbstorganisation beispielsweise schon an die Verwaltung herangetragen haben. Gibt es da einen Dialog auf Augenhöhe? Ich erinnere mich an einen Brief der Innensenatorin an den Migrationsbeirat zu diesem Thema, da war das nämlich auch schon Thema. Da wurde im Prinzip gar nicht auf die konkrete Bleiberechtsforderung für Romnja aus historischer Verantwortung Deutschlands eingegangen. Insofern interessiert mich, wie Ihre Wahrnehmung dazu ist, und auch, wie die Einbeziehung bei Entscheidungen insgesamt ist, beispielsweise zum Mahnmal, das nach den Planungen der Bundesregierung, des Senats ja umfassend beeinträchtigt werden soll, aber auch zu dem Thema der massiven Abschiebungen nach Moldau, die vor allem Romnja betreffen und die jetzt sehr stark gestiegen sind, seit Schwarz-Rot hier regiert.

Dann habe ich eine Frage an den Beirat für Partizipation, also an Sie, Frau Türkmen: Ich lese die Beschlüsse sehr aufmerksam und bin Ihnen sehr dankbar für die Themen, die Sie dort behandeln. Wir zitieren in Anträgen oft Ihre Beschlüsse, beispielsweise zur Bezahlkarte. Auf meine Anfrage antwortete der Senat, dass die Beschlüsse Ihres Beirats zur Bezahlkarte berücksichtigt wurden. Sehen Sie das auch so? Ist das im Senatsbeschluss zur Einführung der Bezahlkarte aus Ihrer Sicht umgesetzt worden? Wie schätzen Sie insgesamt die Zusammenarbeit mit der Verwaltung ein? Wird auf Augenhöhe gesprochen? Bekommen Sie Einsicht in alle wichtigen Unterlagen, Akten und Vorgänge, die Sie brauchen, um Ihre Arbeit machen zu können? Können Sie alle Unterkünfte, andere Einrichtungen, die der Senat betreibt und die diskriminierungssensibel sind, besuchen? Wie ist da der Stand der Kooperation? Haben Sie den Eindruck, dass der Senat Antidiskriminierung und Teilhabe als Querschnittsaufgabe und intersektional versteht? Kommen auch andere Verwaltungen beispielsweise in die Sitzungen oder beantworten Fragen, denn das Thema ist natürlich übergreifend und betrifft nicht nur SenASGIVA? Wird strukturelle und institutionelle Diskriminierung von den Senatsverwaltungen und staatlichen Behörden erkannt und angegangen?

Zum Beirat für Migration in der Innenverwaltung: Wir hatten uns auch gewünscht, dass eine zivilgesellschaftliche Vertretung kommt. Das hat jetzt irgendwie nicht funktioniert, aber wir werden das noch mal nachholen. Ich freue mich, dass Sie jetzt da sind, Frau Hildebrandt, und würde gern aus Ihrer Sicht wissen: Sie haben eben gesagt, 81 Prozent der Empfehlungen werden umgesetzt. Was mir aber von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren berichtet wird, ist auch, dass sie häufig überstimmt werden oder Beschlüsse und Vorschläge erst gar nicht durchdringen, weil die staatlichen Akteurinnen und Akteure anders abstimmen. Da ist die Frage für mich, ob die Konstruktion so dann einen Sinn macht, denn beispielsweise der Beirat für Partizipation ist ja anders aufgestellt. Welche konkreten Vorschläge, die in diesem Gremium gefallen sind, haben eine ganz konkrete Verbesserung und Veränderung von dem Handeln der Innenverwaltung bewirkt? Vielleicht können Sie einfach mal zwei, drei Beispiele dazu nennen, damit ich das konkret vor Augen habe, beispielsweise auch im Bereich historisches Bleiberecht für Romnja, das Sie eben auch schon angesprochen haben und das Thema war.

Meine letzte Frage geht an den Reservistenverband. Es hat damals, 2017, der Vorsitzende gesagt, er möchte wegen des Rechtsrucks im Prinzip aus diesem Reservistenverband heraus; das war der damalige Präsident. Was haben Sie seitdem gegen diesen Rechtsruck in der eigenen Einrichtung getan? Wie gehen Sie ganz konkret mit Diskriminierungsvorfällen um? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Jetzt hatten alle die Möglichkeit – – [Zuruf] – Entschuldigung! Ich hatte extra gefragt und geguckt. Wir haben noch dreieinhalb Minuten Zeit.

Hajdi Barz: Danke schön! – Ich habe eine Anmerkung und viele Fragen, und zwar nach der Obergrenze für die Antidiskriminierungsarbeit und für die Kosten. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es in den USA 2019 eine Studie gab, die laut dem Center for Assessment and Policy Development in einem Zeitraum von 1990 bis 2019 auf 70,8 Billionen Dollar Kosten aufgrund von Rassismus gekommen ist, also die fehlende Kaufkraft, die fehlenden Zugänge zum Arbeitsmarkt und so weiter und so fort. Das heißt, auch aus einer wirtschaftlichen Perspektive und einer Perspektive von Steuerlichkeit und so weiter ist es durchaus interessant, ordentliche Antidiskriminierungsmaßnahmen zu haben, sodass Rassismus keinen Effekt mehr hat.

Dann möchte ich gern alle Beiräte fragen, wie das ist, wenn Sie zusammen mit der Senatsverwaltung oder anderen Akteurinnen und Akteuren am Tisch sitzen, in Sachen der Diskrepanz zwischen Ehrenamt und Hauptamt. Wie organisieren Sie das? Ich merke gerade selbst, wie herausfordernd es ist, das hier zu schaffen. Ich würde gern fragen: Wie wird das ausgeglichen? Welche Ressourcen werden Ihnen zur Verfügung gestellt, damit Sie als zivilgesellschaftlicher Teil die Arbeit tatsächlich leisten können?

Dabei würde ich gern Frau Türkmen aus dem Beirat für Partizipation fragen: Welche Formen von politischer Repräsentation fehlen aus Ihrer Sicht im Kontext migrantischer, postmigrantischer und diasporischer Communitys? Wie kann sichergestellt werden, dass Partizipationsformate nicht nur symbolisch bleiben, sondern eine echte Mitbestimmung ermöglichen? Eine Frage an alle: Wie wird mit dem Spannungsverhältnis zwischen staatlich eingerichteten Beteiligungsstrukturen und zivilgesellschaftlicher Autonomie umgegangen?

Herr Raković, ich bin als Kollegin natürlich sehr dankbar, dass Sie die Unabhängige Kommission Antiziganismus genannt haben und möchte gern alle bitten, sich einmal die Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus anzusehen. Dort gibt es eine Forderung nach der Aufarbeitung des an Sintizze und Romnja begangenen Unrechts nach 1945, da wir von einer Kontinuität des Unrechts nach 1945 ausgehen. Das ist nicht nur wahr für Romnja-und-Sintizze-Communitys, das ist auch für andere Communitys wahr. Ich habe ganz explizit an Herrn Vogel und an Herrn Prof. Dr. Sensburg die Frage: Gibt es dort einen Prozess, bei Ihnen, in Ihren Institutionen, der das reflektiert? Hier vielleicht auch noch mal der Hinweis: In Hamburg wurden die Handlungsempfehlungen tatsächlich in einer Strategie umgesetzt, da heißt dieser Punkt beispielsweise „Selbstreflexion der Verwaltung“. Das wollte ich hier mal sagen.

Dann noch mal an Herrn Yazar die Frage zum Thema sekundäre Diskriminierung, also die Diskriminierung, die erfolgt, wenn man die Diskriminierung besprechen möchte. Das erleben

wir auch hier gerade ganz aktiv, und deshalb brauche ich jetzt gerade noch mal Ihre fachliche Einschätzung. Was passiert, wenn wir über Diskriminierung sprechen? Welche Hindernisse haben Menschen, über Diskriminierung zu sprechen? Ich bin dankbar für alle persönlichen Wortbeiträge, denn ich finde, das ist nicht selbstverständlich. Das ist eine hohe Vulnerabilität, die hier reingebracht wird, und eine Professionalität, das zu können. Welche Gefahren gehen diese Menschen, die die Diskriminierung in den Verwaltungsstrukturen oder Ähnlichem ansprechen, eigentlich ein?

Zu dem Punkt der Gefahren noch mal an alle zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertreter. Von Ihnen, Frau Türkmen und Herr Raković, wüsste ich gerne: Welche Gefahren der Beteiligung aufgrund des Rechtsrucks sehen Sie gerade? Was sind die Maßnahmen, die dagegen zu halten sind?

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank! – Erst mal allen danke schön für die Debatten! Ich finde, es hat gerade gut mit dem Zeitkontingent funktioniert. Es war eine gute und respektvolle Diskussion. Ich würde jetzt die Reihenfolge ändern, und zwar umgekehrt, würde aber eine Ausnahme machen: Herr Prof. Dr. Sensburg, ich weiß, dass Sie eigentlich qua Amt unten sein müssten und trotzdem gesagt haben, Sie wollen aus Respekt vor dem Gremium hier bleiben, bis Sie die Beantwortung gemacht haben. Vielen Dank für diese Haltung, dass Sie gesagt haben, Sie sind hier und haben heute quasi die Bühne hier! Trotzdem nehme ich Sie jetzt zuerst dran, und zwar für die fünf Minuten, sodass Sie dann im Anschluss, wenn Sie runter müssen, den Weg zu den Kolleginnen und Kollegen finden.

Prof. Dr. Patrick Sensburg (Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Das mache ich sehr gern. Ich weiß auch gar nicht, ob heute Rumba gespielt wird. Es wäre auch nicht mein erstes Gelöbnis beziehungsweise meine erste Vereidigung, ich halte es für deutlich angebrachter, jetzt Ihnen Rede und Antwort zu stehen. Ich versuche, es relativ kurzzumachen und in der Zeit möglichst viele Fragen zu beantworten. Die übrigen Fragen habe ich aufgeschrieben und würde sie im Nachgang, neben der Ihnen schon vorliegenden Stellungnahme, dann schriftlich beantworten.

Ich komme der Reihenfolge nach zu den Fragen des Herrn Abgeordneten Lenz: Das Ausdehnen des Kameradschaftsgedankens auf weitere Lebensbereiche würde ich jetzt nicht unbedingt fordern. Der Abgeordnete hat selbst dargelegt, woher der Kameradschaftsgedanke kommt. Ich glaube, der wesentliche, besondere Teil ist, dass Bundeswehr und Reserve den Blick auf die gesamtstaatliche Integrität werfen, der Dienst für den Staat, glaube ich, im Vordergrund steht und Bürgerinnen und Bürger neben den individuellen Dingen, die sie in anderen Vereinigungen, Vereinen et cetera im Fokus haben, immer diesen gesamtstaatlichen Aspekt sehen. Bürgerinnen und Bürger werden dadurch, dass sie die staatliche Integrität schützen, immer mehr Teil dieses Staates, und diesen Gedanken kann man sicherlich ausdehnen. Das haben ja auch andere Vereine in sich drin, es steht nur nicht im Vordergrund. Aus einer pluralistischen Gesellschaft wird dann eben eine verbundene Gesellschaft. Nicht die Partikularinteressen stehen im Vordergrund, sondern der Staat als solcher, und das ist das Prägende.

Zum Thema Geld möchte ich antworten: Neben den Dingen, die den Finanzern und Haushaltern natürlich relevant sind, kann jeder auch mal eine Rechnung aufstellen, was an ehrenamtlichen Stunden, an ehrenamtlichem Engagement in diesen Bereichen drinsteckt. Das wird die staatliche Unterstützung um ein Vielfaches übertreffen. Von daher, wenn man sich fragt, ist

das alles gut angelegtes Geld, muss man immer dazu kommen, was an großem Engagement in unserem Land da ist, um das alles zu ermöglichen. Das würde staatlicherseits nie geleistet werden können, wenn das Ehrenamt nicht mit drin ist. Ich glaube, insgesamt ist es in allen Bereichen gut angelegtes Geld.

Frau Abgeordnete Senge hatte gefragt, wie viele Reservisten es gibt. Das würde ich Ihnen nachliefern, nicht, weil ich es nicht weiß, sondern weil ich jetzt einen eigenen Vortrag halte. Die Welt ist da relativ komplex. In Deutschland gibt es allein 9 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die den Status Reservist haben. Das rührt natürlich aus der alten Wehrpflicht bis 2011. Jeder, der nur einen Tag gedient hat und nicht unehrenhaft entlassen wurde, also seinen Dienstgrad verloren hat, hat den Status Reservist. 900 000 sind unter 65 Jahre alt. 61 000 üben regelmäßig. Das Ganze wird sich erweitern. Sie kennen die Diskussion um die Heimatschutzregimenter, um die hier in Dienst gestellte Heimatschutzdivision. Das wird also mehr werden. Auch die noch bestehenden 900 000 Reservistinnen und Reservisten werden sicherlich kontaktiert werden, wer davon seinen Dienst noch leisten möchte. Es wird also ein wesentlicher gesellschaftlicher Teil sein, der eine Rolle spielen wird. Die Reserve gehört zur Gesamtresilienz dazu, ob man das Ganze jetzt gut findet oder nicht. Das ist eine gesellschaftliche Gruppe, die ein integraler Bestandteil der Gesellschaft sein sollte, und die die Abgeordneten sich auch angucken sollten.

Die Feinauszifferung, insbesondere mit dem Blick auf Berlin: Berlin hat natürlich von der Historie her deutlich weniger Reservisten. Auch der Reservistenverband ist in Berlin mit einer deutlich kleinen Landesgruppe vertreten, die aber übrigens stark wächst. Die Zahlen liefere ich Ihnen gern detailliert nach. Das Gleiche gilt für die Zahlen vom THW, vom Roten Kreuz und von anderen Organisationen, mit denen wir intensiv zusammenarbeiten. Die alle sind im Bereich der Gesamtverteidigung relevant und wichtig. Die spielen eine Rolle, wenn Sie in Themen, wie Rahmenrichtlinie Gesamtverteidigung, OPLAN in Deutschland reingucken, das gehört schon irgendwie zusammen. Das schreibe ich Ihnen einfach alles auf.

Ich glaube, Herr Prof. Roth hat es angesprochen: Natürlich, gerade bei der Bundeswehr und der Reserve gibt es auch negative Seiten, die ich nur kurz angesprochen habe. Es ist aber relativ wichtig, dass wir sie betrachten. Deswegen finde ich die Anbindung an das Parlament, an die freiheitlich-demokratische Grundordnung so wichtig, und daher halte ich es für richtig, dass wir auch diese Themen angehen. Wir wollen eine Bundeswehr und eine Reserve, die fest auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf diesem Fundament, stehen, und dass wir uns immer wieder diesen Fragen stellen.

Wir haben den Spruch: Wir kämpfen auch dafür, dass ihr gegen uns sein könnt. – Da spielt natürlich die Meinungsfreiheit, Artikel 5, eine große Rolle. Aber dieses Selbstverständnis zu haben, das geht natürlich besser – deswegen hatte ich an den Gründungsgedanken des Reservistenverbandes erinnert – Und es geht eben nicht, wenn man das zulässt, was mir teilweise Sorgen macht, dass Leute selbst soldatische Bünde gründen und dann irgendetwas veranstalten, was wir in der Demokratie gar nicht gebrauchen können. Ich komme gleich auf andere Bereiche noch mal ergänzend zu sprechen.

Es ist gefragt worden, welche Strukturen wir gegen insbesondere natürlich extremistische Bewegungen haben. Wir haben hier eine klare Einordnung, sowohl in der Bundeswehr, Sie erleben das immer wieder bis hin zu Untersuchungsausschüssen des Bundestages, dass wir so

etwas nicht tolerieren, aber auch im Reservistenverband. Wir haben vor Jahren unsere Satzung geändert – das hat etwas mit dem eben erwähnten Austritt des damaligen Präsidenten zu tun –, dass wir sehr schnell Personen ausschließen können. Da muss es nicht erst gesichert extremistische Bestrebungen geben, um Ausschlüsse machen zu können, das geht auch vorher. Ich war neulich Gutachter in meiner anderen Funktion als Juraprofessor und frage mich immer, warum entsprechende Parteien, die als gesichert extremistische Bestrebungen eingestuft sind, noch Parteienfinanzierungen genießen, und warum Artikel 33 nur schützt, wenn individuelle, vorwerfbare Ereignisse da sind. Gilt das auch, wenn man Mitglied der Hells Angels oder der 'Ndrangheta ist? Muss ich erst einen erschießen, um möglicherweise meinen Beamtenstatus zu verlieren? – Aber das ist meine private Meinung, die ich gerade mal hier einfließen lassen wollte. Von daher haben wir unsere Satzung vor Jahren schon so angepasst, dass wir bei identifizierten Personen, insbesondere wenn sie politische Mandate so wahrnehmen, dass man sie identifizieren kann, relativ schnell aus dem Verband herauskriegen. Das geht jetzt relativ schnell.

Das israelische Modell kann man natürlich mit den aktuellen Ereignissen sehr kritisch sehen. Ich hatte es nur wegen der in den Staat integrierenden Funktion genannt. Was der Staat mit einem Militär macht, ist natürlich eine zweite Frage. Aber wir wissen, dass Israel ein Vielvölkerstaat ist, der eine große Aufgabe in den Staat zu integrieren hat. Das Gleiche – ich klinge jetzt sehr thematisch, ich werde Ihnen das schriftlich etwas näher ausarbeiten – gilt für Frankreich mit seiner kolonialen Vergangenheit, wo der französische Staat bei vielen Menschen, die die französische Staatsangehörigkeit haben und die in Frankreich leben, kein Freund ist. Wer durch Frankreich fährt, sieht auf Französisch die Kommentierungen in vielen Stadt- und Straßenbildern. Ich wiederhole jetzt nicht auf Französisch, was da steht, aber da wird Frankreich – viele Städte haben France mit im Namensbegriff drin –, France, durchgestrichen und mit entsprechenden Kommentierungen versehen. Der Versuch, über staatliches Engagement Personen in die Gesamtstaatlichkeit zu integrieren, ist der gleiche Ansatz. Das ist der positive Teil. Was und wie dann Militär eingesetzt wird, ist natürlich ein anderes Thema.

Dass diese Integrationsfunktion zum Beispiel in Deutschland bei Russlanddeutschen, Spätaussiedlern, Übersiedlern, Bürgerinnen und Bürgern aus dem ehemaligen Jugoslawien, die sich stark in der Bundeswehr engagiert haben, und vielen anderen Gruppen auch eine Rolle spielt, dem Staat etwas zurückzugeben, hat einen Anknüpfungspunkt, was der Staat auch leisten kann, damit Menschen sich mit diesem Staat identifizieren. Er muss es nur ordentlich und gut machen. Es ist eine Chance. Er macht es nicht immer gut, aber es ist eine Riesenchance.

Zum Rücktritt des Präsidenten – damit komme ich schon zum letzten kurzen Ritt über die etwas von mir ausgedehnte Zeit –: Der damalige Präsident Roderich Kiesewetter ist, glaube ich, 2016 zurückgetreten, nicht 2017. Ich war nämlich Vorsitzender des NSA-Untersuchungsausschusses, und Roderich Kiesewetter war der Obmann. Er ist zurückgetreten, weil zwei Stellvertreter als BND-Briefkästen fungiert hatten und er den BND überwachen sollte, und er hat gesagt: Der BND hat mich unterwandert, wenn zwei meiner Stellvertreter als Briefkästen des BND fungieren. Ich sitze in einem Untersuchungsausschuss und weiß das noch nicht mal. – Das war der Grund seines Rücktritts, nicht wegen radikaler Tendenzen im Verband. Wir sind immer sehr sorgsam, ob zum Beispiel die eben von mir zumindest nicht namentlich erwähnte Partei in irgendwelchen Funktionen unseres Verbands überhand gewinnt. Das ist Gott sei Dank nicht der Fall. Das mag an mangelnder Kompetenz oder an mangelndem staatlichen Engagement liegen. Wir achten genau darauf, dass das nicht der Fall ist.

Aber selbstverständlich sind wir immer sehr sensibel, wenn ein Vorwurf gegen Einzelpersonen oder Gruppierungen sein sollte. Auf jeden Fall war der Rücktritt nicht wegen des genannten Grundes, sondern eher wegen seiner gleichen Funktion als Abgeordneter im NSA-Untersuchungsausschuss. Ich war parallel Vorsitzender des Ausschusses.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD) Herr Prof. Sensburg, vielen Dank auch für die Beantwortung! Und wie gesagt, sehr gern weitere Antworten, wenn es geht, noch mal schriftlich. – Dann sind wir jetzt bei Frau Türkmen, und danach kommt Frau Hildebrandt.

Ceren Türkmen (Landesbeirat für Partizipation): Vielen Dank! – Das waren jetzt unglaublich viele Fragen, die mich aber gleichzeitig sehr glücklich stimmen, weil ich das Gefühl habe, dass es eine sehr interessierte und offene, neugierige Diskussion hier gibt. Ich denke, dass ich bei den letzten Fragen beginnen möchte, zumal ich in Anbetracht der Zeit jetzt auch nicht auf alle Fragen eingehen kann.

Die Gefahr der Beteiligung aufgrund des Rechtsrucks: Ja, es gibt einen parallelen Prozess, es gibt tatsächlich gerade eine sehr deutliche Gefahr von Beteiligungsstrukturen, insbesondere Beteiligungsstrukturen, an denen migrantische marginalisierte Gruppen in Berlin – – Wie gesagt, fast die Hälfte der Bevölkerung hat Migrationserfahrungen, sind von Rassismus beziehungsweise von Rassismen und Antisemitismus betroffen. Wir sehen deutlich, dass hier eine Gefahr der zuerst einmal Infragestellung rechtlicher, demokratischer, auch EU-rechtlicher, abgesicherter Grundrechte besteht. Wir haben einen Bundestagswahlkampf erlebt, der extreme Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft hatte. Wir stehen in einem regen Austausch mit der Zivilgesellschaft und haben in Bezug auf den Wahlkampf auch Menschen, die sich an uns gewendet haben, mit denen wir in den Austausch gekommen sind, darüber beraten müssen beziehungsweise uns mit ihnen ausgetauscht, womit dieser Wahlkampf und bestimmte Beschlüsse, auch von Parteien, die hier auch anwesend sind, gedroht haben, zum Beispiel mit der Entziehung der Staatsbürgerschaft. Es gab auch weitere Fälle, wo Menschen gefragt haben, wie akut bedroht sie jetzt davon sind, dass ihre politische Partizipation A als Zumutung dargestellt wird und B sehr akut gefährdet ist.

Diese Nachwirkungen haben nach dem Bundestagswahlkampf auch nicht nachgelassen. Viele Menschen haben gedacht, dass es dann wieder ruhiger wird, aber das ist nicht der Fall. Es gibt nach wie vor eine sich unter extremer Bedrohung empfindende Hälfte der Gesellschaft in Berlin, die nicht weiß, wie es um sie in diesem Rechtsstaat mit nicht rechtlichen Mitteln oder entrechtenden Prozessen, mit politischen Prozessen, wo erkämpfte Rechte wieder rückgängig gemacht werden, steht. Das ist der Zustand, in dem wir uns befinden. Das heißt, es gibt eine akute Gefahr.

Ich habe jetzt gerade auf die demokratischen Parteien hingewiesen. Ich habe nicht auf die AfD als gesichert rechtsextreme Partei aufmerksam gemacht, weil die Gefahr, die von dieser Partei und ihren Akteurinnen und Akteuren ausgeht, die von neu gegründeten Jugendorganisationen der extrem rechten Szene, besonders auch hier in Berlin – – Wir hatten das Glück, erst vor zwei Tagen an dem Beratungsnetzwerk, dem Landesberatungsnetzwerk in Berlin, teilzunehmen. Wir haben die neuesten Studien, wie sich die rechtsextreme Szene besonders in Berlin entwickelt, und das ist alles sehr gefährlich. Ich denke, dass es nach wie vor eine Chance gibt, hier zu intervenieren, um die Demokratie, den demokratischen Rechtsstaat, die

demokratische Verwaltung, die demokratische Verfassung und tatsächlich die soziale Kohäsion oder den sozialen Zusammenhalt zu schützen, auszubauen und weiterzuentwickeln.

Der Rahmen, in dem wir unsere Arbeit immer verortet haben – jetzt springe ich vielleicht zu Ihrer Frage, wenn es gut passt –, ist immer unter dem Stichwort Demokratisierung der Demokratie vonstattengegangen. Das heißt, an den Stellen, wo Menschen nicht die Chancen haben, sich gleichberechtigt zu beteiligen, obwohl das nach wie vor – – Die Debatte um das kommunale Wahlrecht führen wir seit den Siebzigerjahren. Tatsächlich waren die Debatten in den Achtzigerjahren weiter. Da haben einzelne Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Landesregierungen gefordert, sinnvoll gefordert, dass für Menschen ohne Staatsbürgerschaft das kommunale Wahlrecht eingeführt wird. Von diesen Debatten sind wir weit entfernt. Ich möchte Ihnen mit diesem Hinweis einmal deutlich machen, dass wir uns nicht nach vorne bewegen und modernisieren, sondern der Gefahr ausgesetzt sind, dass wir uns nach hinten, rückwärts orientiert bewegen. Das ist ein Problem.

Aber es gibt Initiativen, die diesen Prozess seit den Siebziger-, Achtzigerjahren nicht fallengelassen haben, die weiterhin sehr intensiv daran arbeiten beziehungsweise fordern, dass das Wahlrecht kommt, dass das gegeben wird. Aber Gremien wie unser Beirat geben diesen Menschen die Chance, sich politisch zu beteiligen, eine politische Repräsentation zu genießen. Warum auch nicht? Sie sind ohnehin schon politisch wirksam und aktiv und demokratisieren durch ihre Bemühungen unser aller demokratisches System, aber sie sind eben nicht in offiziellen Verfahren, in Entscheidungsfunktionen. Es ist ihnen nicht erlaubt, an den Stellen teilzunehmen. Deswegen sind Beiräte wie unserer, die gewählt werden, sehr wichtig, weil hier eine politische Partizipation dennoch gestaltet und gelebt werden kann. Das hat auch Auswirkungen.

Ich möchte trotzdem noch einen wichtigen Punkt erwähnen, denn der wurde an vielen Stellen erwähnt, und zwar: Fühlen Sie sich als Beirat ernst genommen? Wo stehen Sie? Werden Sie mitgenommen? Gibt es eine Augenhöhe? Wie steht es um die Durchsetzung und Umsetzung des Gesetzes, des PartMigG, des LADG? – Ich möchte konkret, weil das mit dem Beirat mein Zuständigkeitsbereich hier ist, zum PartMigG etwas sagen. Die Umsetzung hat Licht- und natürlich auch Schattenseiten. Wir sind überzeugt davon, und das ist das Angebot, das ich Ihnen gerade in meiner Rede formulieren wollte. Natürlich gibt es unterschiedliche Zeitlichkeiten zwischen dem hauptamtlichen Arbeiten in der Verwaltung und dem ehrenamtlichen Engagement. Die sind bekannt und werden auch von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in den jeweiligen Referaten bearbeitet. Wir wissen, dass das Ungleichgewicht extrem ist und es hier Unterstützungsangebote geben muss. Dennoch muss ich auch sagen, dass die Umsetzung sowohl der Beschlüsse als auch der Anerkennung des Landesbeirats für Partizipation in den Senatsverwaltungen, aber auch darüber hinausgehend bei den Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und auch in den jeweiligen themenrelevanten Ausschüssen, meines Erachtens noch zu wenig angekommen ist und dass es diesbezüglich Herausforderungen gibt, aber nicht nur in der Verwaltung, sondern darüber hinausgehend. Ein Vorteil ist: Mit deliberativen, demokratischen Partizipationsformen modernisiert sich die Verwaltung für Sie alle, für uns alle.

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Vielen Dank, Frau Türkmen, für Ihre Beantwortung der Fragen! – Als Nächste Frau Hildebrandt!

Saskia Hildebrandt (Beirat für Migration): Zu der Frage, wie wir als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Senatsverwaltungen fungieren: Wir als Geschäftsstelle versuchen natürlich, die Sitzungen so vorzubereiten, dass sie für alle Beteiligten einen Mehrwert haben, dass die Beteiligten gut in einen Dialog kommen. Das heißt, wir versuchen, Experten auszuwählen, die aus den verschiedensten Bereichen sind, dass einfach verschiedene Blickpunkte abgedeckt werden, sowohl der zivilgesellschaftliche Blick als auch die Verwaltungsblickrichtung. Wir laden auch andere beteiligte Verwaltungen immer zu den Sitzungen ein, damit sie wenigstens anwesend sind, dass alle Fragen an sie adressieren können. Wir können nicht alle als Experten einladen, das sprengt dann den Rahmen, aber dass sie zumindest auf Rückfragen reagieren, unmittelbar Stellung nehmen und das notwendige Hintergrundwissen zuliefern können, um alle im Raum hinreichend in Kenntnis zu setzen.

Darüber hinaus kommen auch von den Beiratsmitgliedern selbst Vorschläge für Teilnehmende, auch das versuchen wir zu berücksichtigen. Wir versuchen also, einfach einen Rahmen zu schaffen, dass alle die notwendigen Informationen für sich zusammensammeln können, um dann miteinander eine Entscheidung zu treffen, welche Empfehlung abgegeben werden soll oder welche nicht.

Eine Vielzahl der Empfehlungen, die durch den Beirat ergehen, betreffen gar nicht unseren eigenen Bereich, sondern andere Verwaltungen, andere Häuser. Wir können es in dem Fall nur weitergeben, regelmäßig nachhaken und den Umsetzungsstand abfragen. Wir haben selbst fachlich keine Einwirkung darauf, aber wir versuchen natürlich unser Möglichstes, da dran zu bleiben und es jedes Mal nachzuhalten.

Was den Einwurf angeht, die Beschlüsse würden nicht durchdringen: Das kann ich, ehrlich gesagt, gar nicht teilen oder nicht so recht nachvollziehen. Zum einen stellen die wahrscheinlich gemeinten Verwaltungsbereiche drei Mitglieder. Mitnichten könnten sie dafür sorgen, zu überstimmen. Darüber hinaus: Ich habe jetzt nicht alle Zahlen da, aber wenn ich mir zum Beispiel die Sitzung zum Thema Fachkräftegewinnung anschau: Es wurden zwölf Empfehlungsvorschläge eingebracht, von denen zehn angenommen worden sind. Beim Chancen-Aufenthaltsrecht wurden zwölf Vorschläge eingebracht, elf wurden angenommen. Zur Situation der Romnja sind neun Vorschläge eingegangen, fünf angenommen. – Ich sehe nicht so richtig, dass da gar keine Vorschläge durchdringen, und den Eindruck kann ich auch, ehrlich gesagt, aus der Sitzung heraus nicht teilen. Aber ich bin die Geschäftsstelle, ich bin kein Mitglied. Ich kann Ihnen jetzt keine – – Ich kann Ihnen nur meine Sicht schildern.

Dazu, was bereits umgesetzt worden ist, muss ich anmerken, dass sehr viele der Empfehlungen eher langfristiger Natur sind. Es kommen zum Beispiel Empfehlungen wie: das Migrationsrecht muss mehr entbürokratisiert, die Regelungen vereinfacht werden. – Ja, selbstverständlich greifen wir alle Regelungen auf und haben ein hohes Eigeninteresse, das zu erzielen, damit unter anderem die nachgeordnete Behörde, das Landesamt für Einwanderung, effizienter arbeiten, seine Zahlen, seine Rückstände reduzieren und sein Personal effektiver einsetzen kann. Vor diesem Hintergrund greifen wir diese Empfehlungen regelmäßig auf, indem wir uns in den entsprechenden Gremien dafür einsetzen, dass beispielsweise die Lebensunterhaltsberechnung vereinfacht wird, dass die Digitalverfahren medienbruchfreier, effizienter durchgesetzt werden können. Das ist auch alles in unserem eigenen Interesse und wird von uns regelmäßig mitverfolgt.

Genau das Gleiche gilt für den Bereich des Chancen-Aufenthaltsrechts. Da ist es ebenso. Da wurde unter anderem gefordert, dass keine Wohnsitzregelung mit der Titelerteilung einhergeht. Auch das macht das LEA nicht im Gegensatz zu anderen Bundesländern. Davon wurde von vornherein Abstand genommen. Also, es sind viele Empfehlungen dabei, die bei näherer Prüfung ergeben, dass wir das im Land Berlin schon umgesetzt haben oder auf gutem Wege dahin sind. Ein anderes Beispiel war: Wir sollten uns dafür einsetzen, dass nationale Visa längerfristig erteilt werden. Auch das haben wir vehement auf Bundesebene getan. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass die nationalen Visa mit einer Laufzeit von zwölf Monaten eingesetzt werden. Das ist für Fachkräfte und in Ausbildung befindliche Personen teilweise geschehen, aber wir konnten es nicht für alle durchsetzen. Einer der Punkte ist, dass sich die meisten Empfehlungen auf Bundesgesetzgebung beziehen. Das heißt, wir haben keine unmittelbaren Handlungsspielräume. Wir können uns nur im Rahmen von Gesetzesinitiativen in den entsprechenden Gremien, in den entsprechenden Fachkonferenzen wiederholt dafür einsetzen. Wir haben aber nicht die Möglichkeit, es unmittelbar zu ändern. Konkrete Vorschläge für das Land Berlin ergehen eher weniger. Wenn Sie zu genauen Empfehlungen weitere Auskünfte haben wollen, müsste ich das dann schriftlich nachliefern. Das kann ich nicht im Einzelnen machen.

Vorsitzender Raed Saleh: Sehr gern! Vielen Dank, Frau Hildebrandt, für Ihren Input! – Herr Raković wäre der Nächste. – Bitte schön!

Milan Raković (Beirat für Angelegenheiten von Romnja, Roma, Sintizze und Sinti): Danke! – Ich werde mit deiner Frage, Susanne, anfangen, welche Strukturen wir brauchen. Das ist ein großer Begriff. Man merkt, dass wir jetzt in der Phase sind, die Beiratsgeschäftsordnung festzulegen. Das dauert fast vier Monate. Jetzt sind wir langsam in den fünften Monat reingekommen. Einige Mitglieder des Beirats möchten noch mal eine unabhängige juristische Aufklärung haben, um noch mal deutlicher heranzugehen. Man merkt, dass das LADS die Finanzierung zur Verfügung stellt, aber die Vergabe dauert über vier Monate, und die nächste Sitzung ist im Juni. Es ist gefährdet, dass im Juni die nächste Sitzung platzt. Deswegen müssen wir, was meine aktive Arbeit in der Roma-Thematik angeht, immer improvisieren. Wir müssen jetzt in unserem Bekanntenkreis jemanden finden, der uns noch mal deutlich aufklärt. Oder wir sammeln jetzt unter uns, den Beitragsmitgliedern, das Geld, um einen Juristen zu bezahlen, damit wir das nicht platzen lassen. Wir haben keine Zeit zu warten, bis diese Empfehlungen, die von uns kommen, endlich stattfinden und durchgeführt werden. Das heißt, es ist nicht nur wichtig, eine gute Finanzierung, sondern eine freie Finanzierung zu bekommen.

Welchen Erfolg hat der Beirat bis jetzt? – Für mich ist es Erfolg, wenn nach der zweiten Sitzung, die wir im Juni haben, sofort die Maßnahme umgesetzt wird. Wir haben jahrelang so viele verschiedene Berichte, verschiedene Studien – Das ist nicht seit gestern, sondern es ist schon 20 Jahre her, dass wir mit Roma-Aktivismus und der Verbesserung des Bildes in diesem Land angefangen haben. Wir brauchen im Moment dieses schnelles Handeln, um es durchzuführen.

Dann diese Geschichte mit dem Bleiberecht: Das hat sich, seit ich in den Neunzigerjahren als Flüchtling gekommen bin, nicht viel verbessert. Beispielsweise hat in den Neunzigerjahren der Senat für Integration und Migration unter Barbara John gesagt: Wir haben keine Roma in der Stadt. – Dann hat sich in den Neunzigerjahren eine Initiative von verschiedenen Roma-Aktivist*innen gegründet, es wurde eine Liste gesammelt, und es haben sich über 1 000 Roma freiwillig gemeldet und gesagt: Ja, wir sind Roma – in der Erwartung, denn Deutschland hat aus der Geschichte heraus eine besondere Verantwortung zu tragen, die die Bundeskanzlerin selbst benannt hat, und in der Hoffnung, dass sie ihr Bleiberecht bekommen. Und was ist passiert? – Diese Liste landete in der Ausländerbehörde, und dann hat die Ausländerbehörde gezielt die Leute abgeschoben. Bis jetzt ist darüber nicht gesprochen worden, und bis jetzt hat sich nicht viel verbessert.

Wir haben auch mit dem importierten Rassismus aus dem Westbalkan, Ostbalkan, wie Sie wollen, viel zu tun, die als Übersetzer oder mittlerweile Mitarbeiter dort arbeiten und gezielt gegenüber den Roma, egal woher sie kommen, aus Moldawien oder dem Balkan, extra so einen Rassismus und ihre Klischees bei dem Sachbearbeiter durchsetzen.

Wie gesagt, Ehrenamt ist im Beirat vorhanden. Wir sind alle ehrenamtlich da.

Zu rechte Gefahr: Für mich war, das will ich Ihnen nur noch sagen, Jugoslawien damals ein sehr schönes Land. Dort bin ich geboren und bis zu meinem 15. Lebensjahr aufgewachsen. Die 10 Prozent Nationalisten haben dieses Land zerstört und zehn Jahre Kriege geführt. Wie gefährlich ist das, dass jetzt nach der Leipziger Studie 56 Prozent der Mitbürger die Roma als

Kriminelle ansehen? Das war vor vier Jahren. Ich kann mir vorstellen, dass jetzt 90 Prozent diese Meinung haben.

Zu dieser Mahnmal-Geschichte: Ich wollte dazu antworten, dass ich jetzt selbst als Milan unseren Aktivismus infrage stelle, denn da hat man richtig gemerkt, wie weit wir sind, auf einer Augenhöhe zu sprechen, wenn keine Roma-Organisation in diese Gespräche einbezogen ist. Wir wissen nicht, was da passiert ist. Einige Menschen benehmen sich, ob das ihr eigener Parkplatz ist, aber dafür haben über 1 Million Roma mit dem Leben bezahlt. Man sieht daran, was wir brauchen und noch weit voneinander entfernt sind, denn wir haben im Abgeordnetenhaus keine Roma-Vertretung, in der Verwaltung, in Entscheidungsprozessen, in Institutionen sind Roma kaum vertreten. Daher meine Bitte – ich habe nichts anders, als zu bitten –, dass wir das gemeinsam so schnell wie möglich ändern und schauen, dass wir gemeinsam mit dem Senat für Inneres einen ständigen Sitz für den Beirat bekommen. Ohne das wird es für Romnja und Roma schwierig, die Ziele zu verfolgen. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Ich danke Ihnen sehr, Herr Raković, für Ihren Beitrag! – Als Nächster ist Herr Yazar dran.

Serdar Yazar (BQN): Einige der Fragen, vor allem, wenn es um Listen und Beratungen von Institutionen geht, können wir gern im Nachgang nachreichen, aber einige kann ich auf jeden Fall exemplarisch nennen. Ich fange mal mit einer Positionierungsantwort an. Das wurde gefragt in Bezug auf Einstellungsquote oder auch auf die öffentliche Vergabe, die mit Förderung von Diversität in Verbindung steht. Wir hatten als Organisation im Zuge der Novellierung zum PartMigG ein Positionspapier abgegeben und hatten die Position dazu, dass es sinnvolle Instrumente sind, um das Gesetz wirkungsvoll umsetzen zu können, und bei der Position bleiben wir. Das sind aus unserer Sicht aussichtsreiche Maßnahmen.

Es gab eine Frage, wo es, glaube ich, um die Zusammenarbeit oder Zusammenstellung zwischen oder eine Art Klärung ging: Was macht die LADS? Was ist DOKE, was BQN? –, wenn ich die richtig verstanden habe. Ich kann in Kurzform sagen, es ist ein Förderprojekt, das aus dem Hause SenASGIVA gefördert wird. Das LADS ist dort in verschiedenen Funktionen mit uns in Kooperation. Wir haben feste Kommunikationsstrukturen und setzen das Projekt mit verteilten Verantwortungen, Rollen um.

Wo drückt der Schuh? – Die Themen sind sehr vielfältig. Das ist sehr zu begrüßen, da es ein gesamtes Bild ergibt. Es ist sehr schwer ist, aus unserer Position heraus ad hoc zu sagen, denn wir machen kein Monitoring für die Umsetzung von Gesetzen, wie es mit dem LADG oder der Umsetzung des PartMigG steht, aber wie bekommen flächendeckende Puzzleteile, die wir selbst mit den Dienststellen konkret bearbeiten, die im Geltungsbereich dieser zwei Gesetze sind, und die sind sehr vielfältig. Ich kann dabei verschiedene Sachen benennen, wie die Beratung zu Personalentwicklungskonzepten, konkret: Gesundheitskonzept, Ausschreibungen, Einstellungsverfahren, Berufsorientierungsmaterialienkonzepte, aber auch verschiedene Beratungskonzepte, die wir für die Kompetenzentwicklung von Beratenden haben, die beispielsweise im schulischen Bereich unterwegs sind. Die Beurteilung von Diversitykompetenz ist auch immer mehr im Kommen und die Organisationskultur: Wie können wir das Miteinander stärken? – Indem wir achtsam, diskriminierungskritisch miteinander arbeiten: Wie sind die Entscheidungsprozesse? Wer kriegt was mit? Wie können wir über Diversität sprechen? Wie kann ich mich da einbringen und so weiter.

Ein wichtiges Feld, und das kann ich mit der Frage verknüpfen, was passiert, wenn dritte Personen über einen Diskriminierungsfall sprechen wollen oder das benennen. Das ist im Kontext Aufbau und Ausbau von Beschwerdestellen entlang des AGG und des LADG zu verorten. Hier gibt es auf jeden Fall enormen Nachholbedarf, weil es sehr viele Dienststellen gibt, die teilweise keine AGG-Beschwerdestelle haben. Das LADG ist da noch weit entfernt, als dass wir sagen könnten, wir haben flächendeckend LADG-Beschwerdestrukturen. Über Diskriminierung zu sprechen, ist einer der Beratungspunkte: Wie können wir eine Kommunikationsarchitektur bauen, wo Menschen niedrigschwellig diese Fälle melden? Wie sicher sind sie, ob ihre Diskriminierung ernst genommen wird? Was passiert mit der Beschwerde? Was passiert, wenn ich mich nicht beschweren will? Da gibt es sehr große Unsicherheit bei den Betroffenen selbst, vor allem bei Dritten. Das ist auf jeden Fall eine riesige Herausforderung.

Wirkungsmessung war eine Frage, also wie wir die Trainings und Weiterbildungen messen. Wir versuchen, da mehrgleisig zu fahren, und das hat sich sehr bewährt. Wir machen beispielsweise Vorher-Nachher-Befragungen von Teilnehmenden auf der Grundlage einer Theorie, die ich mal kurz benenne, nämlich die Impact-Theorie, und möchten aufgrund von Aussagen sie positionieren lassen in puncto Wissen, Haltung, Können, und die gleichen Fragen bekommen die Teilnehmenden auch im Nachgang wieder, und wir schauen, was sich da verändert hat. Dabei ist auch eine kritische Situationsbeschreibung: Wie bewerte ich die, beziehungsweise was würde ich da tun et cetera? Das sind verschiedene methodische Überlegungen, die wir da umsetzen. Gleichzeitig flankieren wir das mit den Perspektiven der Trainerinnen und Trainer und versuchen dann zu schauen, wo es Gemeinsamkeiten und wo es Diskrepanzen gibt. Zu guter Letzt machen wir eine Befragung zu den Rahmenbedingungen: Welche Rahmenbedingungen waren günstig, aber hinderlich, dass du deine Kompetenzen weiterentwickeln konntest? Wir sind da noch weiter am Ausprobieren, aber diesen Dreiklang versuchen wir, mit den Schulungen in Einklang zu bringen.

Exemplarisch wie gesagt: Einige Beratungsprozesse werde gerade am abgeschlossen, einige beginnen. Einige Senatsverwaltungen, die wir gerade beraten, sind beispielsweise die Senatsverwaltungen für Wirtschaft, Pflege, Gesundheit, Stadtentwicklung und Finanzen und verschiedene Bezirksämter wie Lichtenberg oder auch nachgeordnete Behörden und Einrichtungen wie das Jugendamt oder das Gesundheitsamt Neukölln, die Berliner Feuerwehr, die JVA Tegel und so weiter. Es ist sehr divers, und wir versuchen, mit diversen Organisations- und Rechtsformen zusammenzuarbeiten.

Die letzte Frage beziehungsweise eine Art Positionierung aus unserer Sicht ist: Das Grundgesetz ist auf jeden Fall veränderbar. Luft nach oben hätte Artikel 3, und beim LADG sehen wir: auf gar keinen Fall. Das zu diskutieren, würde bedeuten, dass wir wieder die Richtlinien der EU – – In der zweiten Sitzung, in der letzten Sitzung, gab es hier sehr viele Wortbeiträge aus der Rechtswissenschaft, das nicht zu ratifizieren. Wenn wir jetzt im bundesweiten Vergleich ganz vorn stehen, sehe ich keine Gründe, warum wir die Reihe verlassen und uns wieder hinten anstellen und den Diskriminierungsschutz erschweren, was das Verwaltungshandeln betrifft, aber gleichzeitig auch die Kompetenzentwicklung von Verwaltungsmitarbeitenden dahingehend zu beeinträchtigen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Yazar! – Als Nächster Herr Vogel, bitte!

Martin Vogel (EKBO): Ich versuche, rückwärts zu antworten und will zuerst auf die Frage eingehen im Blick auf die Diskriminierung von Sinti und Roma. Dazu kann ich im Moment nur so viel sagen, dass ich unsere Kirche insgesamt so erlebe, dass sie die Schmerzpunkte unserer Geschichte nicht mit einer rosaroten Brille anschaut, sondern sich all diesen genau stellen will, genauso an die Sternstunden von Mitmenschlichkeit zu erinnern, damit es in den nächsten Generationen fortgesetzt werden kann. Unter anderem gibt es Initiativen wie etwa die Einweihung eines Erinnerungsortes für ehemalige Zwangsarbeiter, die auf kirchlichen Friedhöfen gearbeitet haben. Es gibt einen Leitbeschluss unseres Kirchenparlaments mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer rassismuskritischen Kirche“ und eine Gruppe, die sich „PoC in der EKBO“ nennt und aktiv dafür sorgt, dass sowohl strukturell als auch in den Aus-, Fort- und Weiterbildungszusammenhängen eine nötige Sensibilisierung regelmäßig stattfindet.

Ich will dann noch auf die Frage von Ihnen, Frau Andrades, eingehen. Sie haben das kirchliche Arbeitsrecht angesprochen. Nach Artikel 140 gibt es für die Religionsgemeinschaften in Deutschland ein gewisses Selbstbestimmungsrecht. Daraus ergibt sich das kirchliche Arbeitsrecht. Ich bin stolz, dass ich zu einer Landeskirche gehöre, die seit Jahren einen Tarifvertrag abschließt, den TV-EKBO, der ausgehandelt wird. Ich kenne im Moment keine konfliktbeladenen Fälle im Bereich unserer Landeskirche. Ansonsten haben wir eine hohe Übereinstimmung dazu, dass das, was auf Ebene des EuGH, auf Bundesebene oder in den Ländern juristisch ausgehandelt und weiterentwickelt wird, natürlich auch für unsere Strukturen gelten muss. Sie werden verstehen, dass wir uns wünschen, in unserem Bereich evangelische Pfarrerrinnen und Pfarrer einzustellen, die Mitglied unserer Kirche sind, weil dies verkündigungsnah Aufgaben sind. Das ist selbstverständlich. Dann gibt es aber andere Bereiche. Eine Ergotherapeutin oder ein Veranstaltungsmanager muss sicherlich nicht Mitglied unserer Kirche sein, und wir sind froh, wenn diese Menschen bei uns arbeiten. In der Regel kann ich bestätigen, dass sie das eigentlich immer sehr gern tun.

Frau Kahlefeld! Sie haben nachgefragt, warum ich hier nicht die Drei-Religionen-Kita, die abgesagt wurde, skandalisiert habe. Ich habe am Ende versucht, in allgemeinerer Form deutlich zu machen, da es auch auf andere Aspekte auszuweiten wäre, dass Verlässlichkeit und Berechenbarkeit im Miteinander von Staat und Kirche für uns die größte Hilfe wäre. Tatsächlich sind viele Menschen, die sich seit Jahren für so eine Drei-Religionen-Kita engagiert haben, im letzten Dezember in Tränen ausgebrochen. Das habe ich aber nun auch nicht erwähnt, weil ich nicht dachte, dass Sie hier am Ausgang Schecks ausreichen können.

Dann wollte ich noch kurz auf Herrn Lenz eingehen, der aus verständlichen Gründen jetzt nicht mehr da sein kann, zu dem Thema Zusammenhalt in Vielfalt und wie sich das gestalten lässt. Ich will noch einmal auf das deutsche Religionsverfassungsrecht ganz praktisch eingehen: Wenn sich eine indonesische kleine christliche Gruppe, die zum Beispiel in Neukölln in der Fuldaer Straße Gastrecht bei uns in einer evangelischen Gemeinde hat, hier organisieren will, dann kann sie das, weil wir ein freiheitliches Land sind. Sie können als nächsten Schritt einen Verein gründen, der ihnen eine gewisse organisatorische Sicherheit gibt. Und wenn sie dann über Jahre hinweg hier leben und die sogenannte Verlässlichkeit auf Gewähr und Dauer durch ihre Arbeit bezeugen und belegen, dann können sie eine Körperschaft des öffentlichen Rechts werden, wo der weltanschaulich neutrale Staat mit Förderinstrumenten auch eine Ermöglichungskultur in die Stadtgesellschaft hineintransportiert, und das finde ich großartig. Dann kann man Gleiches gleich, Ungleiches ungleich behandeln, und Sie werden dann sehen, dass eine Stadtgesellschaft wie Berlin – der letzte Satz – sich auch daran freuen kann, dass

zum Beispiel die Ausgabestellen für LAIB und SEELE – Ich habe noch mal auf der Homepage geschaut, Sie können das gern verifizieren: Von 48 Ausgabestellen sind 44 in evangelischen Kirchen, und da sieht man, dass eine Körperschaft des öffentlichen Rechts auch einer Stadtgesellschaft viel zurückgibt. Dieses ist nach wie vor ein Supermodell, um Zusammenhalt in Vielfalt in Berlin zu gestalten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Vogel! – Als Nächste ist Frau Craciun dran.

Diana Craciun (AWO): Vielen Dank! – Mir ist bewusst, dass sehr viel auf die Anmerkungen reagiert wurde, worum es hier geht und zu dem Begriff der Antidiskriminierung. Ich muss ehrlich sagen, auf persönlicher Ebene: Ich war enttäuscht von dieser Frage. Ich war enttäuscht von dieser Bemerkung. Es ist ein Ausschuss zur Antidiskriminierung, und wenn wir darüber sprechen müssen, wie viel studiert und wie viel formuliert wurde, dann ist wirklich die Frage: Warum nennt sich der Ausschuss so, und was machen Menschen, die hier in diesem Ausschuss diskutieren, beziehungsweise wie informieren sie sich davor? Es geht um sehr viel, wenn nicht um alles oder um Grundsätze, nämlich Diskriminierung, Antidiskriminierung. Es geht um die Verantwortung von Deutschland, und es geht um das Bewusstsein, zum Beispiel zu der Kolonialvergangenheit, die heute auch angesprochen wurde, und den Umgang damit. Es geht auch um die Definition, was Deutschland ist, wer Deutschland ist und wie Deutschland sein möchte, beziehungsweise diese Definition nicht gesichert rechtsextremen Leuten zu übergeben, sondern dass wir das gemeinsam, zum Beispiel in diesem Ausschuss, kreieren und nicht übergeben. Es geht um ganz viel.

Es ist kein rassistisches Phänomen. Darauf möchte ich auch reagieren. Es ist Geschichte, wie gesagt, Kolonialvergangenheit, und ich möchte das nicht so, wie soll ich sagen, kleinmachen. Wir reden über ganz vieles wie heute und in all den Ausschusssitzungen, die waren und die kommen werden.

Ich möchte auch noch mal auf den Mythos der sogenannten schwer erreichbaren Migrantinnen und Migranten eingehen, denn das ist ein Mythos, deswegen leite ich den so ein. Das machen wir hier auch und diskutieren heute, beziehungsweise bei allem, was wir bei der AWO machen, geht es uns darum, dem entgegenzutreten. Es sind nicht sogenannte schwer erreichbare Migrantinnen und Migranten, es sind keine Parallelstrukturen. Wenn sich jemand abschottet oder wenn sich Strukturen abschotten, ist es die Mehrheitsgesellschaft, sind es die Menschen, die in Machtpositionen stehen, die sich nicht selbst reflektieren möchten, sich selbst als Individuen, aber ihre Strukturen und Abläufe auch nicht. Genau das machen wir hier heute auch und durch die ganzen Ausschusssitzungen. Ich wollte deswegen hier noch mal den Appell einbringen, weil es ganz wichtig ist.

Auf die Ressourcen und die Obergrenze will ich noch eingehen, auf die Luft nach oben, Partizipation, wenn wir uns zum Beispiel Kanada anschauen. Deutschland macht es auch, aber ich würde hier noch mal ein Beispiel von Kanada einbringen. Kanada hat bewiesen, wie gut, wie viel es Gesellschaft gestaltet, zurück zu dem, was ich am Anfang gesagt habe, aber dass es Zeit braucht, dass es Ressourcen braucht, dass es nicht nur die Finanzen, sondern auch die zeitlichen Ressourcen braucht und Menschen, die geschult und wirklich absichtsvoll daran arbeiten wollen, braucht. Ich gehe davon aus, dass ist dieser Ausschuss, das sind die ganzen Mitglieder, das sind die Leute, die hier referieren, zusammendenken, zusammen diese Konzepte und die Machbarkeit in Deutschland einbringen beziehungsweise in Berlin.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zu der Rolle der Mitgliedsorganisationen, der sogenannten korporativen Mitglieder habe ich im Vortrag ganz kurz gesagt. – Das hier ist nur eine Karte, darauf will ich aufmerksam machen, die auf unserer Website zu finden ist. – Es sind ganz viele Menschen und Organisationen. Von unserem Organigramm, das auch auf der Website ist, haben wir die Kreisverbände – Mitte, Nordwest, Spandau, Spree-Wuhle, Südost, Südwest – und Stiftungen wie die SPI und die Franz-Neumann-Stiftung, aber auch Organisationen und Programme – an der Stelle möchte ich unbedingt Şifahane erwähnen – an der Schnittstelle zu Migration und Gesundheit, weil wir wissen, dazu gibt es Studien: Rassismen und Diskriminierung machen krank. Deswegen ist es wichtig, dass an der Schnittstelle von den spezifischen Bedarfen auch agiert wird. Ich bin sehr froh darüber, dass es all die Mitglieder gibt, die selbstorganisierten Gruppen, die unterschiedlichen Programme, die Gruppenkonstellationen, aber auch Einzelberatung zum Beispiel konzipieren und tragen, auch finanziell und mit ihren Strukturen.

Ganz kurz zu den Strukturen, die nötig sind, vor allem in diesen Prozessen: Zu der Migrationssozialarbeit würde ich sagen, dass der zentrale Pool für qualifizierte Sprachmittlung ganz wichtig ist. Ich weiß, dass die Landesbeauftragte für Partizipation und Integration das schon angekündigt hat, vorhat, und das wäre ganz wichtig. Das wird ein Erfolg sein, den wir nutzen werden, feiern werden, weil es schon wieder in den Details steckt, dass Kurzfristigkeit immer schwierig ist. Wir sollten auf diesen Pool der Sprachmittlung zurückgreifen können. Die digitalen Angebote sollten barrierefreier werden, und bei der Digitalisierung sollte man die Mehrsprachigkeit im Blick haben. Wir haben zum Beispiel den Bund-ID und andere Apps, die sehr wohl viel helfen, aber sie müssen aus dieser Diskriminierungssicht – wer ist nicht mitgedacht, und wer sollte oder kann diese Apps nicht verstehen? –, mit diesem Blick, in der Entwicklung betrachtet werden.

Verwaltungsentwicklungsprozesse können mehr einbinden. Wir haben heute von Erfolgsmodellen gehört, und ich will es nur bekräftigen. Wie gesagt, Partizipation braucht Zeit und die Ressourcen, aber es bringt ganz viel, die Perspektiven von den Wohlfahrtsverbänden wie uns und die Perspektiven der Sozialarbeit einzubringen, auch in der Migrationssozialarbeit, denn da erfahren wir ganz vieles, wie gesagt, und wir können dafür auch die Vorschläge machen, wie Sie ganz korrekt gesagt haben. Die Vorschläge kommen letztendlich aus der Praxis.

Wieder ganz kurz zum letzten Punkt, den Bundesprogrammen und der Verzahnung zwischen Bundesprogrammen und Landesprogrammen. Das ist ganz wichtig. Mir ist ganz wichtig, an der Stelle noch mal anzumerken, dass diese Bälle zwischen Bund und Land und die Verantwortung von neu Angekommenen beim Bund, länger hier lebenden Migrantinnen und Migranten in den Ländern, verstehe ich pragmatisch an vielen Stellen, aber die Schnittstellen – dafür habe ich einen Vorschlag, den ich schriftlich einreichen werde – müssen wir uns noch mal anschauen, weil genau da die Gefahr ist, sich die Bälle gegenseitig zuzuspielen, anstatt zu schauen, warum es zum Beispiel nur die Hälfte der Sprach- und Integrationskurse wie aktuell gibt.

Und wir haben ja aus der sogenannten Gastarbeiterinnen- und Gastarbeiterzeit gelernt: Sprache ist wichtig. Warum werden jetzt Sprach- und Integrationskurse im Bund zur Hälfte gekürzt? Und welche Auswirkungen das dann auf das Land und auf unsere Beratungsarbeit hat, ist katastrophal.

Doch noch ein letzter Punkt zur Selbstverwaltung und Selbstentscheidung – vielen Dank auch noch mal an Maisha Auma für den eingebrachten Punkt –, darauf achten wir auch ganz viel. Wir wissen, dass es an manchen Stellen einfach Informationsvermittlung braucht, also die Hälfte Partizipation sozusagen oder nicht die höchste Stufe. In Zukunft erübrigen wir uns in der Informationsrolle, weil alle diesen Zugang zu Informationen von den Apps bis hin zu den ganzen Webseiten und Informationsveranstaltungen haben und alle schon sehr gut informiert sind, wie sie vorankommen, wie sie zum Beispiel als selbstorganisierter Verein all diese Strukturen aufbauen. – Entschuldigung und vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann sind wir jetzt am Schluss der Anhörung zu 1 b. Ich möchte Ihnen im Namen der Enquete-Kommission ganz herzlich danken, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um an der Sitzung teilzunehmen und uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung zu stehen. Vielen Dank dafür im Namen der gesamten Kommission! – Dann ist der Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen. –

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.